

**Einige Gesichtspunkte inländischer
Kapitalbildung in Entwicklungsländern
unter besonderer Berücksichtigung
Pakistans**

In a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Tariqul Alam, M.A.

aus Chittagong/Pakistan

Berlin 1964

Druck:

ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
der Förderer und Freunde der Freien Universität Berlin e.V.

DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE

1 Berlin 33, Garystr. 45

**Einige Gesichtspunkte inländischer
Kapitalbildung in Entwicklungsländern
unter besonderer Berücksichtigung
Pakistans**

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Tariqul Alam, M.A.

aus Chittagong/Pakistan

Berlin 1964

Dekan: Professor Dr. Rudolf Schilcher
Referent: Professor Dr. Karl C. Thalheim +
Korreferent: Professor Dr. Andreas Paulsen

Tag der Promotion: 5. Dezember 1964



+ Diese Dissertation entstand am Lehrstuhl von Professor Dr. Friedrich Bülow, der vor der Erstattung des Erstgutachtens verstarb; das Zweitgutachten von Professor Dr. Karl C. Thalheim ist an die Stelle dieses Erstgutachtens getreten.

Inhaltsverzeichnis

Seite

§ I. Wirtschaftliche Entwicklung und Kapitalbedarf 1

1. Die Bedeutung des Kapitals 1
2. Der Kapitalmangel 6
3. Die Größe des Kapitalbedarfs 8
 - 1) Schätzungen durch die UN 9
 - 2) Schätzungen durch Bonné 12
 - 3) Schätzungen durch Staley und Tuft 13
4. Das soziale Kapital 15
5. Ergiebigkeit des Kapitals 24

§ II. Einkommen und Sparen 25

1. Der Teufelskreis der Armut 25
2. Einkommensverteilung und Ersparnisbildung 29
3. Demonstrationseffekt und Ersparnisbildung 36
4. Bevölkerungsstruktur und Ersparnisbildung 42

§ III. Sparen und Kapitalbildung 44

1. Die geldlose Kapitalbildung 44
2. Das Horten 47
3. Probleme der Investition 54
 - 1) Die Beschränktheit des Marktes 54
 - 2) Investition in sozialem Kapital 60
 - 3) External Economies 67

§ IV. Die versteckte Arbeitslosigkeit und die Kapitalbildung	73
1. Überblick über die versteckte Arbeitslosigkeit	73
2. Das Modell von Nurkse	76
3. Community Development Projects	86
§ V. Die Kapitalbildung in Pakistan (erläutert am Beispiel des 1. Fünfjahresplans Pakistans 1955-60)	101
1. Einkommen und Kapitalbildung	101
2. Landwirtschaft und Kapitalbildung	101
3. Sparen im 1. Fünfjahresplan 1955-60	105
1) Sparen der öffentlichen Hand	105
2) Privates Sparen	107
3) Heranziehung der Privatersparnisse für staatliche Investitionen	110
4. Der Investitionstrend in Pakistan	112
1) Investitionen vor dem 1. Fünfjahresplan	112
2) Investitionen im Rahmen des 1. Fünfjahresplans 1955-60	116
5. Aussichten der Kapitalbildung in Pakistan	120
Schlußbetrachtung	122
Anmerkungen	125
Literaturverzeichnis	143

§ I. Wirtschaftliche Entwicklung und Kapitalbedarf

1. Die Bedeutung des Kapitals

Die Bedeutung des Kapitals kann im Zusammenhang mit dem Teufelskreis der Armut erläutert werden.¹ Bezeichnend für die Entwicklungsländer ist die aus dem niedrigen Realeinkommen herrührende überaus geringe Sparquote, woraus der niedrige Bestand an Realkapital, geringe Arbeitsleistung und wieder niedriges Realeinkommen folgen. Es ist zunächst klar, daß es hier um das Kapital geht, dessen Versorgung die Ausgangsbedingung für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt.

Um die Rolle des Kapitals als Produktionsfaktor richtig abschätzen zu können, wollen wir auf die in Entwicklungsländern häufig anzutreffende Faktordisproportionalität eingehen. Das Kapital muß in einem durch die Technik bestimmten Verhältnis mit den Faktoren Arbeit und Boden kombiniert werden, um Produktion zu ermöglichen. Man kann zwar zwischen mengenmäßig verschiedenen Faktorkombinationen wählen, aber diese Wahlmöglichkeit bzw. die Substituierbarkeit der Faktoren ist limitational. Wenn das Kombinationsverhältnis gestört wird, welches durchaus denkbar ist, d.h. wenn zuwenig von einem Faktor und zuviel von einem anderen gegeben ist, kann eine beabsichtigte Produktion nicht zustande kommen. Dieses Mißverhältnis ist gerade für die dicht bevölkerten Entwicklungsländer typisch; dort herrscht ein ausgesprochener Mangel an Kapital im Verhältnis zu dem Produktionsfaktor Arbeit. Das schnelle Bevölkerungswachstum hat zwangsläufig auch in diesen Ländern zu Bodenknappheit geführt. In dünnbesiedelten Entwicklungsländern ist das Verhältnis von Bevölkerung zu Boden zwar nicht ungünstig, aber das Kapital ist ebenfalls äußerst gering. In beiden Gruppen von Ländern handelt es sich um eine leistungsschwache Landwirtschaft, weil es an nötigem Kapital fehlt, um Bodenverbesserungen durchzuführen. Neben niedrigem Hektarertrag ist die Produktivität in der Landwirtschaft je Kopf auch gering, da der Bevölkerungsdruck auf einer fixen Anbaufläche ständig zugenommen

hat. Eine Ausdehnung der Produktion außerhalb der Landwirtschaft stößt ebenfalls auf den Kapitalmangel. Eine Folge dieser Situation ist die strukturelle Arbeitslosigkeit in Entwicklungsländern. Um diesem Übelstand abhelfen zu können, werden neben landwirtschaftlichen Verbesserungen erhebliche Investitionen für den industriellen Aufbau erforderlich sein, und zwar in höherer Rate als das Bevölkerungswachstum. Ein charakteristisches Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung liegt darin, daß die Arbeit durch das Kapital ersetzt wird, d.h. der Kapitalaufwand je Arbeitseinheit zunimmt. Die Verwendung von mehr Kapital in der Produktion ist im Grunde das Ergebnis der technischen Entwicklung.² Die niedrige Kapitalbildung in Entwicklungsländern ist ein Ausdruck für ihre technische Rückständigkeit. Um den Stand der Technik der Industrieländer zu erreichen, müssen den Entwicklungsländern größere Kapitalsummen zur Verfügung gestellt werden. Im eigentlichen Sinne bedeutet dies nichts anderes als den Erwerb von technischen Anlagen aus dem Ausland oder die Herstellung derselben im eigenen Lande.

Der Kapitalbedarf der Entwicklungsländer erhöht sich ferner dadurch, daß in den Anfangsstadien der Entwicklung erhebliche Investitionen in "basic physical facilities" erforderlich sind, um neue Industrien mit "external economies" zu versorgen.³

Es fragt sich nunmehr, ob das Kapital aus eigener Kraft der Entwicklungsländer oder aus dem Ausland gebracht werden muß. Grundsätzlich kann man dazu sagen, daß der Akkumulationsprozeß auf lange Sicht aus eigenen Ressourcen finanziert werden muß. Am Ausgangspunkt der Entwicklung benötigen die armen Länder verständlicherweise fremde Kapitalhilfe, da das Fehlen von Finanzierungsmitteln es unmöglich macht, aus eigener Kraft notwendige Investitionen durchzuführen. Dem Auslandskapital fällt meist die Funktion der "Initialzündung" zu.⁴ Die exogene Kapitalquelle kann die Aufgabe der Kapitalbildung erleichtern,

aber sie kann niemals für Bemühungen der Entwicklungsländer selbst Ersatz sein. Der übermäßige Zustrom des Auslandskapitals kann sich auf die Mobilisierung eigener Ersparnisse des kapitalimportierenden Landes eher hemmend als günstig auswirken. Entscheidend für das Gelingen des Entwicklungsprozesses ist aber, daß die eigenen Kapitalquellen der Entwicklungsländer zum Fließen gebracht werden. Solange ein Land für einen hohen Anteil seiner Investitionsfinanzierung auf ausländische Kapitalgeber angewiesen bleibt, ist ein stetiges Wachstum seiner Wirtschaft nicht außer Gefahr, zumal wenn man bedenkt, daß der Zufluß fremden Kapitals heftigen Schwankungen ausgesetzt sein kann.⁵

Darüber hinaus ist der ausländische Kapitalgeber, wie die Erfahrung im vorigen Jahrhundert gezeigt hat, nicht so sehr an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des kapitalimportierenden Landes interessiert wie an Investitionen in bestimmten Wirtschaftszweigen (z.B. Bergbau, Plantagen), die verhältnismäßig hohe Gewinne abwerfen. Eine die gesamte Wirtschaft umfassende Entwicklung ist nur dann gewährleistet, wenn es gelingt, das Kapital zum großen Teil aus inländischen Quellen aufzubringen.

Nach dem wir versucht haben, die zentrale Bedeutung des Kapitals für die wirtschaftliche Entwicklung aufzuzeigen, scheint es uns geboten zu sein, die wichtigsten außerökonomischen Faktoren, die auf den Wirtschaftsaufbau starken Einfluß haben, kurz zu skizzieren, damit der Eindruck nicht entsteht, das Problem der Entwicklung sei lediglich mit der Bereitstellung des Kapitals gelöst. Die wirtschaftliche Entwicklung beruht keinesfalls nur auf der Kapitalaufbringung, sie ist ebenso, ja vielmehr "der ökonomische Ausdruck einer bestimmten kultursoziologischen Situation, die durch das Festhalten an den alten Traditionen und eine Scheu oder sogar einen - oft berechtigten - Widerstand gegenüber den Einrichtungen der Zivilisation gekennzeichnet ist."⁶ Eine Theorie, die allzu sehr darum bemüht ist, das

Entwicklungsproblem allein von der Kapitalseite her zu lösen, kann daher keine Vollständigkeit erzielen. Sie könnte nur im Zusammenwirken der Wirtschaftswissenschaft mit anderen Nachbarwissenschaften, nämlich Soziologie, Politologie, Geschichtswissenschaft und Anthropologie aufgestellt werden. Es wäre daher falsch, den Zustand wirtschaftlicher Unterentwicklung ausschließlich auf das Kapitalproblem zurückzuführen. Röpke schreibt dazu: "Ein fundamentaler Irrtum, von dem das Entwicklungsprogramm radikal befreit werden muß, ist die Vorstellung, als ob es sozusagen nur des Kunstdüngers des "Kapitals"... bedürfe, um die schlummernden Wirtschaftskräfte jener Länder zum Sprießen zu bringen."⁷ Es müssen eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein, darunter auch Kapitalaufbringung, um den Entwicklungsprozeß einzuleiten.

Die geistige Einstellung eines Volkes zu Reichtum und Erwerbstätigkeit ist für den wirtschaftlichen Fortschritt von entscheidender Bedeutung. Jede Entwicklung setzt voraus, daß der Mensch sie wirklich wünscht und bewußt daran arbeitet, diese zu verwirklichen. In einer Gesellschaft, in der die Geringschätzung der materiellen Vorteile als eine Tugend angesehen und die Meditation der Erwerbstätigkeit vorgezogen wird, oder wo ein unerschütterlicher Glaube daran herrscht, daß Armut durch ein unerbittliches Schicksal bestimmt und daher vom Leben untrennbar sei, wird niemand materiellen Fortschritt ersehnen, weil der einzelne Mensch überhaupt nicht erfassen kann, daß dieser möglich ist. (Ein gegenteiliges Beispiel ist die Lehre des Calvinismus.) Ein wichtiger Entwicklungsfaktor ist daher ein wissenschaftlich fundiertes Bildungssystem, dessen Aufgabe darin besteht, die Menschen von fatalistischen Gedanken radikal zu befreien, sie zu selbständigem Denken und Handeln zu veranlassen und nicht zuletzt ihre negative Einstellung zu materiellen Dingen von Grund auf zu ändern.

Die Gesellschaftsordnungen der Entwicklungsländer

stellen oft ein großes Hindernis für den Aufbau ihrer Wirtschaft dar. In vielen Fällen stehen wegen Religions- und Rassenzugehörigkeit oder feudaler Eigentumsverhältnisse weiten Teilen der Bevölkerung gleiche Chancen nicht zu. Der Wille zur Arbeit ist infolgedessen stark beeinträchtigt und damit die Produktivität der betreffenden Wirtschaft. Das Kastenwesen in Indien bietet ein klassisches Beispiel dafür, wie ein Gesellschaftssystem die freie Berufswahl und Berufsausübung verhindert und dadurch großen Bevölkerungsgruppen die soziale und wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeit verwehrt. Andererseits findet man in fast allen Entwicklungsländern eine dünne Oberschicht, die im Überfluß lebt und zugleich politische Macht besitzt. Sie ist nur daran interessiert, ihre privilegierte Position beizubehalten. Jede Bestrebung, eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung herbeizuführen, stößt auf ihren heftigen Widerstand.

Schließlich sind auch die innenpolitischen Verhältnisse in Entwicklungsländern für den Wirtschaftsaufbau nicht gerade günstig. In vielen Fällen herrscht Verwirrung und Unsicherheit, die die Investitionstätigkeit beträchtlich erschwert.

Man kann die Reihe der außerökonomischen Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung weiter verlängern und dabei resignierend sagen: Wie könnte ein Land, um mit Hirschman⁸ zu sprechen, gleichzeitig so viele Bedingungen erfüllen, um den Wachstumsprozeß in die Wege zu leiten? Es wäre sicher unrealistisch, so wichtig kultursoziologische Aspekte auch sein mögen, die Durchführung von Investitionen davon abhängig zu machen, bis endgültig ein grundlegender Wandel der Umweltbedingungen eintritt. Das Kapital kann aber seinerseits entscheidend zu dieser Veränderung beitragen. Da es in Entwicklungsländern an Kapital mangelt, so fällt ihm die Rolle zu, den Entwicklungsprozeß erst in Gang zu setzen, in dessen Verlauf sich tiefgreifende Strukturveränderungen von Gesellschaft und

Wirtschaft vollziehen.⁹

2. Der Kapitalmangel

Der Kapitalmangel ist ein Charakteristikum der wirtschaftlich rückständigen Länder. Bei der Interpretation der Rückständigkeit wird dem Kapitalmangel mit Recht häufig der größte Nachdruck verliehen, da der Rückstand eines Landes in erster Linie mit geringer Kapitalausstattung in der Produktionssphäre identifiziert wird. Dieser Mangel macht sich bemerkbar in der niedrigen Kapitalmenge pro Kopf der Bevölkerung, die um so tiefer absinkt, je mehr sich das Mißverhältnis zwischen der laufenden Kapitalbildung und dem Bevölkerungswachstum vergrößert. Statistiken sind auf diesem Gebiet kaum vorhanden. Es wurde geschätzt, daß in den britischen Kolonien, selbst wenn man die am stärksten entwickelten betrachtet, das Kapital pro Kopf der Bevölkerung nicht mehr als 10 % des Pro-Kopf-Kapitals von Großbritannien beträgt, in Afrika sind es weniger als 2 %.¹⁰ Nach einer anderen Schätzung betrug das Realkapital pro Arbeiter in Asien und dem Fernen Osten (ohne Japan) im Jahre 1939 nur 10 % von dem der Vereinigten Staaten.¹¹

Abgesehen von dem geringen Kapitalstock ist die jeweilige Rate der Kapitalakkumulation ebenfalls niedrig. Angaben über Kapitalbildung sind nur für wenige Entwicklungsländer vorhanden. Die folgende Tabelle zeigt die Nettoersparnisse in Entwicklungsgebieten im Jahre 1949. Die Durchschnittssparquote aller Entwicklungsländer für jenes Jahr betrug ca. 5 %.

Tabelle I	
Nettoersparnisse als Anteil des Volkseinkommens für 1949	in %
Lateinamerika	8
Mittlerer Osten mit Ägypten	6
Afrika ohne Ägypten	5
Südzentralasien	5
Ferner Osten ohne Japan	3

Quelle: Berechnet nach UN: Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries. New York 1951. S. 76.

Selbst wenn die Investitionen durch eigene Arbeit wie in der Landwirtschaft und in der Heimindustrie berücksichtigt würden, wäre die Sparquote der Entwicklungsländer immer noch wesentlich niedriger als in hochentwickelten Ländern, in denen die Investitionsquote zwischen 15 % und 18 % liegt.

In vielen Entwicklungsländern ist die Rate der Nettokapitalbildung kaum ausreichend, um die wachsende Bevölkerung mit einer gleichbleibenden Pro-Kopf-Kapitalausstattung zu versehen. Nimmt man z.B. einen Kapitalkoeffizienten von 4 an, dann erfordert ein jährlicher Bevölkerungszuwachs von 1 % eine jährliche Investition von 4 % des Volkseinkommens, um nur die konstante Kapitalausstattung pro Kopf aufrechtzuerhalten. Mit einem Bevölkerungswachstum von 3 % jährlich, wie es z.B. in Ceylon, Mexiko und Puerto Rico in den letzten Jahren der Fall war,¹² wäre eine Investitionsrate von 12 % nötig, um den gegenwärtigen Kapitalbestand für eine vermehrte Bevölkerung zu erhalten. In Indien war eine Investitionsquote von etwa 5 % vor Beginn der Wirtschaftsplanung kaum ausreichend, den Pro-Kopf-Output bei einer Bevölkerungszunahme von 1,25 % zu erhalten. 1953/54 stieg diese Quote in Indien langsam auf etwa 7 %. Die Mittel für eine verstärkte Kapitalbildung im Falle einer jährlichen Bevölkerungszuwachsrates von 2 % - eine realistische Annahme angesichts der rasch sinkenden Sterblichkeitsziffer in den Entwicklungsländern - können schwer aufgebracht werden. Obwohl die indische Investitionsquote für einen anhaltenden Wachstumsprozeß groß genug scheint, soweit historische Erfahrung hier eine Richtlinie sein kann,¹³ bleibt es noch abzuwarten, ob Indien einen entscheidenden Wendepunkt zu einer dauerhaften Entwicklung erreicht hat. In Pakistan reicht die Investitionsquote von 6 % gerade aus, um die erwartete

Bevölkerungszunahme jährlich von 1,5 % aufzufangen.¹⁴ Der Unterschied zwischen einem rückständigen und einem hoch-industrialisierten Land liegt hauptsächlich in der Höhe der Investitionsrate im Vergleich zum Bevölkerungswachstum. Entscheidend für ein langfristiges Wachstum ist, ob eine Volkswirtschaft eine minimale Investitionsquote von 10 % erreicht hat oder schon darüber liegt. Wenn nämlich 10 % des Volkseinkommens der Kapitalbildung zufließt, wird bei einem Kapitalkoeffizienten von 3 jeder mögliche Bevölkerungszuwachs aufgefangen und ein regelmäßiges Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens gesichert.¹⁵ Da aber in den meisten Entwicklungsländern die Investitionsrate weit unter 10 % liegt, bleibt wenig Raum, für die Abschreibung zu sorgen und die Kapitalausstattung pro Kopf der Arbeitskräfte zu erhalten, geschweige sie zu vergrößern.

Die Frage der unzureichenden Kapitalbildung kann auch von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachtet werden. Da das Realeinkommen in Entwicklungsländern niedrig ist, fehlt weitgehend die Nachfrage nach Industriegütern und Dienstleistungen, die im Unterschied zur Landwirtschaft in der Regel mehr Kapital aufwenden. Die Folge ist ein geringer Grad der Kapitalbildung. Außerdem ist überall ein sichtbarer Mangel an Sozialkapital zu finden. Da mit Kapitalbildung nicht nur das materielle Kapital, sondern auch die Leistungssteigerung der Bevölkerung gemeint ist, stehen die Entwicklungsländer weit hinter den fortgeschrittenen Ländern. Die Ausgaben für Erziehung, Ausbildung und Forschung in Industriestaaten sind viel höher als in Agrarländern. Daraus schließt Kuznets, daß die Nettoinvestition in den Industrieländern nicht 10 %, sondern dreifach soviel gegenüber 3 % in den Entwicklungsländern beträgt.¹⁶

3. Die Größe des Kapitalbedarfs

Über die Höhe des Kapitalbedarfs für die wirtschaftliche Entwicklung der rückständigen Gebiete liegen be-

reits einige Berechnungen vor. Darüber hinaus enthalten die Wirtschaftspläne der jeweiligen Länder Schätzungen des Investitionsbedarfs. Den Berechnungen des Kapitalbedarfs liegt eine Reihe von Kriterien zugrunde. Während die Schätzung von UN-Experten¹⁷ eine Steigerung des Volkseinkommens vorsieht, bildet bei Bonné,¹⁸ Rosenstein-Rodan¹⁹ und Mandelbaum²⁰ eine beabsichtigte Beschäftigungsmenge die Berechnungsgrundlage. Dagegen könnte die "Kapitalaufnahmefähigkeit" eines Gebietes als Maßstab für die Berechnung von Staley und Tuft²¹ angesehen werden. Schließlich beruht die Schätzung von Clark²² auf Extrapolation, d.h. Festsetzung von möglichen Investitionsgrößen aufgrund vorheriger Investitionsziffern.

Es ist hier nicht möglich, auf alle Schätzungen einzugehen. Wir beschränken uns auf diejenigen der UN, von Bonné und Staley/Tuft.

1) Schätzungen durch die UN

Die Berechnung von UN-Gutachtern umfaßt nahezu alle Entwicklungsgebiete, die sich von Lateinamerika über Afrika bis zum Fernen Osten erstrecken. Die Experten gehen von einer erwarteten Steigerung des Volkseinkommens um 2 % je Kopf aus und unterstellen dabei eine durchschnittliche Bevölkerungszuwachsrates von 1,25 % für alle Entwicklungsgebiete.

Tabelle II

Jährlicher Kapitalbedarf der Entwicklungsgebiete von Industrie und Landwirtschaft, um das Volkseinkommen jährlich um 2 % pro Kopf zu heben

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gebiet	Bevölkerung in Mill. Mitte 1949	Erwarteter %-Satz des jährlichen Bevölkerungs- zuwachses 1950-60	Volksein- kommen 1949	Inländische Nettoerspar- nisse 1949	Kapitalbedarf	Gesamtbe- darf	Defizit	
					Industrie Landwirt- schaft 6+7)	(Spalte 8-5)		
			Mill. Dollar					
Latein- amerika	158	2,25	24 000	1 990	1 580	960	2 540	550
Afrika ohne Ägypten	178	1,25	13 200	720	1 780	528	2 308	1 588
Naher Osten mit Ägypten	94	1,50	9 000	540	940	360	1 300	760
Südzentral- asien a)	436	1,50	24 000	1 200	4 360	960	5 320	4 120
Ferner Osten ohne Japan b)	661	0,75	26 400	790	6 610	1 056	7 666	6 876
insgesamt	1 527	1,25	96 600	5 240	15 270	3 864	19 134	13 894

zu a) gehören: Indien, Pakistan, Nepal, Bhutan, Ceylon und die Malediven.

zu b) gehören: Burma, China (mit Formosa), Korea, die Mongolische Volksrepublik, die Philippinen, Thailand, Britisch-Borneo, Malaya, Hongkong, Indonesien, Indochina, Macao, Timor, Singapur und Neuguinea.

Quelle: UN, Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries. New York 1951. S. 76.

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß sich der Gesamtbedarf an Kapital auf ca. 19 Mrd. \$ beläuft, wovon der Anteil der Industrie mit ca. 15 Mrd. \$ und der der Landwirtschaft mit ca. 3,8 Mrd. \$ veranschlagt wurde. Die starke Investition in der Industrie ist aus der Notwendigkeit zu erklären, in dicht bevölkerten Ländern in rascherem Tempo als bisher Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und damit die Abwanderung aus dem primären in den sekundären Sektor zu beschleunigen. Die Summe von 3,8 Mrd. \$ für die Landwirtschaft wird zum größten Teil für die landwirtschaftliche Kapitalbildung vorgesehen.

In dem UN-Bericht wurde angenommen, daß 40 % der Bevölkerung (610,8 Mill.) in der Landwirtschaft beschäftigt sind, wovon jährlich 1 % (6,108 Mill.) in Erwerbstätigkeiten außerhalb des Agrarsektors abwandert. Das ist eine ziemlich hohe Quote, aber sie scheint nicht hoch genug zu sein, um die Bevölkerungszahl in der Landwirtschaft absolut zu vermindern. Für die Beschäftigung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft sollen jährlich je Arbeitsplatz in der Industrie 2 500 \$ oder eine Gesamtsumme von ca. 15 Mrd. \$ (nach den Werten der Tabelle II: $2\,500 \cdot 6,108 = 15\,270$) investiert werden. Der Betrag von 2 500 \$ wurde errechnet unter Berücksichtigung von verhältnismäßig niedriger Kapitalausstattung für die Leichtindustrie und starker Kapitalintensität für die Schwerindustrie und öffentliche Versorgungsbetriebe. 70 % der vorgesehenen Kapitalsumme müssen für Investitionen in

den von der Bevölkerungszunahme schwer betroffenen asiatischen Entwicklungsländern verwendet werden.

In der Landwirtschaft sollen jährlich 4 % des Volkseinkommens oder eine Gesamtsumme in Höhe von ca. 3,8 Mrd. \$ investiert werden.

Die UN-Gutachter nehmen an, daß durch die Investitionen von 19 Mrd. \$ in Industrie und Landwirtschaft, welche 1949 ungefähr 20 % des Volkseinkommens der Entwicklungsländer ausmachten, das Volkseinkommen jährlich um etwa 2,5 % ansteigen würde. Die Nettozuwachsrate des Einkommens müßte aber tiefer liegen, da das erwartete Bevölkerungswachstum von 1,25 % die Einkommenssteigerung teilweise verringern würde. So rechnen die UN-Sachverständigen mit einer Nettozunahme des Pro-Kopf-Einkommens rund um 2 %.

Im Jahre 1949 betrug das Gesamtsparen der Entwicklungsländer etwa 5 Mrd. \$, dagegen ihr jährlicher Kapitalbedarf 19 Mrd. \$. Daraus ergibt sich ein hohes Defizit von ca. 14 Mrd. \$. Die Experten der UN sind der Ansicht, daß die Entwicklungsländer selbst einen Teil dieses Betrages in Höhe von ca. 4 Mrd. \$ aufbringen könnten, wenn sie sich bemühen würden, aus eigener Kraft höhere Ersparnisse zu erzielen. Immerhin würden sie jährlich nahezu 10 Mrd. \$ Auslandskapital benötigen, um die beabsichtigte Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens von 2 % zu erreichen. Da der Kapitalbedarf der asiatischen Länder am größten ist, müssen ungefähr 80 % des Kapitalimports dort verwendet werden.

2) Schätzungen durch Bonn 

Die Schätzungen des Kapitalbedarfs durch Bonn  beziehen sich auf den Nahen Osten (⁺Türkei, Syrien, Irak, Palästina, Jordanien und Cypern). Ihnen liegen die Vorkriegspreise zugrunde. Bonn  gab nicht die Grunddaten an, von denen er seine Schätzungen ableitete, aber er scheint ^{+x}Agypten

für seine Berechnungen den Kapitalbedarf je Arbeitsplatz in der Industrie von 200-400 £ angenommen zu haben. Die Zahl der Industriearbeiter wurde für die Zeit von 1943 bis 1962 auf 3,7 Mill. geschätzt. Um sie beschäftigen zu können, würden Investitionen in der Industrie in Höhe von 740 bis 1 480 Mill. £ oder im Durchschnitt 1 110 Mill. £ erforderlich sein. Dagegen berechnet er den Investitionsbedarf der Landwirtschaft auf 1 361 Mill. £, wobei angenommen wurde, daß je Kopf der 11,3 Mill. Landarbeiter ein Kapitalbetrag von etwa 1205£ benötigt wird. Daraus ergibt sich die Gesamtinvestitionssumme von 2 471 Mill. £ (Industrie 1 110 + Landwirtschaft 1361), oder für den Zeitraum von 20 Jahren (1943-62) ein Jahresdurchschnitt von 123,5 Mill. £. Bonné setzt voraus, daß davon jährlich ca. 45 Mill. £ vom Ausland oder von internationalen Kreditinstituten zur Verfügung stehen. Der Restbetrag von ca. 78 Mill. £ jährlich würde aus eigenen Ersparnissen der betreffenden Länder aufzubringen sein. Unter der Annahme, daß die Volkseinkommen der angegebenen Länder bis 1962 um 1 200 Mill. £ ansteigen würden, dürfte diese Summe nicht einmal, auch nicht am Ende der 20-jährigen Periode, die Sparquote von 6,5 % übersteigen.

3) Schätzungen durch Staley und Tuft

Diese Berechnungen des Kapitalbedarfs wurden für asiatische Entwicklungsländer (ohne den Nahen Osten) vorgenommen. Staley und Tuft nahmen an, daß die betreffenden asiatischen Länder sich zu Ende des 2. Weltkrieges auf derselben Entwicklungsstufe befinden wie Japan im Jahre 1900. Sie setzten voraus, daß die mögliche Investition in diesen Ländern nicht höher sein würde, als in Japan vor dem Krieg. Als Grundlage ihrer Berechnungen dienten die japanischen Investitionsziffern während der Zeit von 1900-1936. Sämtliche Investitionen wurden in zwei große Kategorien eingeteilt, einmal diejenigen, die sich auf die Bevölkerungsgröße und zum anderen diejenigen, die sich auf die Bodenfläche beziehen. Industrie, Handel und staatliche Arbeiten wurden in der ersten Gruppe zusammengefaßt, Land-

wirtschaft und Verkehrswesen in der zweiten. Die Zahlen der japanischen Investitionen in der ersten Kategorie in jeder der vier Perioden (1900-1909, 1910-1919, 1920-1929 und 1930-1936) wurden mit dem Verhältnis multipliziert, das sich aus der Bevölkerung asiatischer Entwicklungsgebiete zu der Japans im Jahre 1900 ergibt. Ähnlich wurden die Investitionsziffern für die zweite Gruppe derselben Perioden multipliziert mit dem Verhältnis, das sich aus der Bodenfläche der betreffenden Länder zu der Japans ergibt. Auf diese Weise berechneten Staley und Tuft den Kapitalbedarf in Asien für vier Nachkriegsjahrzehnte:

(gemessen an der Kaufkraft des Dollars von 1936)

1. Jahrzehnt:	26,6 Mrd. \$
2. "	47,4 " \$
3. "	91,5 " \$
4. "	104,6 " \$

Diese Zahlen veranschaulichen den umfangreichen Kapitalbedarf der Entwicklungsländer Asiens. Im Anschluß an diese Länder berücksichtigten Staley und Tuft auch den zukünftigen Kapitalbedarf Ost- und Südosteuropas und Lateinamerikas. Sie nahmen an, daß in der ersten Zeit nach dem Krieg die Investitionen in Asien jährlich 3 Mrd. \$, in süd- und osteuropäischen Ländern jährlich 1,5 Mrd. \$ und in Lateinamerika jährlich 0,6 Mrd. \$ oder insgesamt 5,1 Mrd. \$ betragen würden. Bei diesem Kapitalbedarf ist zu erwarten, daß Asien 2 Mrd. \$, Ost- und Südosteuropa 0,75 Mrd. \$ und Lateinamerika 0,35 Mrd. \$ vom Ausland in Form von Entwicklungshilfe, Anleihen und Investitionen erhalten würden. Somit bleibt ein Rest von 2 Mrd. \$, der jährlich von den betreffenden Ländern selbst aufgebracht werden müßte.

Die vorstehenden Berechnungen sind mehr oder weniger spekulativer Art. Sie gelten nur unter besonderen Voraussetzungen und sind daher miteinander auch nicht vergleichbar. Sie zeigen die fast unfaßbare Größenordnung des Kapitalbedarfs, um die es beim Aufbau der Entwicklungsländer geht.

4. Das soziale Kapital

Der Kapitalbegriff wird in dieser Arbeit auf das Realkapital angewandt. Das Realkapital umfaßt Sachkapital sowie soziales Kapital. Das soziale Kapital ist die Grundlage für jede ökonomische Aktivität. Verwendet wird der Begriff "soziales Kapital" auf indirekt produktives Realkapital (Straßen, Eisenbahnen, Schulen etc.), indirekt, weil es nicht unmittelbar im betrieblichen Produktionsprozeß mitwirkt, wie Sachkapital(Anlagen, Maschinen etc.). Im Unterschied zu direkt produktiven Kapitalausstattungen ist das soziale Kapital nicht im erwerbswirtschaftlichen Sinne auf das Rentabilitätsprinzip orientiert und erbringt keine marktbewerteten Leistungen. Da derartige Leistungen vom Tausch ausgeschlossen sind, lassen sie sich kaum in Geldgrößen erfassen. Vom beschäftigungspolitischen Standpunkt her ist der "Einkommenseffekt" sozialer Investitionen beachtlich, während ein eigentlicher "Kapazitätseffekt" dieser Investitionen fehlt.²³ Das Fehlen des Kapazitätseffekts ist darin festzustellen, daß die Leistungen sozialen Kapitals als erhöhtes Angebot nicht auf dem Markt erscheinen. Diese Investitionen werden auch "autonome Investitionen" genannt. "Mit der Bezeichnung solcher öffentlichen Investitionen als "autonom" soll gekennzeichnet sein, daß zwar ihre Durchführung auf einen "Bedarf" im weiteren Sinne ausgerichtet ist, indessen nicht durch Rentabilitätsabwägungen gemäß einem Kosten- und Ertragsvergleich bestimmt wird."²⁴

Die Bezeichnung soziales Kapital hat sich in Anlehnung an den angelsächsischen Ausdruck "social or public overhead capital" erst in der Nachkriegszeit in der Fachliteratur eingebürgert. P.N. Rosenstein-Rodan verwendete den Begriff "social overhead capital" zum erstenmal 1952 im Laufe einer Vorlesung an der Universität von Maryland.²⁵ Neben diesem geläufigen Ausdruck erscheint in der Literatur eine Fülle anderer Termini wie Infrastruktur, Basiskapital, Erschließungskapital, grundlegende Dienste ("basic services")

etc. Hirschman²⁶ verwendet den Begriff soziales Kapital im weitesten sowie im engsten Sinne. Im weitesten Sinne umfaßt der Begriff alle öffentlichen Dienste, z.B.: Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, Erziehungs- und Gesundheitswesen, Transport- und Verkehrsmittel, Energie- und Wasserversorgung sowie Be- und Entwässerungsanlagen für die Landwirtschaft. Im engsten Sinne bezieht sich der Begriff lediglich auf Transport und Energieversorgung. Somit scheint der Terminus technicus soziales Kapital ein Sammelbegriff zu sein, der eine Reihe ganz verschiedener Dienstleistungseinrichtungen umfaßt.

In der angelsächsischen Literatur wird weiterhin unterschieden zwischen "economic overhead capital" und "social overhead capital."²⁷ Diese Klassifizierung zeigt sich als eine zweckmäßige Begriffsgliederung, die ökonomische Merkmale sozialen Kapitals hervorhebt, um dessen begriffliche Grundlage besser erkennen zu lassen. Unter "economic overhead capital" versteht man im allgemeinen teilweise rentabilitätsorientierte Einrichtungen zur Erstellung bewertbarer Leistungen wie Eisenbahnen, Fernmeldeanlagen, öffentliche Versorgungsbetriebe (Kraft- und Wasserwerke) usw. Die Inanspruchnahme der Leistungen des "economic overhead capital" ist in der Regel gebührenpflichtig. Die Höhe der Gebühren wird jedoch nicht durch den Markt, sondern durch gemeinnützige und verkehrspolitische Erwägungen bestimmt. Unter "social overhead capital" versteht man Anlagen und Einrichtungen, die nicht auf die Rentabilität ausgerichtet sind und keine marktbewerteten Leistungen erbringen. Diese Form von Kapital umfaßt Verkehrseinrichtungen (Straßen, Brücken, Häfen, Kanäle) und Erziehungs- und Krankenanstalten. Die Leistungen des "social overhead capital" werden meist unentgeltlich zur Verfügung gestellt, können aber unter Umständen mit niedrigeren Gebühren belegt werden.

Die angeführte Begriffskonstellation ist nicht streng logisch gegliedert, wird aber aus praktischen Gründen

recht brauchbar. Man kann nicht immer "economic" und "social overhead capital" scharf voneinander trennen, die beiden Typen greifen oft ineinander.

Die Wesensmerkmale des sozialen Kapitals sind folgende:

1) Das soziale Kapital wird durch technisch bedingte Unteilbarkeit ("indivisibility") und durch lange Entstehungs- und Lebensdauer gekennzeichnet. Die technische Unteilbarkeit ist daran festzustellen, daß es sich seinem Wesen nach nicht stufenweise in Zeitabständen errichten läßt. Sie setzt für soziale Kapitalanlagen zumeist eine erhebliche Mindestgröße voraus, um sie volkswirtschaftlich überhaupt nutzbar zu machen. Teilerstellungen von Anlagen und Aggregaten können ohnehin diese aufwendigen Anlagen noch kostspieliger machen. Eine Straße, eine Eisenbahnlinie oder ein Kanal als Verbindungsweg zwischen zwei Gebieten kann nur dann volkswirtschaftlich von Nutzen sein, wenn das Bauvorhaben tatsächlich vollendet wird. Die Verkehrseinrichtungen werden im gesamtwirtschaftlichen Sinne nur dann volle Leistungen hervorbringen können, wenn sie zu einem nationalen Verkehrsnetz erweitert werden. Ähnliches gilt für die Energie- und Wasserwirtschaft.

2) Die sozialen Einrichtungen sind charakterisiert durch einen hohen Kapitalkoeffizienten, hervorgerufen durch massive Investitionen und durch ihre lange Ausreifungszeit bis sie von direkt produktiven Tätigkeiten in Anspruch genommen werden. Etliche soziale Investitionen (z.B. Trinkwasser- und Kanalisationsanlagen) regen nicht immer erwerbswirtschaftliche Aktivitäten an, dennoch müssen sie ausgeführt werden, wenn es darum geht, die Menschen vor Krankheiten zu schützen. Der hohe Kapitalkoeffizient kann in spezifischem Falle (im Straßen- und Kanalbau) durch Heranziehung der billigen Arbeitskräfte in Entwicklungsländern herabgesetzt werden. Da aber Infrastrukturanlagen durchweg Riesensummen verschlingen, muß man alles in allem, besonders im Anfangsstadium der wirtschaftlichen Entwick-

lung, mit einem hohen Kapitalkoeffizienten rechnen. Mit deren intensiver Inanspruchnahme ist jedoch dem Kapitalkoeffizienten ein sinkender Trend zuzurechnen.

3) Bei sozialem Kapital können die Investitionen die Erfordernisse erwerbswirtschaftlicher Tätigkeiten übersteigen, besonders in jenen Entwicklungsländern, in denen die Mindestgröße der Infrastruktur fehlt, die aber als erster Schritt zur wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen werden muß. Diese ungleichmäßige Entwicklung tritt noch deutlicher hervor, wenn direkt produktive Tätigkeiten nicht erwartungsgemäß wachsen, um die vorhandenen Infrastrukturanlagen im vollen Umfang in Anspruch zu nehmen. Ein umgekehrtes Verhältnis wird dadurch gekennzeichnet, wenn die Bildung sozialen Kapitals nicht dem Bedarf der von ihm abhängigen ökonomischen Aktivität entspricht.

4) Ein Ausgleich zwischen Bedarf und Versorgung von Leistungen sozialen Kapitals ist weder durch Import noch durch Lagerhaltung möglich. Die Leistungen müssen am Ort und zum Zeitpunkt ihrer Verwendung geschaffen werden.

5) Investitionen in das soziale Kapital werden im allgemeinen vom Staat durchgeführt, da sie wegen fehlender Rentabilität und wegen großen Kostenaufwandes keine privaten Unternehmer anziehen. Die Bildung sozialen Kapitals kann auch einer unter staatlicher Aufsicht stehenden autonomen Körperschaft übertragen werden. Die Durchführung sozialer Investitionen durch autonome Körperschaften ist deswegen zu empfehlen, da auf diese Weise eine langfristige Planung, die die Bildung sozialen Kapitals erfordert, unabhängig von Regierungswechseln vorgenommen werden kann.

Neben dem Staat bilden ausländische Großunternehmen mitunter das soziale Kapital, besonders in den frühen Entwicklungsstufen. Die Arabian-American Oil Company in Saudiarabien und die United Fruit Company in mittelamerikanischen Ländern sind Beispiele hierfür.²⁸ Das soziale Kapital

wird allerdings von Unternehmern nur dann geschaffen, wenn die erwerbswirtschaftlichen Investitionen über Jahre hinaus beträchtliche Gewinne in Aussicht stellen.

6) Im Unterschied zu sozialen Investitionen in hochentwickelten Industrieländern, in denen sie vornehmlich gegen die konjunkturelle Arbeitslosigkeit im Rahmen der öffentlichen Arbeiten durchgeführt werden, richten sie sich in Entwicklungsländern hauptsächlich auf Strukturänderungen aus. Beschäftigungspolitisch beschränkt sich die Bedeutung des sozialen Kapitals in Entwicklungsländern auf einige arbeitsintensive Projekte (z.B. Straßen, Kanäle und Staudämme). Selbst wenn auch der Beschäftigungseffekt arbeitsintensiver Projekte über Jahre hinaus beachtlich sein kann, werden die Arbeiter nach ihrer Fertigstellung wieder arbeitslos. Daher muß der industrielle Aufbau den Sozialkapitaleinrichtungen dicht folgen, um neue Arbeitsplätze bereitzustellen.

7) Die lange Errichtungszeit sozialen Kapitals löst in Entwicklungsländern inflatorische Wirkungen aus, da die neu entstandene Nachfrage durch erhöhtes Einkommen der Beschäftigten das vorhandene Angebot an Verbrauchsgütern übersteigt. Es geht in Entwicklungsländern nicht um die brachliegende Kapazität, die ausgenutzt werden muß, sondern vielmehr um die Schaffung neuer Kapazität, um das Marktangebot mit der steigenden Nachfrage in Einklang zu bringen.

8) Hirschman ²⁹ vertritt die Ansicht, daß Investitionen in sozialem Kapital sowohl risikoloser als auch risikoreicher sein können. Einerseits ist das soziale Kapital in gewissem Maße risikoloser als erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Investitionen, denn es dient nicht einem bestimmten Wirtschaftssektor, sondern der Gesamtwirtschaft. Andererseits sind manche sozialen Investitionen eng mit der steigenden Bedeutung einer Stadt, einem Flußtal oder einem Verkehrsweg verbunden, und so ist es frag-

lich, ob solche Investitionen weniger risikoreich sind, als die in einem Industriezweig, dessen Absatzgebiet das ganze Land umfaßt.

Es erhebt sich jedoch die Frage, ob der Begriff "Risiko", der als solcher in der Privatwirtschaft im Zusammenhang mit Gewinn verstanden wird, auf soziale Investitionen angewandt werden darf, weil solche Investitionen einer Rentabilität entzogen sind.

Es herrscht in den Entwicklungsländern ein ausgesprochener Mangel an sozialem Kapital. Das ist eines der größten Hindernisse für lohnende Unternehmerinvestitionen in der Industrie. Im allgemeinen übersteigt die Schaffung von sozialem Kapital die finanziellen Möglichkeiten der privaten Unternehmer. Die Regierung hat daher in bezug auf soziale Investitionen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Deutschland liefert ein anschauliches Beispiel dafür, wie energisch die Behörden in den frühen Stadien des Wirtschaftsaufbaus eine Reihe von wichtigen öffentlichen Einrichtungen errichteten. In diesem Zusammenhang verweist Schumpeter³⁰ auf den Bau von Kanälen, Straßen und anderen Anlagen in den deutschen Fürstentümern, die für Privatinvestitionen günstige Rahmenbedingungen schufen. Ähnliche Einrichtungen schufen auch andere Industrieländer zu Beginn ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Die spezifische entwicklungsfördernde Funktion des Sozialkapitals liegt darin, daß es für Privatinvestitionen eine Kostensenkung ermöglicht. Hierzu bemerkt Nurkse: "Once a minimum structure of social overhead capital exists, any private firm can make use of it at small or zero additional cost not only to itself but to the community."³¹

In heutigen Entwicklungsländern werden erhebliche öffentliche Investitionen dem Bau von sozialem Kapital gewidmet. In Indien entfielen in der Zeit des 2. Fünfjahresplans (1955-60) 69 % der Gesamtinvestitionen auf das soziale Kapital gegenüber direkten Investitionen von 31 %.

In der Zeit 1956-60 betrug der Anteil des Sozialkapitals an Gesamtinvestitionen in Indonesien 62 % im Vergleich zu 38 % von direkten Investitionen. Die vergleichbaren Zahlen für den Irak im gleichen Zeitraum waren 86 % bzw. 14 %.³²

Die Anwendung des Grenznutzenprinzips des Kapitals auf öffentliche Einrichtungen in Entwicklungsländern ist verfehlt angesichts der geringen Ergiebigkeit des Kapitals in der früheren Phase der Entwicklung. Trotzdem muß das Sozialkapital erst geschaffen werden, um einen Strukturwandel in den Entwicklungsländern in die Wege zu leiten. Wie Singer meint: "Our problem is not at all that of marginal additions, but it is one of structural change and all-round growth."³³ Im ähnlichen Sinne äußert sich eine Studie der UN: "... the early investments ..., though they may be very unproductive in their immediate pecuniary return, make their major contribution by bringing about basic changes in the economic environment ... Investment in manufacturing industry is likely to be much more productive at a later stage, when the economic environment has been made more favourable by previous investment in the building up of basic facilities, ..." ³⁴ Durch die Förderung der external economies verringert das Sozialkapital die finanzielle Last der Einzelunternehmer und ermöglicht den Aufbau neuer Industrien, die sonst nicht hätten entstehen können.

Sozialkapital macht sich nicht von selbst bezahlt; wirtschaftliche Aktivität, für die es beabsichtigt ist, muß sich eng daran anschließen, um neue Anlagen voll auszunutzen. Je länger sie brachliegen, desto höher sind ihre Kosten für die Gesellschaft, da sie dennoch mit öffentlichen Mitteln instandgehalten werden müssen. Dies erfordert eine intensive Ausnutzung des Sozialkapitals mit minimaler Zeitverzögerung ("time-lag").

In der wirtschaftlichen Entwicklung fällt dem Transportwesen und der Energieversorgung oft eine führende Rolle³⁵ zu.

le zu. Aus der geschichtlichen Betrachtung heraus zeigt sich, daß der Eisenbahnbau in den USA in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine überaus große Dynamik freisetzte, ebenso in Ländern wie Kanada und der Sowjetunion. Im Zuge der Industrialisierung steigt die Nachfrage nach Transportleistungen, weil größere Mengen von Fertigwaren für einen breiteren Verbraucherkreis über immer größer werdende Entfernungen befördert werden müssen. Der Fortschritt der Spezialisierung erfordert darüber hinaus eine zunehmende Differenzierung der Transportleistungen.³⁶ Der künftige Transportbedarf hängt im wesentlichen von Art und Umfang der Güterproduktion und ebenso von deren Verteilung im In- und Ausland ab.

Beim industriellen Aufbau kommt der Energieversorgung ebenfalls eine große Bedeutung zu. In hochentwickelten Ländern kann bei der Steigerung des Energieverbrauchs und der Steigerung der Industrieproduktion mit großer Wahrscheinlichkeit ein Verhältnis von 2 % zu 3 % festgestellt werden.³⁷ Da zwischen Stromverbrauch und industrieller Produktion eine positive Korrelation erkennbar ist, so scheint auch eine Hebung des Volkseinkommens durch Investitionen im Energiesektor wohl möglich zu sein.

Es fehlt in Entwicklungsländern besonders an Verkehrsleistungen und Energieerzeugung. Die Unzulänglichkeit der Verkehrseinrichtungen beschränkt die Ausdehnung des Marktes und damit eine räumliche und funktionale Integration der Wirtschaft, erschwert die Freizügigkeit der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeit, und verursacht Engpässe und Versorgungsschwierigkeiten. Der Preismechanismus in Entwicklungsländern kann dadurch erheblich gestört werden. Die oben zitierte UN-Untersuchung, die die Bedeutung des Sozialkapitals für den industriellen Aufbau hervorhebt, weist auch auf die unzureichenden Verkehrsleistungen hin, welche auf den Industrialisierungsprozeß in Ländern wie Afghanistan, Äthiopien, Nepal, Neuguinea und Südwestafrika sehr ungünstig wirken.³⁸ Die unterschiedliche Entwicklung

des Eisenbahnverkehrs in Entwicklungsgebieten und in industrialisierten Teilen der Welt ergibt sich aus Tabelle III. Wie daraus hervorgeht, standen Asien, Afrika und Südamerika zusammen mit etwa 1/6 des Eisenbahnverkehrs im Jahre 1962 weit hinter Europa einschließlich der UdSSR und Nordamerika.

Tabelle III

Eisenbahnverkehr: Freight net ton-kilometres (1000 Mill.)

Jahr	Europa einschl. der Sowjet- union	Nord- amerika	Asien ohne asiatischen Teil der Sowjetunion	Afrika	Südamerika
1958	1522	921	295	51,3	29,0
1959	1649	958	367	52,9	32,5
1960	1750	947	386	57,3	31,9
1961	1819	938	394	59,6	29,9
1962	1900	984	402	62,5	32,3

Quelle: UN, Statistical Yearbook 1963. New York 1964.
Tabelle 144.

Die mangelnde Energieerzeugung ist ein weiteres Hindernis für die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Der Aufbau von Industrien und Verkehrseinrichtungen wird immer größer werdende Energiemengen beanspruchen, doch gegenwärtig ist die Energieversorgung in diesen Ländern äußerst unbefriedigend. Die Elektrizitätserzeugung betrug im Jahre 1962 1 060 056 Mill. kWh in Nordamerika (davon USA 943 053 Mill. kWh) und 795 500 Mill. kWh in Europa ausschließlich der Sowjetunion gegenüber 261 000 Mill. kWh in Asien, 59 700 Mill. kWh in Südamerika und 47 200 Mill. kWh in Afrika.³⁹ Mit 367 900 Mill. kWh entspricht die Stromerzeugung in den drei letztgenannten Erdteilen also nicht einmal einem Fünftel der nordamerikanischen und der europäischen Produktion zusammen.

5. Ergiebigkeit des Kapitals

In der Hervorhebung des Entwicklungsfaktors Kapital darf aber die Tatsache nicht verkannt werden, daß in Entwicklungsländern nicht notwendigerweise immer eine sinnvolle Verwendung des Kapitals gewährleistet ist. Die Ergiebigkeit des Kapitals hängt in erster Linie mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsgrad zusammen. Man kann daher mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß seine Verwendung in Entwicklungsländern im allgemeinen nicht so ergiebig ist wie in hochentwickelten Ländern. Für diese Aussage läßt sich eine Reihe von Gründen anführen: Es ist zunächst einmal klar, daß mangelhafte external economies in der unteren Entwicklungsstufe die Ergiebigkeit der Investitionen stark beeinträchtigen. Dem Unternehmer, der zuerst investiert, stehen jene Kostenvorteile nicht zu, die in der späteren Phase der wirtschaftlichen Entwicklung durch Errichtung von Infrastruktur und verschiedenen sich ergänzenden Industrien entstehen.

Die Ergiebigkeit des Kapitals ist auch deswegen reduziert,⁴⁰ weil die Anlagen und Einrichtungen in den Entwicklungsländern wegen Fehlen an qualifizierten Kräften nicht mit gleicher Sorgfalt instand gehalten werden wie in den fortgeschrittenen Ländern. Die Arbeiter sind vielfach ungenügend ausgebildet und behandeln ihre Werkzeuge weniger sorgsam. Es kommt häufig vor, daß Kraftfahrzeuge und Maschinen in Entwicklungsländern über Gebühr in Anspruch genommen werden, mit der Folge, daß der Verschleiß der Kapitalgüter beschleunigt wird.⁴¹ Deshalb sind auch die Abnutzungsquoten der Kapitalgüter in Entwicklungsländern viel höher als in entwickelten Ländern. Mit einer Verschwendung von Kapital ist auch deshalb zu rechnen, weil die Gefahr besteht, infolge falscher Beurteilung der wirklichen Möglichkeiten Fehlinvestitionen durchzuführen. Das Fehlurteil beruht vor allem auf unzureichenden Informationen über Naturvorkommen sowie über Absatzmöglichkeiten. Die Rohstoffquellen und Mineralien sind kartographisch

nicht ausreichend erfaßt. Auch die Angaben über Bodenbeschaffenheit und klimatische Verhältnisse, denen bei der Investition in der Landwirtschaft besondere Bedeutung zukommt, sind recht lückenhaft. Außerdem sind die Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland nicht immer vollständig erforscht. Mithin werden unzutreffende Investitionsentscheidungen getroffen, und das Geld wird vergeudet. Aus diesen Gründen neigt das Kapital dazu, dem einmal eingeschlagenen Weg weiter zu folgen. In einzelnen Wirtschaftszweigen mag deshalb eine Überinvestition und in anderen eine Unterinvestition stattfinden. Etwaiger Verlust infolge falscher Verwendung des Kapitals ist zwar in den Industrieländern nicht völlig ausgeschlossen, dennoch dürfte er in Entwicklungsländern wegen ihrer geringeren wirtschaftlichen Erfahrung größer sein.

Schließlich ist anzunehmen, daß der Einsatz von Kapital in Entwicklungsländern weniger produktiv sein wird, weil der Fortschritt der Technik, die eine ergiebige Verwendung des Kapitals ermöglicht, dort viel zu langsam ist. Man könnte dies auch anders formulieren: Da das Kapital meist zur Einführung neuer Techniken verwendet wird, ist dort, wo das technische Wissen nur langsam zunimmt, dem Kapitaleinsatz auch geringer Ertrag beschieden.⁴²

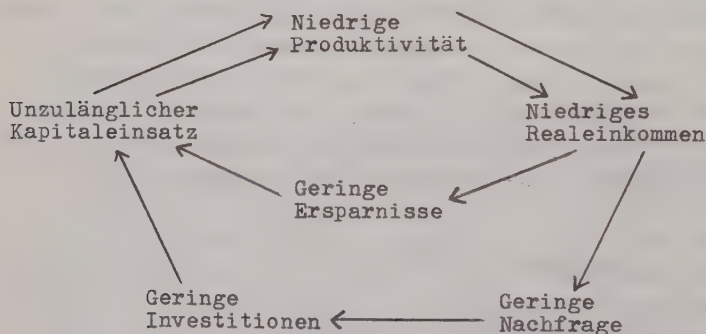
§ II. Einkommen und Sparen

1. Der Teufelskreis der Armut

Der beharrende Zustand der Rückständigkeit, in dem sich die Entwicklungsländer befinden, wird oft mit dem Satz "Teufelskreis der Armut" ("Circulus vitiosus") bezeichnet. Der Begriff sagt aus, daß sich der Zirkelschluß aus einer Reihe von Einzelschlüssen zusammensetzt, die sowohl die Ursachen als auch die Folgen der Armut sind. Da die Armut in diesen Ländern sehr groß ist, fehlen ihnen die Mittel, den beharrenden Zustand ihrer Volkswirtschaft zu

überwinden. Dies verstärkt wiederum die Fortdauer der Armut in den Entwicklungsländern. Deshalb wird oft bemerkt: "a country is poor because it is poor."⁴³

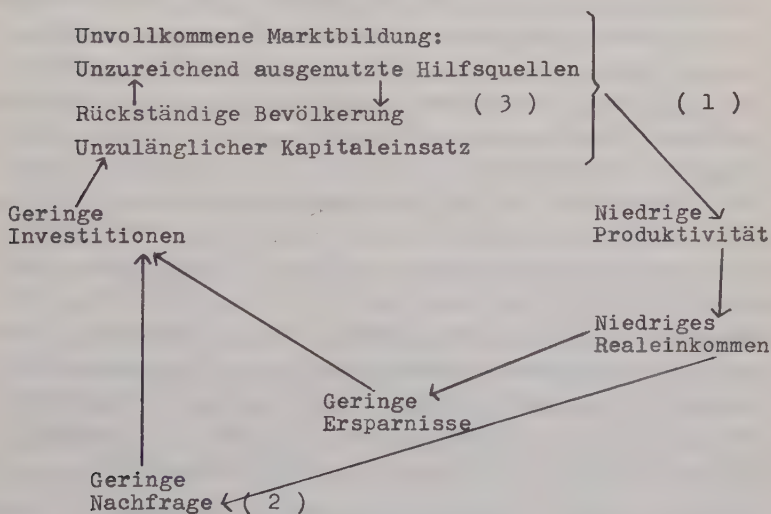
Der Teufelskreis der Armut läßt sich durch verschiedene Kreislaufschemas erläutern. Da das Kapital eine strategische Variable der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, wollen wir zunächst darauf eingehen, wie der Prozeß der Kapitalbildung durch das Fortbestehen des Circulus vitiosus erschwert wird. Das Angebot an Kapital hängt letzten Endes von der Sparfähigkeit der Haushalte ab; die Nachfrage nach Kapital davon, ob genügende Investitionsmöglichkeiten vorhanden sind. Man kann den Teufelskreis sowohl von der Angebotsseite als auch von der Nachfrageseite des Kapitals betrachten. Wir würden zu folgenden Zirkelschlüssen gelangen, wenn wir Nurkses Darstellung folgen.⁴⁴



Der innere Zirkel zeigt die Konstellation auf der Angebotsseite des Kapitals, der äußere die Konstellation auf der Nachfrageseite. Die niedrige Produktivität ist das gemeinsame Merkmal beider Zirkel. Diese ist die Folge des unzulänglichen Kapitaleinsatzes, der ebenfalls in beiden Zirkeln erscheint. Die Ergiebigkeit der Arbeit als Produktionsfaktor ist gering, da die Arbeitskräfte-reserven in den Entwicklungsländern wegen unzureichender Kapitalaus-

stattungen nicht voll ausgenutzt werden können. So lange aber das Realeinkommen tief liegt, können wenig Ersparnisse für die Kapitalbildung aufgebracht werden. Damit ist der Zirkel auf der Angebotsseite des Kapitals geschlossen. Über die Nachfrage des Kapitals wird im Anschluß an das nachfolgende Schaubild im Zusammenhang mit der unvollkommenen Marktbildung zu sprechen sein.

Wir werden nun den vorstehenden Zirkel am Beispiel von Meier und Baldwin⁴⁵ zweckmäßig noch etwas ergänzen. Der erweiterte Teufelskreis berücksichtigt weitere entwicklungshemmende Faktoren wie unvollkommene Marktbildung, unzureichende Ausnutzung der Hilfsquellen und rückständige Bevölkerung. Wir gelangen damit zu folgendem Teufelskreis:



Aus dem obigen Zirkelschluß ist ersichtlich, daß er sich aus drei Einzelschlüssen zusammensetzt, die sich überschneiden. Die vielfache Überlagerung, die einen Teufelskreis charakterisiert, macht es um so schwieriger, einen Durchbruch zur wirtschaftlichen Entwicklung zu vollziehen. Die Produktivität der Wirtschaft wird durch die unvollkommene Marktbildung, d.h. durch die beschränkte Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes⁴⁶ in bezug auf Güter und Dienstleistungen auf einem niedrigen Niveau festgehalten. Die Größe des Marktes hängt wiederum von der Höhe und Vielfältigkeit der Produktion ab. Eine stärkere Investitionstätigkeit zur Ausdehnung der Produktion wird aber durch das geringe Einkommen und die geringe Nachfrage gehemmt. Einen weiteren Zirkelschluß bilden die unausgenutzten natürlichen Hilfsquellen und eine rückständige Bevölkerung. Meier und Baldwin stellen diesbezüglich fest: "... the development of natural resources depends upon the character of human productive resources. The more economically backward are the people, the less developed will be the natural resources. Through illiteracy, lack of skills, deficient knowledge, and factor immobility, the resources will remain unutilized, underutilized, or misutilized. Underdeveloped resources are, therefore, both a consequence and cause of the backward population".⁴⁷ Infolgedessen wird die Arbeitsproduktivität und somit das Realeinkommen niedrig gehalten, welches seinerseits nur eine geringe Ersparnisbildung und eine geringe Nachfrage zuläßt. Die Durchführung von Investitionen stößt also zugleich auf zwei Hindernisse: Einmal verbietet sich eine Investierung für den einzelnen Unternehmer wegen mangelnder Absatzmöglichkeiten, zum anderen würde sie auch nicht realisierbar sein, weil keine nennenswerten Ersparnisse zur Verfügung stehen. Die Folge ist wieder unzureichende Kapitalbildung und so weiter und so fort.

Kritisch muß hier jedoch bemerkt werden, daß die Geschlossenheit des Teufelskreises, die die vorstehenden Schaubilder zu vermitteln scheinen, vielmehr ein hypothetisches und vereinfachtes Beispiel für die Situation der Entwicklungs-

länder ist. Von der Ausweglosigkeit des Zirkelschlusses kann keine Rede sein, dann würde dies bedeuten, daß gar keine wirtschaftliche Entwicklung möglich sei.⁴⁸ Obwohl der Teufelskreis der Armut für die Entwicklungsländer typisch ist, darf man die Tatsache nicht übersehen, daß selbst in diesen Ländern, wenn die Armut auch noch so groß sein mag, manche kleine Ersparnisse gemacht werden. Die Ersparnisse werden jedoch nicht produktiv, sondern vielfach konsumtiv verwendet. Es ist aber möglich, wenn auch schwierig, durch umfassende Erziehungsarbeit und sinnvolle Maßnahmen die Bevölkerung mit der Tugend des Sparens und den verhängnisvollen Folgen unnötiger Konsumausgaben vertraut zu machen und allmählich zu einem Durchbruch des Teufelskreises zu gelangen. Die Unvollkommenheiten des Marktes beziehen sich vielmehr auf die geringe Nachfrage des Inlandsmarktes nach heimischen Industrieerzeugnissen und nicht etwa auf die Nachfrage des Auslandsmarktes nach Rohstoffen. Hier kann auch der Zirkelschluß durch simultane Gründung verschiedener Industrien durchbrochen werden.⁴⁹ Die Geschlossenheit des Teufelskreises ist deshalb ein modellähnlicher Fall, in der Wirklichkeit weist er Sprünge auf. Außerdem ist der Begriff Teufelskreis eine statische Bezeichnung. Es ist durchaus möglich, ihn durch eine zielbewußte Entwicklungspolitik zu sprengen.

2. Einkommensverteilung und Ersparnisbildung

Die Sparquote steht in Abhängigkeit von der Einkommensverteilung. Die Ungleichheit der Verteilung gegebenen Einkommens, insbesondere zu Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung, begünstigt Sparen, da in der Regel höhere Einkommensschichten mehr sparen als untere Einkommensschichten. Die Sparquote steigt, wie Keynes⁵⁰ in den dreißiger Jahren feststellte, überproportional mit wachsendem Einkommen. Ein weitgehend nivelliertes Einkommensniveau hemmt den Sparakt, da nach der Konsumbefriedigung zu wenig übrigbleibt, um Ersparnisse zu ermöglichen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß aus höherem Einkommen nur dann gespart

wird, wenn dessen Bezieher aus kapitalistischem Wirtschaftsdenken handeln, d.h. einen Teil ihrer Einkommen sparen, um ihn der Investition zugute kommen zu lassen. Der Kapitalbesitzer ist um seinen Reichtum kaum zu beneiden, denn er verwendet ihn zur Durchführung der Produktion. Die Entwicklungsgeschichte der westlichen Industrieländer wurde durchweg von diesem Geist des wirtschaftlichen Fortkommens geprägt. Sparfreudigkeit hat entscheidend zum wirtschaftlichen Aufstieg dieser Länder beigetragen.

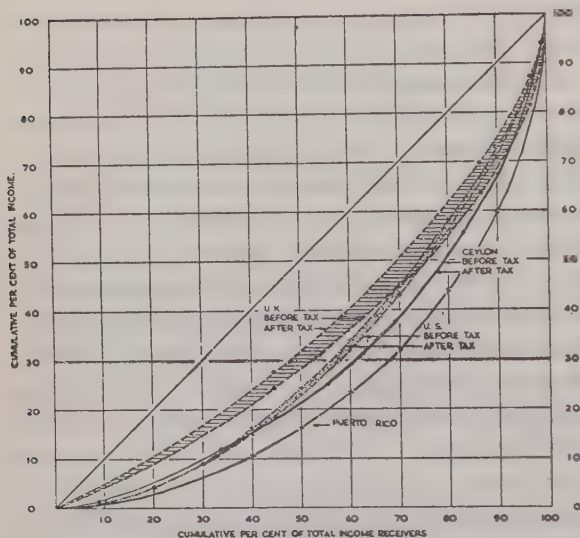
Es stellt sich nunmehr die Frage, ob diese Betrachtung auf die Entwicklungsländer angewandt werden darf. In diesen Ländern ist die Einkommensverteilung weitaus ungleichmäßiger als in den fortgeschrittenen Ländern. Es bestehen zwei weit auseinanderklaffende Einkommensschichten - eine breite Masse mit sehr geringem Einkommen und eine dünne Oberschicht von Fürsten, Großgrundbesitzern, Plantageninhabern, Export- und Importhändlern usw. mit außerordentlich hohem Einkommen. Kuznets⁵¹ hat über die Einkommensverteilung in einigen typischen Entwicklungsländern Untersuchungen geführt und zwar im Vergleich zu den USA und Großbritannien. Er legte seinen Untersuchungen das Haushaltseinkommen für Indien 1949/50, für Ceylon 1950 und für Puerto Rico 1948 zugrunde. Der %-Satz des Gesamteinkommens, den 60 % der Bevölkerung bezog, betrug 28 % in Indien, 30 % in Ceylon und 24 % in Puerto Rico. Hingegen empfing 60 % der Bevölkerung 1948-50 34 % bzw. 36 % des Gesamteinkommens in den USA und in Großbritannien. In der gleichen Zeit bezog 20 % der Bevölkerung Spitzeneinkommen von 55 % in Indien, von 50 % in Ceylon und von 56 % in Puerto Rico. Die vergleichbaren Zahlen für den gleichen Bevölkerungsteil sind 44 % (USA) und 45 % (Großbritannien). Die Spanne zwischen den einzelnen Einkommen der weiten Bevölkerungskreise und dem Durchschnittseinkommen in entwickelten Ländern ist also bedeutend kleiner. Die Einkommensverteilung ist um so gleichmäßiger, je geringer der Abweichungsgrad der einzelnen Einkommen vom Durchschnittseinkommen ist, was durch die Lorenzkurve ausgedrückt werden kann. Ein Mittelstand, der in entwickelten Ländern infolge

einer gerechteren Einkommensverteilung bereits entstanden ist, fehlt allenthalben in Entwicklungsländern. Hervorzuheben ist, daß die Oberschicht der Entwicklungsländer relativ reicher ist als die Oberschicht in hochentwickelten Ländern.

In dem angeführten Einkommensvergleich sind direkte Steuern, aber nicht Beiträge zur sozialen Fürsorge enthalten. Kuznets wies darauf hin, daß ein Vergleich des Einkommens der Entwicklungsländer und der fortgeschrittenen Länder ohne direkte Steuern und mit Fürsorgebeiträgen zeigen würde, daß die Ungleichheit der Einkommensverteilung in Entwicklungsländern größer sei als das Beispiel oben erkennen läßt. Dies wird begründet mit der Tatsache, daß die direkte Steuer in entwickelten Ländern viel progressiver gestaltet ist als in Entwicklungsländern. Außerdem erhalten minderbemittelte Bürger in fortgeschrittenen Ländern beträchtliche Fürsorgeleistungen vom Staat, während ähnliche Unterstützungen in Entwicklungsländern nicht vorhanden sind.

Die "Lorenzkurven" in der nachstehenden Darstellung zeigen die Einkommensverteilung in Puerto Rico, Ceylon, den USA und Großbritannien an. Der Grad der Abweichung der Kurven von der 45° -Linie bestimmt den Grad der Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung des jeweiligen Landes. Am auffallendsten ist die ungleichmäßige Verteilung des Einkommens in Puerto Rico, darauf folgt Ceylon. Aus der Abbildung ist ersichtlich, daß das Einkommen dieser beiden Entwicklungsländer ungleichmäßiger verteilt ist als das Einkommen Großbritanniens und den USA.

Lorenzkurven für Ceylon, Puerto Rico, die USA und Groß-
britannien



Quelle: T. Morgan, Distribution of Income in Ceylon, Puerto Rico, the United States and the United Kingdom. In: The Economic Journal. Bd. 63, 1953. S. 827.

Erläuterung: Puerto Rico: Einkommensstatistik für 1946/47 ohne Einkommensteuer.

Ceylon: Einkommensstatistik nach Stichproben ("sample survey") von 1950.

USA: Einkommensstatistik für 1950.

Großbritannien: Personales Einkommen für 1949.

Die starke Ungleichheit der Einkommensverteilung in Entwicklungsländern wird in der Hauptsache durch die Konzentration des Besitzeinkommens bzw. der Rente auf eine kleine Gruppe von Grundbesitzern hervorgerufen. Diese Tatsache spricht dafür, daß die Entwicklungsstufe dieser Länder viel mehr den Verhältnissen einer feudalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung oder bestenfalls den Anfängen des Kapitalismus ähnelt. Solche Besitzverhältnisse sind Krebschäden für die größte und wichtigste Wirtschaftseinheit, nämlich die Landwirtschaft und somit für die Gesamtwirtschaft. So meint Röpke:⁵² "Der Agrarfeudalismus mit der Unsicherheit der Besitzrechte ..., mit der Konzentration des Bodeneigentums in den Händen weniger Landherren ..., mit der Bebauung des Landes durch das ländliche Halbproletariat sozial und wirtschaftlich gedrückter Teilpächter und Landarbeiter ... und mit seiner Agrartechnik, deren Rückständigkeit und Lässigkeit einem solchen Sozialsystem entsprechen - dieser Agrarfeudalismus ist das Bleigewicht, das alles zu Boden zieht und verzerrt."

Der Anteil der Bodenrente am Sozialprodukt ist in Entwicklungsländern außerordentlich hoch (z.B. 45-60 %). Solche Konzentration des Einkommens führt offensichtlich nicht zum Sparen,⁵³ da Einkommen vom Bodeneigentum, wie die Erfahrung lehrt, vielfach zum Verbrauch verwendet wird. Je besser durch das Besitzrecht die Höhe der Grundrente gesichert ist, um so stärker ist die Verbrauchsneigung der Grundherren. Die meisten Verbrauchsausgaben sind soziologischer sowie religiöser Natur. Die Grundbesitzer legen großen Wert darauf, ihr soziales Ansehen zu heben. So erwerben sie auf Kosten der Kapitalgüter eingeführte Luxusgüter (z.B. große amerikanische Limousinen, Fotoapparate, goldene Armbanduhren etc.). Sie halten eine zahlreiche Dienerschaft mit einer nahezu auf Null stehenden Grenzleistung,⁵⁴ wobei allenfalls noch das humanitäre Motiv eine Rolle spielt, da diese Leute sonst etwa arbeitslos wären. Sie errichten Gotteshäuser und prunkvolle Grabmale, sie

veranstalten Festlichkeiten und unternehmen Urlaubsreisen ins Ausland. Die Feststellung über die Abhängigkeit der Ersparnisbildung von der Ungleichheit der Einkommensverteilung ist somit in Entwicklungsländern fehl am Platze.

Abgesehen von verschwenderischen Verbrauchsausgaben verwenden die Feudalherren im allgemeinen ihre Ersparnisse zur Vergrößerung ihrer Ländereien, zum Geldleihen an Bauern zu hohen Zinssätzen oder zum Erwerb von prachtvollen Häusern. Sie ziehen solche Investitionen den industriellen vor, weil sie damit am besten vertraut sind und darin die sicherste Anlage für ihre Gelder sehen. Hinzu kommen: "... the greater desire for quick gains than for longer-term gains; the high rates of return which the money-lender or landlord can get by short-term lending to small cultivators; ... the investor's desire to have liquid assets as a hedge against currency devaluation and price inflation; the general uncertainty concerning the government's economic policies..."⁵⁵ Das Motiv der Grundbesitzer, kurzfristig ansehnliche Gewinne zu erzielen, steht im Widerspruch zu industrieller Kapitalbildung, die eine lange Reifezeit ("gestation period") benötigt und nur allmählich Gewinne erbringt. Übrigens fehlen ihnen die Erfahrung und die Kenntnisse, die zur Durchführung von Investitionen erforderlich sind. Soziologisch gesehen sind die Grundherren stark daran interessiert, durch Erweiterung ihres Landbesitzes die Zahl der abhängigen Pächter zu erhöhen und auf diese Weise ihre politische Machtstellung zu festigen.

Eine andere vermögende Schicht in Entwicklungsländern bilden die Geschäftsleute. Wenn sie ihre Ersparnisse mit ausgesprochener Vorliebe zum Gütererwerb verwenden, so haben sie, wie bei den Grundbesitzern, dessen verhältnismäßig geringes Risiko und hohe Liquidität gegenüber dem Realkapital im Auge. Sie tragen kein großes Risiko, da ihre Lieferungen meistens aus Konsumgütern mit geringer Nachfrageelastizität bestehen. Die Händler betreiben am liebsten Rohstoff- und Warenspeku-

lationen durch kurzfristige Lagerhaltung und beherrschen den Inländersmarkt durch monopolistisches Angebot. Ihr Streben liegt darin, kurzfristig möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Auf der anderen Seite sind die Käufer, die in entfernten Dörfern leben, zu ihrem Nachteil nicht genügend über Qualität und Preise der angebotenen Güter informiert. Wenn sich die Gelegenheit bietet, beteiligen sich die Kaufleute im Rahmen des Exporthandels auch an Kapitalflucht.

Die von reichen Schichten bevorzugten Anlageformen werden mitunter als 'irrational' bezeichnet. Vom Standpunkt einzelner Sparer aus, die nach Gewinn und Sicherheit ihrer Gelder streben, scheinen sie jedoch wohlbegründet zu sein. Vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus ist es aber unmöglich, solche Anlageformen zu rechtfertigen. Dazu meint Leibenstein:⁵⁶ "What may be a source of income creation for the individual need not be a means of income creation as seen by the community at large." Er versucht diese Feststellung mittels der Spieltheorie zu erklären. Es gibt 'zero-sum' und 'non-zero-sum' Spiele und die Lösung jedes Spiels bringt Gewinne mit sich. Das 'zero-sum' Spiel stellt lediglich eine Umverteilung des Einkommens unter den Spielern dar. Der Verlust des einen bestimmt den Gewinn des anderen oder umgekehrt. Es geschieht also keine Einkommensbildung. Das 'non-zero-sum' Spiel hat dagegen einen Nettozuwachs an Einkommen zur Folge und schließt einen Verlust aus. Die traditionellen Anlagen der Grundbesitzer und Kaufleute gleichen dem 'zero-sum' Spiel, da sie nur zu einer Neuverteilung des vorhandenen Vermögens führen, ohne neues Einkommen zu schaffen. Das 'non-zero-sum' Spiel kann eine distributive Wirkung auslösen, muß es aber nicht.

Es ist unwahrscheinlich, daß eine Umverteilung des Einkommens zu Gunsten der breiten Masse zum Sparen führen würde, da eine derartige Veränderung der Einkommensstruktur die Sparfähigkeit der großen Bevölkerungsteile mit sehr

tiefe Einkommen kaum verbessern wird. Man könnte aber durch progressive Besteuerung der besitzenden Klasse Mittel für die Kapitalbildung aufbringen, wenn in dem betreffenden Entwicklungsland die Politik nicht von ihr beherrscht würde.

3. Demonstrationseffekt und Ersparnisbildung

Der Begriff "Demonstrationseffekt" wurde zum erstenmal von Duesenberry geprägt. Er faßte ihn folgendermaßen zusammen: "... after some minimum income is reached, the frequency and strength of impulses to increase expenditures for one individual depend entirely on the ratio of his expenditures to the expenditures of those with whom he associates".⁵⁷ Diese Hypothese macht darauf aufmerksam, daß die Verbrauchsneigung eines Wirtschaftssubjekts von der Höhe der Verbrauchsausgaben seiner Mitmenschen, besonders jener Gruppe, die höheres Einkommen bezieht, abhängt. Die Verbrauchsausgaben der höheren Einkommensschichten löst also einen starken Demonstrationseffekt aus, der andere Menschen, wenn sie auch in der Einkommensskala weiter unten placiert sind, zum Nacheifern anregt.

Es erhebt sich nunmehr die Frage, welche Gründe einen stets steigenden Konsum bestimmen. Die Hebung des Lebensstandards ist auf lange Sicht das Hauptziel jedes wirtschaftlichen Fortschritts und die Erreichung dieses Zieles erfordert einen zunehmenden Konsum für alle Bevölkerungsschichten. So ist heute von der Massenkongsumgesellschaft die Rede. Über die Versorgung der zum Dasein benötigten Güter hinaus vollzieht sich die Entwicklung im Verbrauch in zweierlei Hinsicht: Einmal werden die bereits vorhandenen Verbrauchsgüter durch die neuen, d.h. technisch weiter entwickelten hochwertigen Güter substituiert, da sie dem gleichen Verbrauchszweck besser dienen können. Je besser ein Produkt den Konsumansprüchen

gerecht ist, um so mehr wird es von den Konsumenten bevorzugt. Der technisch bedingte Nutzwert der vorhandenen Verbrauchsgüter bleibt nur so lange erhalten bis neue, verbesserte Güter auf dem Markt erscheinen.

Zum anderen wird der Verbrauch fortschreitend vielseitig gestaltet, d.h. immer mehr werden verschiedene Güter zum Verbrauch verwendet. Der häufige Kontakt der Verbraucher mit hochwertigen Gütern in der Nachbarschaft, durch Werbung oder auf dem Markt erweckt Unzufriedenheit mit alten Verbrauchsgütern und führt schließlich zu ihrer Substitution durch neue Güter.

Das Verlangen nach besseren Konsumgütern wird um so stärker, je häufiger eine Familie mit anderen Familien mit höherem Konsumniveau in Berührung kommt. Die Konsumausgaben einer Familie sind nicht allein von der absoluten Größe ihres Einkommens abhängig. Vielmehr entscheidend dafür ist die Tatsache, in welchem Verhältnis ihr Einkommen und ihre Ausgaben zu Einkommen und Ausgaben anderer Familien stehen. Ausschlaggebend für das unzureichende Sparen ist die Tatsache, daß auch bei unverändertem Einkommen die Verbrauchsausgaben einer Familie steigen, um mit höheren Verbrauchsausgaben anderer Familien Schritt halten zu können. Das heißt mit gegebenem Einkommen kann ein höherer Verbrauch bzw. ein höherer Lebensstandard nur mit einer Verminderung des Sparens erreicht werden. Der Demonstrationseffekt kann so stark werden, daß einmal das Sparen der Haushalte ganz aufhört. Dies zeigt das Beispiel der USA deutlich. Die Durchschnittsfamilie in den amerikanischen Städten mit einem Jahreseinkommen von 1500 Dollar (umgerechnet auf Preise von 1941) sparte in den Jahren 1917-19 120 Dollar oder 8 % des Einkommens. Eine Familie mit dem gleichen Einkommen im Jahr 1941 sparte überhaupt nichts.⁵⁸

Der ständige Einkommenszuwachs in den USA brachte auch keine Erhöhung im Haushaltssparen mit sich, wie man hätte erwarten können. Ab 1880 hat das Volkseinkommen der USA in jedem Jahrzehnt erheblich zugenommen, ohne daß die Sparquote gleichzeitig stieg. Von 1890 bis 1920 tendierte die Sparquote sogar zum Sinken, obwohl sich das Realeinkommen in dem gleichen Zeitraum mehr als verdreifachte.⁵⁹ Nurkse⁶⁰ zeigt an Hand eines hypothetischen Beispiels, daß sowohl der Sparbetrag als auch die Sparquote zugleich sinken kann. Zum Beispiel betrug ein Einkommen im Jahre 1919 1500 Dollar und davon wurden 120 Dollar oder 8 % gespart. Wenn dieses Einkommen 1941 auf 2000 Dollar stieg, wurden aber bedeutend weniger, nur etwa 100 Dollar oder 5 % des Einkommens gespart (Berechnungsgrundlage der Einkommen: gleichbleibende Preise). All dies bekräftigt noch einmal die von Duesenberry vertretene These über den Demonstrationseffekt.

Duesenberry analysiert ferner psychologische Motive des höheren Verbrauchs. Wenn eine Gemeinschaft sich einen gehobenen Lebensstandard wünscht, so ist zu erwarten, daß ihre Angehörigen ein entsprechendes Konsumniveau zu erreichen bestrebt sind. Solche Verhaltensweise ist darin begründet zu sehen, daß der einzelne Mensch durch höheren Verbrauch für sich eine soziale Anerkennung sucht.

Nurkse vertritt die Auffassung, der Demonstrationseffekt könne sich auch auf der internationalen Ebene bemerkbar machen, indem die Entwicklungsländer den Konsumstandard der USA und europäischer Länder nachahmen. Die Stärke des Demonstrationseffekts in den weltwirtschaftlichen Beziehungen ist einmal abhängig von dem Unterschied des Realeinkommens und des Konsumniveaus zwischen wirtschaftlich reichen und armen Völkern und zum anderen vom Bekanntwerden solcher Diskrepanz bei den armen Völ-

kern.⁶¹ Die Einkommensunterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind heute größer als je zuvor. Das Realeinkommen je Kopf der Einwohner der Entwicklungsländer hat in den letzten hundert Jahren etwas zugenommen, aber dennoch wurde die Ungleichheit des Einkommens in der gleichen Zeit zwischen beiden Gruppen von Ländern größer.⁶² Gewiß ist diese Entwicklung auf den erheblichen Einkommenszuwachs in den entwickelten Ländern zurückzuführen. Nach einer Angabe des Sekretariats der Vereinten Nationen für 70 Länder empfangen im Jahre 1949 18 % der Weltbevölkerung bzw. die Bewohner der hochentwickelten Länder 67 % des Welteinkommens, aber die Entwicklungsländer mit 2/3 der Weltbevölkerung empfangen nur 15 % des Welteinkommens.⁶³ Auch nach 15 Jahren scheint die Kluft im Reichtum zwischen armen und reichen Ländern sich wenig geändert zu haben. Der hohe Verbrauch entwickelter Länder, gewährleistet durch hohes Einkommen, übt einen starken Einfluß auf die Entwicklungsländer aus, die wegen ihres niedrigen Verbrauchs leicht den Verlockungen des höheren Verbrauchs erliegen. Die Nachahmung des westlichen Lebensstandards ist in den Entwicklungsländern jedoch ausschließlich auf die städtische Bevölkerung beschränkt.

Das Bekanntwerden des höheren Konsumniveaus des Westens hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten wesentlich verstärkt. Während des Zweiten Weltkrieges wurde das hohe Konsumniveau der westlichen Länder zum erstenmal durch die alliierten Streitkräfte den Völkern Asiens allgemein bekannt. In der Nachkriegszeit haben sich Kontakte der Entwicklungsländer mit dem westlichen Lebensstandard weiter entwickelt. Mit dem Fortschritt des Flugverkehrs in den Nachkriegsjahren hat die Zahl von Touristen und Kaufleuten aus Amerika und Europa nach den Entwicklungsländern stark zugenommen. Andererseits, mehr als zuvor, sind Regierungsbeamte, Kaufleute

und Studenten aus den Entwicklungsländern in die westlichen Länder gekommen. Außerdem sind die westlichen Verbrauchsgewohnheiten den Völkern der Entwicklungsländer durch solche Massenmedien wie Film, Rundfunk, Fernsehen und Bildmagazine bekannt geworden. Diese Medien sind selbst Produkte der westlichen Zivilisation, welche die Entwicklungsländer übernommen haben. Sie sind zugleich Träger der Konsumgewohnheiten und Geschmacksrichtungen des Westens im Hinblick auf Kleidung, Nahrung und Unterhaltung sowie für langlebige Gebrauchsgüter.⁶⁴ Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist aber der gesteigerte Import von Ver- und Gebrauchsgütern für die Sparfähigkeit der Entwicklungsländer sehr belastend. Abgesehen von fremden Einflüssen hat der Fortschritt des Bildungswesens in den Entwicklungsländern in jüngster Zeit dem Demonstrationseffekt weiteren Auftrieb gegeben. Die Bildung hat neue Wünsche erweckt, zu deren Erfüllung die vorhandene Produktion in Entwicklungsländern noch nicht ausreicht.

Die Sparquote der Entwicklungsländer, die bei niederm Einkommen tief liegen muß, ist durch die hohe Verbrauchsneigung weiter verringert. Betrachtet man die Verhältnisse in den USA, die das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt haben, von deren Bevölkerung aber 75 % wegen des Demonstrationseffekts keine Ersparnisse machen,⁶⁵ so ist es kein Wunder, daß die Entwicklungsländer mit tiefstem Einkommen und gleichzeitig unter Einfluß des Demonstrationseffekts eine sehr niedrige Sparquote aufweisen. Wenn die gestiegene Einfuhr von Verbrauchsgütern soviel betragen würde, wie ein Entwicklungsland vor dem Erscheinen des Demonstrationseffekts selbst produzierte, dann dürfte es für die Sparfähigkeit des Einfuhrlandes keine neue Belastung bedeuten. Aber wie gesagt, der Demonstrationseffekt führt zu einer erheblichen Steigerung der eingeführten Verbrauchsgüter anstelle von im Lande mit Kostenvorteil hergestellten Gütern. Hierzu meint Kindleberger: "Before trade, the underdeveloped

countries consumed native foodstuffs, local products, and went without the material trappings of the developed country. With trade introduced, there occurs a substantial change in its pattern of tastes and a shift in demand in favour of imported goods, and against the goods produced with a comparative advantage."⁶⁶ Der Demonstrationseffekt regt also einen Warenaustausch zu Ungunsten der Entwicklungsländer an, da der Import weit über ihre Zahlungskraft hinausgeht. Mag das säkulare Einkommenswachstum in Entwicklungsländern auch geringer sein, so müßte sich aber dennoch daraus eine entsprechende Ersparnis ergeben, wenn der Demonstrationseffekt nicht gegeben wäre. Wenn die Einkommen der Entwicklungs- und hochentwickelten Länder absolut in gleicher Höhe zunehmen würden, wonach der Einkommensunterschied zwischen ihnen unverändert bleibt, wächst trotzdem die Gefahr, daß der Demonstrationseffekt stärker wird als zuvor, da die Einkommenssteigerung den Entwicklungsländern einen engeren Kontakt mit Industriestaaten ermöglicht.⁶⁷ Das erhöhte Einkommen in Entwicklungsländern fließt der Ersparnisbildung nicht zu, weil der Demonstrationseffekt einem Verzicht auf augenblickliche Konsumansprüche im Wege steht.

Die durch den Demonstrationseffekt heraufbeschworenen Ausgaben rufen ein Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer hervor. Das Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz, das als Folge einer Gewichtsverlagerung auf die notwendigen Kapitalgüter erscheint, ist vielleicht unvermeidbar, aber für die Konsumbefriedigung ist es negativ zu beurteilen. Die hohe Konsumneigung der Entwicklungsländer beschleunigt nur die Abwärtsbewegung ihres Devisenbestandes. Schon die Klassik zeigte, daß diejenigen Länder, die über ihre Verhältnisse leben, nachhaltige Zahlungsbilanzstörungen aufweisen. Nurkse⁶⁸ pflichtet der klassischen Auffassung bei, daß die Theorie der komparativen Kosten auch für dasjenige Land gilt, dessen Produktivitätsniveau den anderen Ländern gegenüber tief liegt. Mit einem sinnvollen Wechselkurs würde das Land in der Lage sein, sich an dem Außenhandel zu beteiligen und einen Zahlungsbilanz-

ausgleich zu erreichen. Es könnte die Güter ausführen, die es mit den relativ geringsten Kosten herstellen kann. Hingegen könnten die Güter eingeführt werden, deren Herstellungskosten im Lande die Einfuhrpreise übersteigen. Unter dem Einfluß des Demonstrationseffekts werden oft die Kostenvorteile des internationalen Tausches übersehen.

Um die Ausgaben auf ein hohes Niveau zu halten, kommen die Entwicklungsländer leicht in Versuchung, durch künstliche Methoden, wie etwa durch Geldschöpfung, ihr Einkommen hochzuhalten und einen Wechselkurs leichtfertig festzusetzen, der mit ihren eigentlichen Leistungen nicht vereinbar ist. Dabei bleiben die Unterschiede im Realeinkommen zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten bestehen. Was den Regierungen der Entwicklungsländer nahegelegt werden muß, ist, daß nicht durch Inflation, sondern durch Konsumverzicht ein gesundes Wirtschaftswachstum erreicht wird. Es ist einfach, westliche Konsumgewohnheiten zu übernehmen, ohne aber dem westlichen Beispiel vom Sparen und Investieren zu folgen. In dieser Beziehung ist die japanische Wirtschaftsentwicklung für die heutigen Entwicklungsländer nachahmenswert. Zu Beginn seiner industriellen Entwicklung hat Japan nach dem westlichen Vorbild der Investition⁶⁹ den Vorzug gegeben, aber sich vom westlichen Verbrauch nicht beeinflussen lassen.

4. Bevölkerungsstruktur und Ersparnisbildung

Neben der drückenden Zahl der Bevölkerung und ihrem sprunghaften Anwachsen stellt die Altersstruktur in Entwicklungsländern eine starke Belastung für die Ersparnisbildung dar. Hervorstechendes Merkmal des Sockels der Alterspyramide ist der hohe Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die ihren Anteil am Sozialprodukt beanspruchen, aber zu dessen Entstehung sie kaum beitragen können. Die jüngeren Jahrgänge unter 15 Jahren machen etwa 40 % der Gesamt-

bevölkerung in Entwicklungsgebieten aus gegenüber 25 - 30 % in Nordamerika und in den westeuropäischen Ländern. Der hohe Prozentsatz der Kinder ist eine Folge der hohen Geburtenziffer in Entwicklungsländern, die mit über 40 je Tausend (die Spanne liegt bei 41 für Südamerika, 49 für Südostasien) weit über die vergleichbare Ziffer in entwickelten Ländern (z.B. 19 in Europa, 24 in Nordamerika) hinausläuft.⁷⁰ Viele Gründe sprechen für die hohe Geburtenrate in Entwicklungsländern.⁷¹ In den tropischen Ländern erreichen die Mädchen vermutlich relativ früh ihre Geschlechtsreife, so daß sie schon vor dem 18. Lebensjahr heiraten und Kinder gebären können. Die Ehe bedeutet für die Frauen auch eine Existenzsicherung, da es für sie wenig Erwerbsmöglichkeiten gibt. Darüber hinaus spielt das soziologische Moment eine gewisse Rolle bei der hohen Geburtenrate. Die Unfruchtbarkeit der Ehefrau wird in vielen Entwicklungsländern als eine große Schande angesehen. Ein anderer Grund für die hohe Zahl der Kinder liegt wahrscheinlich darin, daß der Trieb zur Fortpflanzung dort stärker sei, wo die Lebenserwartung geringer ist. Die Eltern wünschen auch deswegen Kinder, insbesondere Söhne, weil sie in ihrem Alter die Unterstützung der Kinder benötigen.

Der hohe Anteil der jüngeren Jahrgänge der Bevölkerung ist weiterhin darauf zurückzuführen, daß dank einer Verbesserung der hygienischen und sanitären Einrichtungen die erschreckend hohe Kindersterblichkeit in Entwicklungsländern in den letzten Jahren rasch zurückgegangen ist.

Der Altersaufbau der Bevölkerung in Entwicklungsländern hat die Tatsache zur Folge, daß eine wesentlich kleinere Gruppe von erwachsenen Personen als in fortgeschrittenen Ländern nicht nur sich, sondern eine große Zahl von ihr abhängiger Kinder zu ernähren hat, bevor sie überhaupt zum Sparen gelangen kann. Neben

Kindern muß noch eine ganze Reihe erwerbsloser Personen von einer relativ kleinen einkommensbeziehenden Gruppe miternährt werden. Bei einem überaus geringen Einkommen der breiten Masse bleibt danach nur wenig Raum für nennenswerte Ersparnisse.

Der Bevölkerungsaufbau in Entwicklungsländern ist für die Ersparnisbildung auch deshalb ungünstig, weil dort die Lebenserwartung geringer ist als in Industrieländern. Die Erwachsenen, die bereits im Erwerbsleben stehen, können ihren Beruf nur eine kürzere Zeit zugunsten der nachrückenden Jahrgänge ausüben. Um nur einige Zahlen zu nennen beträgt die Lebenserwartung eines neugeborenen Säuglings über 73 Jahre in Norwegen, etwa 72 Jahre in Dänemark, 71 Jahre in den Vereinigten Staaten und mehr als 70 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Dagegen liegt die Lebenserwartung wesentlich tiefer in Entwicklungsländern: z.B. etwa 38 Jahre in Haiti, 43 Jahre im Kongo (Leopoldville), über 47 Jahre in Guatemala und ca. 50 Jahre in Burma.⁷² Unterstellen wir, daß die Jahre wirtschaftlich produktiver Leistung zwischen 15 und 65 liegen, so läßt sich deutlich erkennen, daß das Erwerbsleben in Entwicklungsländern viel kürzer ist als in Industriestaaten. Deshalb ist auch die prozentuale Quote der Bevölkerung der Entwicklungsländer, welche als effektive Arbeitskräfte zur Verfügung steht, kleiner als die vergleichbare Quote in entwickelten Staaten, obwohl die erstgenannten Länder absolut über viel größere Arbeitskräfte verfügen.

§ III. Sparen und Kapitalbildung

1. Die geldlose Kapitalbildung

Diese Form der Kapitalbildung, die Röpke⁷³ im Unterschied zu "geldwirtschaftlicher Kapitalbildung" "naturalwirtschaftliche Kapitalbildung" nennt, geschieht in

der Hauptsache in der Landwirtschaft. Wie die Kapitalbildung überhaupt, so entsteht auch diese Kategorie des Realkapitals aus der Konsumeinschränkung, allerdings in direkter Form "ohne das Zwischenglied eines Geldstadiums" - etwa dann, wenn ein Bauer seinen Viehbestand durch Zucht vergrößert, Saatgut zurücklegt oder seinen Pflug selbst anfertigt. Da die Entwicklungsländer vornehmlich Agrarländer sind, besitzt diese Form der Kapitalbildung dort eine nicht minder wichtige Bedeutung. Im Unterschied zu Industrieländern, in denen das Sparen und die Investition von verschiedenen Personen getragen werden, ist es gerade typisch für Agrarwirtschaften, daß der Landwirt beide Aufgaben, die des Sparens und Investierens, in sich vereinigt. Für ihn sind Sparen und Investieren ein und derselbe Vorgang. Wenn er z.B. seinen Acker brachlegt anstatt ihn zu bebauen, so spart und investiert er gleichzeitig. Er spart, indem er auf den Gegenwartsverbrauch zugunsten eines höheren Zukunftsverbrauchs verzichtet. Die Höhe seiner Ersparnisse ist gleich der Differenz zwischen seinem Netto-Realeinkommen und seinem Verbrauch. Dieser Sparakt ist aber nichts anderes als Investieren, da der Bauer durch produktive Verbesserung seines Bodens eine Netto-Kapitalbildung erreicht.⁷⁴ Dies bewirkt im Grunde eine Kapazitätserhöhung, mit der bei konstantem Arbeitseinsatz eine erhöhte Leistung erreicht werden kann.

Die Bildung von Realkapital, naturalwirtschaftlichem Kapital, kann auch durch unentgeltete Mehrarbeit (der Bauer fertigt von ihm benötigte Geräte selbst an) bei gleichbleibendem Konsum gebildet werden. Man ersetzt die für die Kapitalbildung notwendige Konsumbeschränkung durch mehr und intensivere Arbeit und bildet so das Kapital. Da die Höhe des Konsums der breiten Masse in Entwicklungsländern beim Existenzminimum liegt und die Finanzierungsmittel für die wirtschaftliche Entwicklung sehr begrenzt sind, verdient diese

Möglichkeit der Kapitalbildung besondere Beachtung. Die Bauern können ohne weiteres mehr Arbeit leisten, da ihre Arbeitskraft bei dem großen Angebot an Arbeit nicht voll ausgenutzt wird. Mehrleistungen werden auch dann ermöglicht, wenn Freisetzung von Arbeitskraft von der laufenden Produktion durch einen Ernteüberschuß über den laufenden Konsum stattfindet. Der Anreiz zu unentgeltlicher, freiwilliger Arbeit wird jedoch in starkem Maße davon abhängen, ob der Bauer selbst der Eigentümer des Bodens ist oder zumindest die Pachtverhältnisse so gesichert sind, daß er langfristig auf seinem Boden Verbesserungen durchzuführen gewillt ist.⁷⁵

Die direkte Kapitalbildung kann außerdem in kleinen Handwerksbetrieben zustande kommen. Sie weist aber in diesem Fall einen wesentlichen Unterschied auf. Die durch direkte Investition bewirkte größere Menge von Nahrungsmittelproduktion in Familienbetrieben schafft keine Absatzprobleme, weil sie praktisch von den Bauern selbst, ihrer starken Konsumneigung wegen, verzehrt wird. Dagegen wird die Kapazitätserhöhung im handwerkswirtschaftlichen Bereich von der Marktnachfrage abhängen, da es für gesteigerte Produktion unbedingt eines Absatzmarktes bedarf.⁷⁶

Wie oben erwähnt wurde, ist der Umfang der naturalwirtschaftlichen Kapitalbildung in Entwicklungsgebieten nicht unbedeutend.⁷⁷ Sie wird jedoch in der Regel in den Schätzungen der Gesamtkapitalbildung der Entwicklungsländer nicht berücksichtigt, da sie wegen des Fehlens des Tauschwertes nicht rechnerisch erfaßt werden kann. Diese Tatsache führt gewöhnlich zu einer Unterbewertung der Kapitalbildung nicht nur in der Landwirtschaft, sondern zu irrtümlichen Ergebnissen in der Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung überhaupt. Bauer und Jamey haben auf diese Fehlerquelle der Kapitalschätzungen in Entwicklungsländern mit

Nachdruck hingewiesen: "In under-developed countries agriculture plays a large part in total activity and output, and in many of them much effort is spent on the establishment, extension and improvement of agricultural holdings ... Disregard of investment of effort and resources by individual cultivators in agricultural capital must in these societies give gravely misleading statistical results."⁷⁸ Zu Beginn einer wirtschaftlichen Entwicklung fällt diese Fehlerquelle besonders auf, denn in dieser Periode ist, wie es in Indien der Fall zu sein scheint,⁷⁹ absolut mit einer Zunahme des naturalwirtschaftlichen Realkapitals zu rechnen. Die direkte Kapitalbildung wird aber mit der Produktivitätszunahme und einem Anwachsen der Geldwirtschaft in Entwicklungsländern auf die Dauer relativ und absolut abnehmen,⁸⁰ was letztlich die Fehlerquelle bei der Schätzung des Realkapitals beseitigen wird.

2. Das Horten

Haushalte verwenden, wie es gerade für die Entwicklungsländer typisch ist, auch ihre Ersparnisse zum Horten, anstatt sie den Investitionen zuzuführen. Hortungen bestehen aus Gold, Juwelen, Münzen, Banknoten, Devisen und Sachvermögen. Besonders geschätzt ist das Gold als Ansamlungsobjekt. Die Gestalt, in der das Metall gehortet wird, ist weitgehend von der Tradition des jeweiligen Landes bestimmt. So wird es z.B. als Schmuck getragen oder auch in Münzen angehäuft. Über den Umfang der Goldhortungen in Entwicklungsländern liegen bisher keine genauen Angaben vor. In zwei Gebieten, nämlich in Südostasien und im Mittleren Osten wird mit besonderer Vorliebe Gold gehortet. Man schätzt die privaten Goldhorte in einigen Ländern dieser Gebiete auf 10 % ihrer Volkseinkommen.⁸¹ Ein klassisches Beispiel für die Ansammlung von Edelmetallen bietet Indien. Hierzu schrieb

Keynes: "The history of India at all times has provided an example of a country impoverished by a preference for liquidity amounting to so strong a passion that even an enormous and chronic influx of the precious metals has been insufficient to bring down the rate of interest to a level which was compatible with the growth of real wealth."⁸² Nach vorliegenden Schätzungen⁸³ belaufen sich in Indien die gesamten Goldhorte im Privatbesitz auf ca. 105 Mill. Unzen. Der Wert dieser Vorräte beträgt, zum Einkaufspreis des US-Schatzamtes von 35 \$ je Feinunze umgerechnet, etwa 3 675 Mill. \$. Zu erwähnen ist: "This is a large amount in absolute terms being the historical accumulation of stocks, but new hoarding is small in relation to the household sector's savings and the national income."⁸⁴ So betrugen die Goldhortungen in den Jahren 1950-58 im Durchschnitt ca. 3,6 % der Haushaltersparnisse und 0,2 % des Volkseinkommens Indiens. Die durchschnittliche Zuwachsrate des Hortens lag bei 1,7 %.⁸⁵ Es ist daher unzutreffend, das Gold in Indien als ein sehr wichtiges Ansamlungsobjekt anzusehen. Dies dürfte auch für andere Entwicklungsländer gelten.⁸⁶ Wenn die Horte in der Größenordnung auch nicht so bedeutend sind, so verringern sie doch die ohnehin beschränkten Investitionsmittel in den Entwicklungsländern.

Irrationale Vermögenspräferenz kommt außerdem im Land- und Viehkauf zum Ausdruck. Solche Anlageformen werden in der Literatur auch als Horten bezeichnet.⁸⁷ Der Landerwerb verschärft den Preisauftrieb des Grund und Bodens, ohne daß der landwirtschaftliche Ertrag zunimmt. In Ost- und Südafrika wird der Viehkauf als Anlageform besonders bevorzugt. Das Fleisch der Tiere wird weder verkauft noch verbraucht; vielmehr werden sie bei kultischen Handlungen geopfert und als Mitgift verwendet. So ist es nicht verwunderlich, daß die Größe der Herde die gesellschaftliche Stellung des Besitzers bestimmt.⁸⁸

Der Staat hortet in einigen Entwicklungsländern in erheblichem Umfang selbst, insofern, als das Gesetz eine 100 %-ige Deckung ihres Geldumlaufs durch Devisen erfordert. Das ist der Fall in allen britischen Kolonien, da nach Vorschrift ihre Währungen in vollem Umfang durch Pfund-Sterling gedeckt sein müssen.⁸⁹ Ein derartig hoher Deckungssatz ist offenbar überflüssig und sperrt nur Devisen. Es ist unwahrscheinlich, daß der Staat jemals jenen Teil des Geldbestandes, der durch Devisen gedeckt ist, auch in fremder Währung zurückzahlen muß.⁹⁰

Motive der Hortungen sind dreierlei, nämlich "precautionary purposes, the psychic income accruing from jewellery and ornaments, and expectation of capital appreciation, corresponding to which gold can be regarded as a liquid asset and a store of value, as a durable consumer good and as a hedge."⁹¹ Diese Gründe der Goldhortungen haben mit der Keynes'schen Liquiditätspräferenz wenig zu tun, wenn auch gewisse Ähnlichkeit zwischen Horten und Kassenhaltung nicht völlig auszuschließen ist. Zunächst ist die Kassenhaltung der Wirtschaftssubjekte durch das Transaktionsmotiv bestimmt, dagegen ist es beim Horten von Gold nicht der Fall, weil es im Inland nicht als Tauschmittel gilt. Daher kann die Liquiditätspräferenz nicht als eigentliches Motiv für Hortungen von Edelmetallen in Entwicklungsländern angesehen werden.⁹²

Gold wird zum Teil vorsichtshalber gehortet, etwa zur Erfüllung von künftigen Verpflichtungen (Steuer- und Zinszahlung) oder zur Bestreitung von laufenden Konsumausgaben. Normalerweise ist aber der Umfang der Goldenthortungen für solche Zwecke recht bescheiden, da der Besitzer aus dem Prestigegrund mehr an der Vergrößerung seiner Horte interessiert ist als an ihrem Verkauf. Mit einem Abbau von Horten ist nur in äußerster Not zu rechnen.

Obwohl der Wert des Goldes trotz Geldwertverschlechterungen erhalten bleibt ("store of value"), ist es frag-

lich, ob das Metall als Sicherung ("hedge") gegen Inflationen in Entwicklungsländern gewöhnlich in großem Umfang verwendet wird. In weiten Teilen der wenig entwickelten Volkswirtschaften ist der Gebrauch von Goldhortungen als Sicherheit gegen Inflationen kaum erforderlich, da diese Bereiche, sofern sie von der Geldwirtschaft unberührt sind, nicht so sehr der Gefahr einer inflationistischen Entwicklung ausgesetzt sind.⁹³

Es ist schwer einzusehen, wieso der naturalwirtschaftliche Charakter der Entwicklungsländer die Inflationsgefahr beseitigen kann. Die Geldmenge ist in Entwicklungsländern im Vergleich zu ihren Leistungen zu groß.⁹⁴ Daher ist die Inflation eine nicht selten anzutreffende Erscheinung in diesen Ländern, nicht nur in den in die Geldwirtschaft eingegliederten städtischen, sondern auch in ländlichen Bereichen der Wirtschaft. Da die Nahrungsmittel in den Entwicklungsländern die wichtigsten Konsumgüter sind, so richtet sich die inflationäre, d.h. durch Geldschöpfung hervorgerufene Nachfrage der an den Aufbauprojekten beschäftigten Arbeiter hauptsächlich nach Getreide und treibt dessen Preis schnell in die Höhe. Dadurch können inflatorische Auswirkungen in der Dorfwirtschaft hervorgerufen werden. Die inflationäre Aufbaufinanzierung kann je nach Ausmaß eine Ausweitung der Geldwirtschaft in die ländlichen Gebiete herbeiführen.

Goldschmuck bietet ebensowenig Sicherheit, weil beim Verkauf von Schmucksachen zum herrschenden Goldpreis häufig mit einem Kapitalverlust zu rechnen ist, da der Besitzer für die handwerkliche Arbeit, die im Schmuck steckt, keinen Preis erhält,⁹⁵ obwohl er selbst beim Erwerb von neuen Schmuckstücken dafür zahlen muß. Wenn es auch nicht genau bestimmbar ist, inwiefern Gold als Sicherheit gegen Inflationen dient, so ist doch nicht zu bestreiten, daß es dabei nur eine Nebenrolle spielt.

Es ist auch nicht immer richtig, den Hortungen das spekulative Motiv zuzuschreiben. Bei vielen Besitzern ist das Horten von Gold nicht durch das spekulative Motiv bestimmt. Es sind wenige Geschäftsleute und Zwischenhändler, die hauptsächlich spekulative Geschäfte mit Gold betreiben. Die überwiegende Menge der Hortungen liegt im Besitz der Haushalte, und zwar in Gestalt von Juwelen und Schmuck, so daß man sagen kann, daß das Gold in Entwicklungsländern vielmehr als ein langlebiges Gut gebraucht wird, und dagegen nicht, wie oft vermutet wird, die Funktion der Kassenhaltung erfüllt. Der Gebrauchs- und Prestigewert ("use-value" and "esteem-value") des Goldes spielt bei den Hortungen eine wichtigere Rolle als die Sicherheits- und Spekulationsmotive.⁹⁶

Das Horten von Edelmetallen ist für die wirtschaftliche Entwicklung insofern von Bedeutung, als es überaus geringe Ressourcen der Entwicklungsländer beansprucht. Wenn die Horte aus heimischen Vorkommen gewonnen wurden, dann bedeutet dies ein Abziehen von Produktionsfaktoren für die Goldgewinnung aus anderen Wirtschaftszweigen. Die meisten Entwicklungsländer müssen aber den größten Teil ihres Goldbedarfs importieren, da sie keine bedeutenden Goldlager besitzen. Die Einfuhr von Gold zur Vergrößerung von Hortungen führt zu einem Fehleinsatz von Devisen, die sonst zum Erwerb von Kapitalgütern verwendet werden könnten.

Wenn die Goldhorte abgebaut und auf dem Inlandsmarkt angeboten werden, ergibt sich daraus nur ein Besitzwechsel und keine Mengenveränderung des gehorteten Metalls. Ein derartiger Vorgang hat für die wirtschaftliche Entwicklung kaum eine Bedeutung. Andererseits könnte die Goldenthortung dadurch zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen, daß Gold als internationales Zahlungsmittel zur Beseitigung der Devisenlücke herangezogen wird. Obwohl die Horte nur einmalig in Anspruch genommen werden können, dürften sie trotzdem eine nicht zu unterschätzende Finanzierungsquelle für

die Kapitalgütereinfuhr sein, vor allem in der Überwindung von Devisenknappheit in der Phase vor dem take-off des Wirtschaftsaufbaus. Es ist jedoch fraglich, ob der Ankauf von Horten durch die Regierung zur Finanzierung der Kapitalgütereinfuhr für den öffentlichen Wirtschaftssektor überhaupt sinnvoll ist, da inländische Goldpreise wesentlich höher sind als der vom Internationalen Währungsfonds vorgeschriebene Paritätspreis. In solchen Fällen entsteht ein Verlust für das betreffende Land. Die amtlichen Goldkäufe zum höheren Inlandspreis lassen sich nur dann rechtfertigen, wenn der daraus resultierende Verlust durch die vermehrte Produktivität der mit Goldhorten finanzierten Einfuhrgüter mehr als ausgeglichen wird.

Der Staat sieht sich oft veranlaßt, zur Kapitalbildung private Horte heranzuziehen. Es ist jedoch schwer, die bestehenden Horte mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen wirksam zu treffen, weil Angaben über ihre Art und Menge sowie über ihre Lage unzureichend sind. In manchen Ländern ist es verboten, fremde Währung zu besitzen, ohne dem Schatzamt eine entsprechende Erklärung abzugeben. Der Erfolg derartiger Bestimmungen hängt aber davon ab, wie tatkräftig und konsequent die zuständigen Behörden sie durchführen. Besonders schwierig ist es, die im Besitz der Haushalte sich befindlichen Goldhortungen aufzudecken. Der Versuch, Hortungen über die Vermögenssteuer zu erfassen, scheitert in den meisten Entwicklungsländern vielfach an den mangelnden administrativen Voraussetzungen. Obwohl die Mobilisierung von Hortungen keineswegs zu unterschätzen ist, ist es nach Ansicht der UN-Sachverständigen unwahrscheinlich, daß die Auflösung privater Horte in absehbarer Zeit zur Kapitalbildung der Entwicklungsländer wesentlich beitragen wird.⁹⁷

Gelingt es einer Regierung nicht, die Horte ans Licht zu bringen, so hat sie dennoch die Möglichkeit, wie Higgins⁹⁸ glaubt, Kredite für die Investitionsfinanzierung in der Höhe der gehorteten einheimischen Währung ohne eine inflato-

rische Wirkung zur Verfügung zu stellen. Die Hortungen aus Münzen und Banknoten entsprechen der aus dem Umlauf gezogenen Geldmenge und ergeben mithin eine Verringerung der Nachfrage nach Gütern oder Forderungsrechten. Da die Kreditschöpfung gerade diese Nachfragelücke schließt, so kann sie unmöglich eine Inflation hervorrufen. Es muß allerdings eingeräumt werden, daß gehortetes Geld auch "heiße" Geld sein kann, d.h. es kann angesichts einer wirtschaftlichen oder politischen Krise plötzlich wieder ausgegeben werden. Dann würde eine Einschränkung der Kredite erforderlich werden, um eine inflationistische Spirale zu verhindern.

Ist diese These zwar theoretisch nicht widerlegbar, so ist sie doch praktisch von geringer Bedeutung. Beim Horten von einheimischer Währung handelt es sich gewiß nicht um sehr bedeutende Größen, da die Ersparnisse, wie schon herausgestellt wurde, überwiegend in Edelmetallen und Juwelen angelegt sind. Hinzu kommt, daß es kaum möglich sein dürfte, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu bestimmen oder, mit anderen Worten, den Umfang der Geldhortungen und Enthortungen festzustellen, um die Größe des Kreditbedarfs abzuschätzen.

Darüber hinaus ist die Kreditschränkung bei der Auflösung der Geldhorte mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Investierte Gelder, die zum Ausgleich für die in Horte stillgelegte Geldmenge neu geschaffen worden sind, können nicht aus dem Umlauf zurückgezogen werden, ohne wirtschaftliche Erschütterungen hervorzurufen.⁹⁹ Die Zentralbankbehörde hat also in solchen Fällen die wenig erfreuliche Wahl, eine Politik der Kreditbeschränkungen zu verfolgen oder einem inflatorischen Preisauftrieb zuzusehen. Wünschenswert wäre es daher, die nicht verbrauchten Geldmittel bei der Sparkasse anzulegen oder für den Erwerb von Schuldverschreibungen zu verwenden.

Darum hat das Argument für die Kreditschöpfung zum Ausgleich des Hortens wenig Bedeutung.

Das Horten von Edelmetallen gestattet es auch, die Investitionsausgaben zu erhöhen. Wenn das im Lande befindliche Gold gehortet wird, so entsteht eine Nachfrageverschiebung von Konsumgütern auf Gold. Dadurch erfolgt eine Preissteigerung für das Metall und eine entsprechende Verringerung des inflationären Drucks auf Preise anderer Güter.¹⁰⁰ Das Horten ermöglicht es also, bei größeren Investitionen eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus zu vermeiden, die ohne einen Abfluß von Kaufkraft in die Horte von Edelmetallen zu befürchten wäre.

3. Probleme der Investition

1) Die Beschränktheit des Marktes

Inwieweit ein Inlandsmarkt entwickelt ist, hängt im wesentlichen von der Produktivität der betreffenden Volkswirtschaft ab. So bemerkt Nurkse: "The crucial determinant of the size of the market is productivity."¹⁰¹ Die Produktivität, ausgedrückt in der Höhe des Realeinkommens, bestimmt die Kaufkraft einer Bevölkerung. Die Kaufkraft ist für die Erweiterung des Marktes von eminenter Bedeutung. Die Menge und die Mannigfaltigkeit der Güter und Dienstleistungen, die auf einem Markt angeboten werden, sind Kriterien dafür, in welchem Umfang er entwickelt ist. Die Gütermengen und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft sind keine fixen Größen, sondern verändern sich im Zeitablauf mit steigender oder fallender Leistung einer gegebenen Bevölkerung. Es ist nicht die Zahl der Einwohner eines Landes, sondern ihre Kaufkraft, die den Umfang des Marktes bestimmt. Die Kaufkraft wiederum ist ein Ausdruck für ihre Arbeitsleistung. China und Indien - zwei Länder mit der größten Bevölkerung der Erde - haben weniger entwickelte Binnenmärkte, weil die Arbeitsproduktivität beider Länder gering ist. Daraus erklärt sich die geringe Kaufkraft ihrer Bevölkerung. Im Gegensatz hierzu besitzen Kanada und Australien, beide dünn besiedelt, ein höheres Realeinkommen und ihre Bevölkerung hat demnach eine sehr hohe

Kaufkraft. Allerdings könnten diese Länder zur Erschließung ihrer riesigen Gebiete eine größere Bevölkerung produktiv beschäftigen. Bei gegebenem Naturvorkommen und gegebener Technik ist eine bestimmte Größe der Bevölkerung erforderlich, die sogenannte "optimale Bevölkerung", um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu optimieren. Auch das Ausmaß eines Gebietes ist für die Kaufkraft des Binnenmarktes nicht entscheidend. Die kleine Schweiz hat dank ihrer leistungsfähigen Wirtschaft einen kaufkräftigen Binnenmarkt. Demgegenüber haben viele größere Länder einen Binnenmarkt, der wegen niedriger wirtschaftlicher Leistungen an Kaufkraft ausgesprochen schwach ist. Den Transportkosten, die unter anderem von dem Gebietsumfang bzw. von der Entfernung zwischen Landesteilen abhängen, wird hinsichtlich der Entwicklung des Marktes oft eine überragende Rolle zugeschrieben. Geschichtlich gesehen hat das Absinken der Transportkosten wesentlich zur Erschließung des Marktes und somit zur wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Die Erweiterung des Verkehrsnetzes führt zu einer Ausdehnung des Marktes sowohl im geographischen als auch im ökonomischen Sinne. Was man aber leicht übersieht, ist, daß die Verkehrseinrichtungen allein nicht die Kaufkraft bzw. die ökonomische Größe des Marktes sichern können. Entscheidend dafür ist die allgemeine Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Transport ist nur eine, wenn auch wichtige, der Determinanten der Produktivität.¹⁰² Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß dem Aufbau der Verkehrsanlagen in sämtlichen Entwicklungsländern besondere Bedeutung beigemessen werden muß, um die Beschränktheit und Zersplitterung des Binnenmarktes zu überwinden.

Die Beschränktheit des Inlandsmarktes hat dazu geführt, daß der Arbeitsteilung in den Entwicklungsländern sehr enge Grenzen gesetzt sind. Das Angebot ist äußerst begrenzt; es sind wenige Güter, die auf dem Wochen- oder Tagesmarkt einer Dorfgemeinschaft ausgetauscht werden. Das ist das Beispiel der Selbstversorgungswirtschaft, wo

sich im Haushalt die Produktion und der Verbrauch vereinen. Die Produktion ist in erster Linie für den Eigenverbrauch und nicht für einen anonymen Markt bestimmt. Es wird vorwiegend Tauschhandel betrieben und der Gebrauch von Geld als Zahlungsmittel ist beschränkt. Mit der fortschreitenden Spezialisierung wird jedoch die Dorfwirtschaft immer mehr in den Hintergrund gerückt und die Wirtschaft mit einem größer werdenden Geldvolumen versorgt.¹⁰³ Somit nimmt der Anteil des Geldeinkommens am Volkseinkommen zu.

Der beschränkte Charakter des Binnenmarktes in Entwicklungsländern ist ein starkes Hindernis für die private Kapitalinvestition, besonders zu Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung. Nurkse, zurückgreifend auf Young,¹⁰⁴ stellte die Abhängigkeit der Investition von dem Absatzpotential des Inlandsmarktes mit dem lapidaren Satz fest: "The inducement to invest is limited by the size of the market."¹⁰⁵ Daraus ergibt sich der geringe Grad der Kapitalausstattung in den wenig entwickelten Volkswirtschaften, mit der die niedrige Produktivität unmittelbar verbunden ist. Die Kapitalisierung der Wirtschaft bedeutet nichts anderes als die Leistungssteigerung durch Arbeitsteilung, die durch den Umfang des Marktes bzw. durch die Kauffähigkeit der Verbraucher bestimmt wird. Der zunehmende Ertrag ("increasing returns") des Industriesektors ist der zunehmenden Arbeitsteilung zu verdanken. Die Ergiebigkeit der Arbeitsteilung liegt in der zeitlich ausgedehnten Umwegsproduktion (v. Böhm-Bawerk), welche die moderne kapitalistische Massenproduktion charakterisiert. Der Spezialisierungsprozeß dehnt sich im Zuge der Entwicklung tiefgreifend auf verschiedene Industriezweige aus. Es wird damit eine Art von Interdependenz in der Wirtschaft geschaffen, und dies gerade, wie Young im folgenden unterstreicht, trägt erheblich zur Produktivitätszunahme bei "... an increase in the supply of one commodity is an increase in the demand for other commodities, and it must be supposed that every increase in demand will evoke an

increase in supply. The rate at which any one industry grows is conditioned by the rate at which other industries grow, ..." ¹⁰⁶ Inwiefern sich dieser Prozeß durchsetzt, hängt aber letztlich von der Marktgröße ab, d.h. ob die Gesamtnachfrage ausreicht, bereitgestellte Güter aufzunehmen. Eine Mindestnachfragemenge ist entscheidend für die Einführung verbesserter Technik, da jede Produktionsanlage bzw. jeder Betrieb über einen kostendeckenden Mindestausstoß verfügen muß, um rentabel arbeiten zu können. Es wäre z.B. verschwenderisch und unsinnig einen Hammer zu beschaffen, um nur ein paar Nägel einzuschlagen. Man könnte dazu einen kleinen Stein benutzen, was nicht unwirtschaftlich, wenngleich auch noch so primitiv sein mag. Dieses Beispiel der Robinson-Wirtschaft gilt auch für die moderne Gesellschaftswirtschaft. Ebenfalls wäre es unrentabel, ein kapitalintensives Kraftwagenwerk zu errichten, um bloß ein paar hundert Autos zu produzieren. Das sind hypothetische Beispiele, aber es gibt auch in Wirklichkeit ähnliche Fälle, die die Beschränktheit des Marktes in den Entwicklungsländern deutlich zeigen. Es wurde z.B. festgestellt, daß ein Walzwerk den Jahresbedarf von Eisenwaren für Chile herzustellen, nicht länger als drei Stunden brauchen würde. ¹⁰⁷ Dieses Beispiel könnte den Eindruck erwecken, die Chancen seien sehr gering, die Entwicklungsländer zu industrialisieren! Die Schwierigkeiten für das Bestehen der Kapitalgüterindustrie in unteren Entwicklungsstufen sind nicht zu unterschätzen. Es gibt aber keinen Anhaltspunkt dafür, daß ein Anfang der wirtschaftlichen Entwicklung unbedingt mit Stahlerzeugung gekoppelt sein muß. Es ist realistisch, den wirtschaftlichen Aufbau mit der Verbrauchsgüterindustrie in die Wege zu leiten und danach, mit dem Anwachsen des Einkommens, die Möglichkeiten für Stahlproduktion oder die Errichtung anderer Schwerindustrien zu prüfen. Nurkse ¹⁰⁸ betrachtet weiterhin die allzu beschränkte Nachfrage des Binnenmarktes in Entwicklungsländern als einen Hemmschuh für Investitionen in der Verbrauchsgüterindustrie und verweist auf die Schuproduktion. Wenn sich die Arbeiter der

Schuhindustrie bereit fänden, ihre gesamten Löhne zum Bezug von Schuhen zu verwenden, dann würde das Defizit in der Nachfrage nach Schuhen aufgehoben. Aber da die menschlichen Bedürfnisse vielseitig sind, benötigen die Arbeiter neben Schuhen viele andere Güter. So würden sie niemals bereit sein, ihr Gesamteinkommen zum Kauf der von ihnen hergestellten Schuhe zu verwenden.¹⁰⁹ Andererseits kann der Schuhproduzent nicht alle Schuhe selbst verbrauchen und so muß er sie verkaufen, um andere Güter, die ihm von Nutzen sind, zu erwerben. Unser Schuhproduzent wird aber bald die Tatsache feststellen müssen, daß die vorhandene Nachfrage für den Absatz des Gesamtangebotes von Schuhen nicht ausreicht, da die allgemeine Kaufkraft sehr gering ist, weil es im weiten Bereich der Wirtschaft an produktiven Tätigkeiten fehlt. Diese besondere Schwierigkeit bremst das Funktionieren des Say'schen Theorems, welches besagt, daß sich jedes Marktangebot selbst die ihm entsprechende Nachfrage schafft, weil ja niemand produziert ohne die Absicht, ein anderes Gut oder mehrere andere Güter zu erwerben. In den Entwicklungsländern ruft eben ein neues Angebot wegen des niedrigen Realeinkommens keine entsprechende neue Nachfrage hervor. Es geht hier nicht um die Unzulänglichkeit der effektiven Nachfrage, sondern um die Schaffung realer Kaufkraft. In den Entwicklungsländern gibt es in der Regel keine aus erhöhter Sparneigung entstandene deflatorische Lücke, (d.h. die Differenz zwischen der tatsächlichen Ausgabe bei einem Einkommen und derjenigen Ausgabe, die zur Erhaltung dieses Einkommens erforderlich ist) und damit keine Knappheit in der monetären Nachfrage. Die Geldschöpfung wird bei niedriger Produktion in Entwicklungsländern nur zur Preisinflation führen. Die geringe Kaufkraft als Ausdruck geringen Realeinkommens bleibt damit das eigentliche Hindernis für privatwirtschaftliche Investition.¹¹⁰

Die oben umrissene These, die Nurkse in Anlehnung an Adam Smith und Young entwickelt hat, ist in der jüngsten

Zeit kritisiert worden. Hagen lehnt im folgenden die Nurkse'sche Schlußfolgerung ab: "... , his conclusion that the national market in low-income countries is not large enough to permit production on a scale necessary for reduction in cost is false, or at least grossly overdrawn ... , it is clear beyond question that in every country or colonial area of the world ... there are many ... products commonly used in the area for which the demand provides a market amply adequate for productive units using modern methods."¹¹¹ Er nennt folgende Produkte, die ohne weiteres mit ausreichender Nachfrage des Binnenmarktes rechnen können: Zucker, Reis- und Weizenmehl, Pantoffel, Regenschirme, Textilien, Zigaretten u.a.m. Hagen meint, daß auch Länder mit 2 bis 3 Millionen Einwohnern, deren Einkommen sehr tief liegt, ausreichende Absatzmöglichkeiten bieten, weshalb die Anwendung moderner Technik für die Herstellung dieser und anderer Erzeugnisse sinnvoll erscheint. Nurkse geht offenbar in seiner Betrachtung von der hohen Kapitalintensität der amerikanischen Wirtschaft aus, wenn er an einer Stelle davon spricht,¹¹² daß viele Güter des täglichen Bedarfs, für die beispielsweise in den USA große Nachfrage besteht, in einem Entwicklungsland so wenig gefragt sind, daß eine Maschine nur einige Tage oder Wochen in Betrieb gesetzt zu werden brauchte, um den Jahresbedarf des betreffenden Landes zu decken. Dagegen vertritt Hagen folgende Auffassung:¹¹³ Eine Reihe von Investitionen, die sich ohne einen hohen Grad der Kapitalintensität durchführen lassen, sind für die Entwicklungsländer zweckmäßig. Kurzum: Die Kapitalausrüstungen, die sich in den USA als rationell und rentabel erweisen, sind für die Entwicklungsländer unrentabel. Umgekehrt ist die Produktionstechnik, welche für die Entwicklungsländer von Vorteil ist, für die USA unrentabel. Die unterschiedliche Kapitalausrüstung ergibt sich aus der unterschiedlichen Faktorausstattung. Während in den USA die Arbeitskräfte sehr kostspielig sind, stehen in Entwicklungsländern billige Arbeitskraftreserven zur Verfügung, die mit Vorteil zu

der arbeitsintensiven Produktion herangezogen werden könnten. Da die Voraussetzungen für die Investitionstätigkeit in den USA und in Entwicklungsländern von Grund auf verschieden sind, begegnet Hagen der Nurkse'schen Auffassung mit den Worten: "There is no clear reason to assume the presence of a greater volume of investment opportunity in one, relative to the size of the economy, than in the other."¹¹⁴

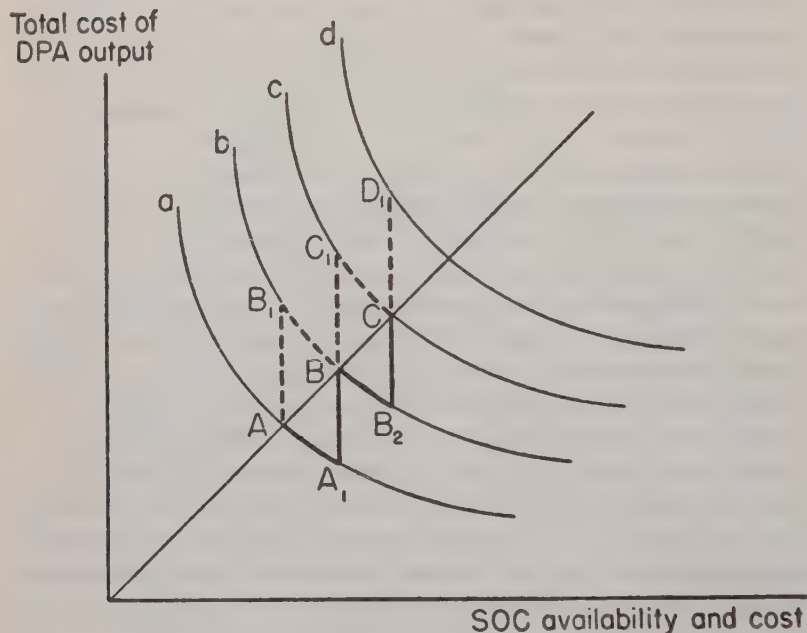
Die mangelhafte Kapitalbildung in den Entwicklungsländern ist, nach Hagen, in der Hauptsache soziologisch bedingt. Wo in einer traditionellen Gesellschaft keine modern ausgerüsteten Industrien entstanden sind, liegt dafür der Grund darin, daß die Menschen dort den Umstellungsprozeß des Industrialismus mit ihrer Lebensweise und ihren Vorstellungen unvereinbar empfunden haben.¹¹⁵ Dagegen behandelt Nurkse dieses Problem vom ökonomischen Gesichtspunkt. Wenn er darauf hinweist, daß sich rentabilitätsorientierte Privatinvestitionen im einzelnen wegen der Begrenztheit des einheimischen Marktes nicht durchführen lassen, so stellt er nicht eine ausweglose Situation dar, sondern regt an, diese Schwierigkeit durch die Schaffung einer Reihe von komplementären Industrien zu überwinden, die durch die Auswirkung der sog. Marshall'schen external economies voneinander profitieren, und dadurch in die Lage versetzt werden, in wechselseitigem Verhältnis zu wachsen.¹¹⁶ Hagen befaßt sich in seiner Kritik nur mit der von Nurkse getroffenen Feststellung über die Beschränktheit des Binnenmarktes, läßt aber seine Empfehlung unberücksichtigt, eine Reihe von sich ergänzenden Industrien aufzubauen. Daher bleibt die Aussagekraft der Nurkse'schen These im Kern erhalten.

2) Investition in sozialem Kapital

Wir haben in § I, 4 der Arbeit den Begriff des sozialen Kapitals geklärt und seine Bedeutung für die Ent-

wicklungsländer hervorgehoben. Im folgenden wird die wichtige Frage der Investitionen in dem sozialen Kapital behandelt. Wir wollen hier darauf ausführlich eingehen, ob die Führungsrolle im Entwicklungsprozeß dem sozialen Kapital (engl. SOC: Social Overhead Capital) oder dem erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Kapital (engl. DPA: Directly Productive Activities) zugeschrieben werden soll.¹¹⁷ Werden zuerst Anlagen des SOC gebaut, dann müssen erwerbswirtschaftliche Investitionen nachfolgen. Dies bedeutet Entwicklung durch Überschuß an SOC. Im umgekehrten Verhältnis, d.h. durch Mangel an SOC kann sich die Entwicklung ebenfalls vollziehen. Es ist leicht zu verstehen, daß in einem Gebiet, wo es überhaupt an wirtschaftlicher Entwicklung fehlt, als erster Schritt das technische Minimum an SOC geschaffen werden muß. Z.B. ist der Zugang zu einem Gebiet durch Straßen und Eisenbahnen eine Voraussetzung für eine DPA-Investition. Wenn einmal das technisch bedingte Minimum-SOC gebildet wurde, ist die Relation zwischen SOC und DPA im weiteren Verlauf der Entwicklung nicht mehr technisch bestimmt. Über die technischen Grenzen hinaus sind die Produktionskosten eines gegebenen DPA-output um so höher, je weniger die Wirtschaft mit SOC ausgestattet ist.

Die nachstehende Abbildung soll das ungleichgewichtige und gleichgewichtige Wachstum zwischen SOC und DPA aufzeigen.



Quelle: A.O.Hirschman, The Strategy of Economic Development. Second printing, New Haven 1959. S. 87.

Kurve a: Produktionskosten eines vollen Kapazitätsausstoßes einer gegebenen DPA-Investition in Abhängigkeit von der Menge des vorhandenen SOC.

Kurven b, c, d: Produktionskostenkurven höherer DPA-Kapazitätsausstoße.

Die Abszisse stellt die Verfügbarkeit des SOC, die Ordinate die Gesamtkosten der DPA-Produktion (einschl. Abschreibung an DPA-Investition) dar. Die Kurvenverläufe zeigen an, daß mit der Zunahme an SOC eine Kostensenkung für den DPA-Ausstoß erfolgt. Ganz rechts in der Darstellung ist

SOC reichlich vorhanden und entsprechend liegen die DPA-Kosten tief. Eine Vergrößerung des SOC wird in dieser Lage kaum Kostenvorteile für den gegebenen DPA-Ausstoß bringen. Dann ist das verfügbare SOC noch nicht voll ausgenutzt und kann weiteren DPA-Bedarf decken. Nach links hin nimmt die SOC-Menge ab und demnach steigen die DPA-Kosten, und schließlich zeigen die Kostenkurven einen vertikalen Verlauf an, hervorgerufen durch eine technisch bedingte Mindestgröße an SOC, welche für die Produktion eines bestimmten DPA-output erforderlich ist.

Die Kostenkurven unterscheiden sich von denen eines im üblichen Sinne verstandenen Ausstoßes dadurch, daß sie die Substituierbarkeit beider Faktoren (SOC und DPA) nicht feststellen lassen, wie nämlich durch Vergrößerung des einen bzw. durch Verkleinerung des anderen Faktors ein bestimmter output hervorgebracht werden kann. Vielmehr wird hier gezeigt, daß bei der Kostenänderung eines gegebenen Ausstoßes nur ein Element, das SOC variiert. Der SOC-Faktor kann jedoch nicht als "input" im gewöhnlichen Sinne angesehen werden, da er nicht in die Kalkulationskosten des DPA-Ausstoßes eingeht. Er steht der Produktion als externes Element zur Verfügung und kann nicht kalkulatorisch erfaßt werden. Gesamtwirtschaftlich gesehen steckt das Ziel darin, bei der Verwendung von verfügbaren Faktoren für SOC- und DPA-Investitionen die größtmögliche DPA-Produktion zu minimalen Kosten zu erzielen. Auf jeder Kurve gibt es einen optimalen Punkt, der als die kleinste Summe beider Koordinatenabschnitte das Kostenminimum darstellt. Da die 45° -Linie in obiger Zeichnung die optimalen Punkte aller Kurven verbindet, entspricht sie somit dem Idealbild eines gleichgewichtigen Wachstums zwischen DPA und SOC.

Wir wollen nun unseren Blick darauf richten, ob überhaupt das Idealbild mit der Wachstumsdynamik vereinbar ist. Um diese Frage zu beantworten, machen wir folgende Annahmen:

- 1) SOC und DPA können nicht zur gleichen Zeit entstehen.
- 2) Jene Investitionsfolge soll bevorzugt werden, die am stärksten weitere Investitionen fördert.

Zur 1. Annahme gehören zwei mögliche Wachstumsfolgen:

- a) Das Wachstum erfolgt durch die Vergrößerung des SOC (Linie $AA_1 BB_2 C$). Hier tritt ein Überschuß an SOC auf und erscheint ein Mangel an DPA.
- b) Das Wachstum erfolgt durch die Vergrößerung von DPA (Linie $AB_1 BC_1 C$). Hier tritt ein Überschuß an DPA auf und erscheint ein Mangel an SOC.

Es ist jedoch aus der Zeichnung nicht ersichtlich, welche dieser Investitionsfolgen überlegen ist, den Expansionsprozeß am stärksten zu induzieren, wie die 2. Annahme für wünschenswert hält. Vergrößern wir zuerst das SOC ($AA_1 BB_2 C$), so sinken die Kosten der DPA-Produktion bis auf A_1 . Bei diesem Punkte entscheiden sich die Unternehmer, die DPA-Investition zu erhöhen. Vergrößern wir zuerst die DPA ($AB_1 BC_1 C$), so steigen die Kosten des DPA-Ausstoßes wesentlich. Die Unternehmer erkennen bald, daß eine Erweiterung der SOC-Leistungen erforderlich ist, um eine Kosten-senkung der DPA-Produktion zu erreichen. Hierdurch entsteht die Forderung zur Bildung neuen SOC. Kurzum: Der Überschuß an SOC schafft Anreize zur DPA-Investition und der Überschuß an DPA wirkt zwingend auf die verantwortlichen staatlichen Organe, um den Mangel an SOC zu beheben. Die Wirksamkeit der ersteren Sequenz hängt von der Bereitschaft der Unternehmer ab, DPA-Investitionen zu unternehmen und die der letzteren von der Bereitschaft der betreffenden Regierungsstellen, auf die Forderung der Unternehmer hin neues SOC zu bilden, etwa in der Absicht, den DPA-Investoren nun keine Chance mehr zu geben, um sagen zu können, daß sie wegen Mangel an SOC verhindert sind, Investitionen durchzuführen.

Wie Hirschman meint, ist ein gleichgewichtiges Wachstum zwischen SOC und DPA nicht erreichbar. Entsteht z.B. ein Mangel an SOC-Leistungen, so werden die Investitionen vorgenommen, um diesen Mangel zu beheben. Die Investitionen werden jedoch nach der Beseitigung des Mangels weitergeführt, bis ein Überschuß an SOC entsteht. Ebenfalls setzen die Unternehmer die DPA-Investitionen trotz Ausnutzung des Überschusses an SOC fort und verursachen somit wieder einen Mangel an SOC. So wiederholt sich der Expansionsprozeß, ohne daß das Gleichgewicht erreicht wird. Aus der Abbildung sind beide Investitionsfolgen ersichtlich. Die Bildung des neuen SOC, die Mangelsituation in B_1 zu beseitigen, würde zu einem Überschuß an SOC und somit zu einer Kostensenkung des DPA-Ausstoßes bis auf B_2 führen. Infolge des neuentstandenen Überschusses an SOC würden die Unternehmer mit ihren DPA-Investitionen bis auf d überspringen und dadurch noch einmal zu einem Mangel an SOC in D_1 führen.

6

Das Gleichgewicht ist vielleicht auch deswegen nicht erreichbar, weil eine kalkulatorische Feststellung des Überschusses oder des Mangels an SOC-Leistungen nicht möglich ist.

Ein aufeinander abgestimmtes Wachstum ist nicht nur unerzielbar, sondern auch unerwünscht, weil es nicht den Anreiz ("incentive") und den Druck ("pressure") schafft, um neue Investitionen zu induzieren.

Im folgenden wird darauf eingegangen, ob die Überschußkapazität an SOC am stärksten die DPA-Investitionen induziert, oder ob die Bevorzugung der DPA-Investitionen am besten der Schaffung des SOC dient. Diejenige Investitionsfolge, die die Stärke besitzt, die andere am besten zu fördern, muß für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bevorzugt werden. Der Überschuß an SOC löst keine derartige Wirkung aus, die unbedingt zu DPA-Investitionen führt. Er erleichtert zwar die Aufgabe der DPA-Investoren, aber

es ist nicht gesagt, daß sie auch erwartungsgemäß investieren wollen, da ihnen keineswegs ein Zwang auferlegt wird, um so zu handeln. Wer kann mit Gewißheit voraussagen, daß die Bereitstellung der SOC-Leistungen in gegebenem Fall DPA-Investitionen zur Folge haben muß?

Andererseits, wie Hirschman weiter ausführt, scheint einer Entwicklung mit mangelndem SOC und überschüssigen DPA-Investitionen mehr Erfolg beschieden zu sein. Da die DPA-Unternehmer ohne entsprechende Vergrößerung des SOC keine Kostenvorteile erzielen können, müssen sie alles daransetzen, zuständige Regierungsstellen um die Beseitigung des Mangels an SOC zu veranlassen. Der Mangel an SOC führt also zwangsläufig zu seiner Behebung. Darum scheint der Entwicklungsförderung eher durch mangelnde als durch überschüssige soziale Investitionen besser gedient zu sein. Weniger risikoreich und wirtschaftlicher ist es, die DPA-Investitionen unter Berücksichtigung des Mangels an SOC kurzfristig durch Subvention zu fördern und danach die Investitionslücke in SOC zu schließen. Eine ähnliche Investitionsfolge bestätigt die Entwicklung in der Sowjetunion, in Japan und in der Türkei.

Dieser Entwicklungsfolge werden soweit die Grenzen gesetzt, als, wie schon erwähnt wurde, jeder gegebene DPA-Ausstoß ein technisch bedingtes Minimum an SOC-Leistungen erfordert. Von Einzelunternehmen aus ist jedoch die Durchführung weiterer DPA-Investitionen möglich, wenn auch dafür keine neuen SOC-Leistungen zur Verfügung stehen. Was geschieht dann? Der Ausstoß eines neuen Unternehmens wird sich auch in diesem Falle als positiv erweisen, aber dessen soziale Grenzproduktivität¹¹⁸ wird gleich Null sein. Die Inanspruchnahme der unzureichenden SOC-Leistungen durch ein neues Unternehmen verringert den Anteil bereits vorhandener Unternehmen am SOC und somit ihre Produktivität. Bei vollständiger Ausnutzung verfügbarer SOC-Leistungen können neue Unternehmen nur auf Kosten der alten entstehen.

Die Gesamtproduktivität der DPA-Investitionen bleibt dabei unverändert. Gerade deshalb darf die technische Bedingtheit zwischen SOC und DPA nicht aus den Augen verloren gehen.

Natürlich muß man sich davor hüten, daß diese Entwicklungsfolge allzu leicht verallgemeinert wird. Wie Hirschman einräumt und wie auch Beobachtungen bestätigen, begünstigt das Vorhandensein des SOC weiter den Expansionsprozeß der sich bereits in wirtschaftlichem Aufschwung befindlichen Städte und Regionen in Entwicklungsländern. Viele Unternehmer, die am Rande der Investitionsentscheidungen stehen, werden sich sofort zu einer Investition entschließen, wenn eine Verbesserung der Ertragsaussichten durch erhöhte SOC-Leistungen ermöglicht wird. Kommt es aber dazu, daß SOC nicht mit voranschreitenden DPA-Investitionen Schritt hält, muß der Mangel an SOC nicht unbedingt der Gesamtentwicklung den Schaden zufügen. Alles in allem "... a region that is really booming will be much helped by a policy concentrating on SOC, but will not be decisively harmed by its absence."¹¹⁹ Der Mangel an SOC-Leistungen ist nichts anderes als die Begleiterscheinung einer dynamischen Entwicklung.

3) External Economies

Im Zusammenhang mit dem oben behandelten Fragenkomplex von der Größe des Binnenmarktes und dem Aufbau des Sozialkapitals in den Entwicklungsländern taucht oft der Begriff "external economies" auf, welchem wir uns nun zuwenden wollen. Die Lehre von den external economies geht bekanntlich auf den englischen Nationalökonom Alfred Marshall¹²⁰ zurück. Seitdem hat sie sich in zunehmendem Maße in der Literatur durchgesetzt, dennoch ist es bisher nicht gelungen, eine eindeutige und klare Definition der external economies zu finden. Ganz allgemein versteht man unter den external economies jene Ersparnisse, welche durch das Tätigsein eines Unternehmens von außen her einem anderen automatisch zufließen, unabhängig von der Einflußnahme und Gegenlei-

stung des empfangenden Unternehmens.¹²¹ Der Ausstoß eines Unternehmens A wird hiernach nicht nur vom eigenen Faktoreinsatz ($l_1, c_1 \dots$), sondern auch vom Ausstoß (x_2) und dem Faktoreinsatz ($l_2, c_2, \dots$) eines anderen Unternehmens oder einer Gruppe derselben abhängen. Meade¹²² hat diese direkte Beziehung, die Interdependenz (die nicht durch den Preismechanismus bzw. durch den Markt übertragen wird) zwischen den Unternehmungen im Zusammenhang mit der Gleichgewichtstheorie durch die Produktionsfunktion $x_1 = f (l_1, c_1, \dots, x_2, l_2, c_2 \dots)$ ausgedrückt. Die Variablen ($x_2, l_2, c_2 \dots$) bezeichnen also die external economies, die dem Unternehmen A zur Verfügung stehen. Meade führt als Beispiel an, daß Bienenzucht und Obstplantagen einander external economies bringen. Dieses dem Landleben entnommene Beispiel zeigt, wie schwierig es ist, Vorgänge im industriellen Bereich der Wirtschaft nachzuweisen, die als external economies angesehen werden können. Scitovsky erwähnt zwei Fälle, die mit dieser Art von external economies übereinstimmen, nämlich: "the case in which a firm benefits from the labour market created by the establishment of other firms and that in which several firms use a resource which is free but limited in supply."¹²³ Die folgenden Beispiele zeigen die external economies im zweiten Falle an: 1. Die Menge der Ölproduktion eines Brunnens hängt von der Anzahl aller anderen Brunnen und dem Umfang der Bohrungen auf demselben Ölfeld ab. 2. Inwieweit ein Unternehmen die öffentlichen Einrichtungen, z.B. eine Straße, in Anspruch nehmen kann, ist ebenfalls von deren Benutzungsgrad durch andere Unternehmen bestimmt.

Die von Meade dargestellten external economies können als "technological external economies"¹²⁴ bezeichnet werden, da sie sich aus einer technischen Beziehung, nämlich der Produktionsfunktion ergeben. Es muß hervorgehoben werden, daß technische external economies einzig äußere Ersparnisse sind, welche aufgrund direkter und gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den Unternehmen in einer allgemeinen Gleichgewichtssituation entstehen.¹²⁵

Der Begriff "external economies" wird auch im Zusammenhang mit der Industrialisierung der Entwicklungsländer angewandt. Wir haben in dieser Arbeit mit diesem Aspekt der external economies zu tun. Scitovsky¹²⁶ ist besonders diesem Problem nachgegangen. Er bezeichnet die external economies, welche bei den Investitionen in Entwicklungsländern auftreten, mit $P_1 = G(x_1, l_1, c_1 \dots; x_2, l_2, c_2 \dots)$. Die Höhe der Gewinne (P_1) einer Unternehmung wird nicht nur durch ihren eigenen Ertrag (x_1) und Faktoreinsatz ($l_1, c_1, \dots$), sondern auch durch den Ertrag (x_2) und Faktoreinsatz ($l_2, c_2, \dots$) anderer Unternehmungen bestimmt. In diesem Falle stellen die Variablen ($x_2, l_2, c_2 \dots$) die external economies dar, welche einer Unternehmung durch das Verhalten anderer Unternehmungen zufallen. Diese äußeren Ersparnisse werden als "pecuniary external economies" bezeichnet, um sie von technischen external economies unterscheiden zu können. Diese Auffassung geht weit über diejenige von Meade hinaus, weil sie außer technischen Ersparnissen auch pekuniäre Ersparnisse einbezieht, welche sich aus den mittelbaren, durch den Preismechanismus bedingten Wechselbeziehungen zwischen den Produzenten ergeben. Bei den pekuniären external economies spielt sich der folgende Vorgang ab: Die Investition in einer Industrie erhöht ihre Kapazität und bewirkt damit eine Preissenkung für ihre Erzeugnisse einerseits und eine Preissteigerung für die Faktoren andererseits, die sie nunmehr in größerer Menge benötigt. Die Unternehmungen, die diese Güter verbrauchen, ziehen aus ihren niedrigen Preisen einen Nutzen. Ebenfalls ziehen die Unternehmungen, welche diese Faktoren liefern, aus den höheren Faktorpreisen einen Nutzen. So erzielen die Abnehmer - sowie Lieferunternehmen von außen her Gewinne, welche nun als pekuniäre external economies bezeichnet werden. Da diese Ersparnisse zum industriellen Aufbau wesentlich beitragen können, ist es wichtig, daß sie bei der Investitionsentscheidung in den Entwicklungsländern ausreichend berücksichtigt werden.

Die pekuniären Ersparnisse unterscheiden sich von den technischen dadurch, daß die Schlußfolgerungen der allge-

meinen Gleichgewichtstheorie, welche den technischen Ersparnissen zugrunde liegen, nicht für die pekuniären Ersparnisse gelten. Die Gleichgewichtslage stellt einen optimalen Zustand dar, der sich bei einem freien Wettbewerb aus der Marktinterdependenz ergibt, weil jedes Unternehmen zum höchstmöglichen Gewinn und jede Person zur höchstmöglichen Bedürfnisbefriedigung gelangt. Bei den pekuniären external economies tritt aber ein solches Optimum nicht ein, wenngleich auch diese auf der marktwirtschaftlichen Interdependenz der Unternehmungen beruhen. Das Ungleichgewicht zeigt sich in der Abweichung des Unternehmergewinns vom gesellschaftlichen Nutzen, die durch die pekuniären external economies der Investitionen in den Entwicklungsländern hervorgerufen wird. Pekuniäre Ersparnisse führen also nicht zum gewünschten gesellschaftlichen optimalen Nutzen.

Der Gleichgewichtsbegriff im statischen Sinne ist auf die Investitionsplanung nicht anwendbar, weil die Investition keineswegs ein statisches Problem ist. "According to equilibrium theory, the producer's profit-maximizing behaviour brings about a socially desirable situation when the system is in equilibrium; or, to give this result a more dynamic, if not entirely correct, interpretation, profit-maximizing behaviour brings closer the socially desirable optimum if it also brings closer equilibrium. Investment, however, need not bring the system closer to equilibrium; and, when it does not, the results of equilibrium theory may not apply."¹²⁷

Gewinne sind eine Erscheinung für den Zustand des Ungleichgewichts, und die Höhe der Gewinne bestimmt bei einem freien Wettbewerb den Grad des Ungleichgewichts. Scitovsky untersucht eingehend, wie das Ungleichgewicht zustande kommt und weist darauf hin, daß der gesellschaftliche Nutzen größer sei, wenn die Investitionen nicht im einzelnen, sondern für sämtliche Industrien als einheitliches Gebilde geplant und durchgeführt werden. Er versucht mit folgendem Beispiel seine Ansicht zu beweisen: Stellt die Industrie A

ein Einsatzgut für die Industrie B her und sinkt der Preis dieses Gutes infolge verstärkter Investition und Produktion in A, so wird B größere Gewinne erzielen und dadurch in die Lage versetzt, ihre Anlagen zu erweitern. Daraufhin wird die Nachfrage von B nach dem Produkt von A steigen und dadurch erhöhen sich die Gewinne von A. A hat dann die Möglichkeit, weitere Investitionen durchzuführen und die Kapazität zu vergrößern. Ein Gleichgewicht wird auf diesem Wege erst allmählich erreicht, wenn sich aufgrund der Investitionen die Gewinne in beiden Industrien angeglichen haben. Diese Gleichgewichtslage entspricht aber nicht dem größtmöglichen Nutzen für die Gesellschaft. Um seine Behauptung zu rechtfertigen unterstellt Scitovsky, daß A und B keine selbständigen Industrien, sondern Bestandteile eines einheitlichen Unternehmens seien. In diesem Falle wären die Ersparnisse, die durch höhere Investitionen in A eintreten, "interne" Ersparnisse, die den Investoren als Gewinne zugute kämen, und keine "pecuniary external economies" für B. Bei einem Zusammenschluß von A und B würde also eine Investition in A rentabler als ohne sein und weiter fortgeführt werden. Die Investition in A würde jedoch gehemmt, wenn B nicht gleichzeitig die Anlagen ausdehnt, da bei konstanter Nachfrage von B nach dem Produkt von A der Anreiz für weitere Investitionen in A fehlt. In ähnlicher Weise sind den Investitionen in B durch eine zu geringe Kapazität von A Grenzen gesetzt, weil B von der Belieferung durch A abhängt. Diese Hemmnisse können jedoch beseitigt werden, wenn die Kapazitätserweiterung in A und B gleichzeitig erfolgt. Dann würden auch die Gewinne der beiden Industrien dem gewünschten gesellschaftlichen Nutzen entsprechen.

Scitovsky vertritt weiter die Ansicht, daß der Preis in einer Marktwirtschaft zur Orientierung für die Investitionsplanung nicht geeignet ist. Die jeweiligen Marktpreise lassen die wirtschaftliche Lage in einem bestimmten Zeitpunkt, nicht aber ihre Veränderungen auf lange Sicht

deutlich erkennen. Da jede Investition von langfristigen Überlegungen ausgehen muß, finden sie offensichtlich in Preisen keinen geeigneten Maßstab für ihre Planung. Scitovsky glaubt, daß eine zentrale Planung ermöglicht, die Investitionen auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft abzustellen. Eine solche Investitionsplanung ist besonders für die Entwicklungsländer zu empfehlen, um die divergierenden privatwirtschaftlichen Interessen mit dem gesellschaftlichen Nutzen in Einklang zu bringen.

Fleming¹²⁸ hat sich auch mit der Frage der "external economies" in den Entwicklungsländern beschäftigt, und zwar unter der Annahme, daß das Angebot an Produktionsfaktoren variierbar ist und daß es mehrere Stufen der Produktion gibt. Er untersucht in seinem Beitrag, ob die external economies etwa bei einer vertikalen Integration der Unternehmungen stärker zum Zuge kommen als bei einer horizontalen Integration von Unternehmungen, wie sie von Rosenstein-Rodan und Nurkse gefordert wird. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die external economies bei den vertikalen Investitionen viel stärker auftreten als bei den horizontalen. Bei dem vertikalen Aufbau von Industrien verbraucht die jeweilige Abnehmer- bzw. Konsumgüterindustrie die Zwischenprodukte der Vorstufe. Steigt die Kapazität der Verbrauchsgüterindustrien, so hat dies auch eine günstige Rückwirkung auf die vorgelagerten Produktionsstufen bzw. auf die Lieferindustrien. In den Entwicklungsländern arbeiten solche Zulieferunternehmen wie z.B. Kraftwerke, Verkehrsbetriebe, Bergbauunternehmen und die Investitionsgüterindustrie häufig ebenso wie die Verbrauchsgüterindustrie unter den Bedingungen eines unvollkommenen Marktes, indem dem potentiellen Angebot an sich leistungsfähiger Unternehmen eine mit zu geringer Kaufkraft ausgestattete Abnehmerseite gegenübersteht. Die Ausdehnung der Betriebsgröße ("economies of large-scale production") in den Konsumgüterindustrien gibt einen stärkeren Anreiz zu Investitionen in den Zulieferindustrien und führt damit zu Produktionser-

höhungen. Die external economies werden dadurch stärker gefördert als bisher, so daß nunmehr die Abnehmerindustrien aus der gesteigerten Lieferfähigkeit der Unternehmungen in den Vorstufen einen entscheidenden Nutzen ziehen. Es empfiehlt sich daher, durch verstärkte Investitionen in einer bestimmten Verbrauchsgüterindustrie den Ausstoß in den vorgelagerten Produktionsstufen zu erhöhen, da deren Erzeugnisse dann auch anderen Verbrauchsgüterindustrien zur Verfügung stehen. Der Ausbau der Vorstufen kann ebenfalls die Weitergabe der external economies an die Anschlußindustrien begünstigen. Fleming gelangte somit zu dem folgenden Schluß: "There can be little doubt but that the conditions for a 'vertical' transmission of external economies - whether forward from supplying industry to using industry, or backward from using industry to supplying industry - are much more favourable than for a 'horizontal' transmission between industries at the same stage."¹²⁹ Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Vor- und Endstufe der Produktion von einer gemeinsamen Planung abhängig zu machen, um die external economies zur stärksten Wirkung zu bringen.

§ IV. Die versteckte Arbeitslosigkeit und die Kapitalbildung

1. Überblick über die versteckte Arbeitslosigkeit

Der Begriff "versteckte Arbeitslosigkeit" wurde 1936 zum erstenmal von Joan Robinson¹³⁰ für unfreiwillige industrielle Arbeitslosigkeit in den entwickelten Ländern angewandt. In diesem Zusammenhang stellte sie fest: "... a decline in demand for the product of the general run of industries leads to a diversion of labour from occupations in which productivity is higher to other where it is lower. The cause of this diversion, a decline in effective demand, is exactly the same as the cause of unemployment in the ordinary sense and it is natural to describe the adoption of inferior occupations by dismissed workers as disguised unemployment."¹³¹

In den Industrieländern liegt die versteckte Arbeitslosigkeit vornehmlich bei konjunkturellen und jahreszeitlichen Schwankungen vor, wenn die Arbeiter, zumeist Fachkräfte, eine berufsfremde Tätigkeit mit geringer Produktivität annehmen, da sie eine bessere Beschäftigung, die ihrer Ausbildung entspricht, nicht finden können. Wenn es sich auch z.B. um den Verkauf von Streichhölzern, Zigaretten oder Lotterielosen auf der Straße handelt, müssen sie das tun, um den Lebensunterhalt verdienen zu können. Die Arbeiter haben die wenig erfreuliche Wahl, entweder eine relativ geringer entlohnte Beschäftigung auszuüben oder gar arbeitslos zu bleiben.

Die unfreiwillige Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten als Gesamterscheinung einer zeitweiligen Depression ist die Folge unzureichender effektiver Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Bei der industriellen Arbeitslosigkeit handelt es sich um ungenutzte Kapazitäten, während die agrarische versteckte Arbeitslosigkeit¹³² in den Entwicklungsländern eine Folge unzureichender Produktionsmittel ist. Es mangelt in den Entwicklungsländern vor allen Dingen an Realkapital.¹³³ Aus diesem Grunde können nicht alle Arbeitswilligen beschäftigt werden, bzw. wenn, dann nur mit einer sehr geringen Grenzproduktivität.¹³⁴

Die versteckte Arbeitslosigkeit als langfristige Erscheinung in einer Reihe von Entwicklungsländern ist eine Folge der Übervölkerung, die sich aus der Diskrepanz zwischen dem Bevölkerungswachstum und dem Mangel an Produktionsmitteln ergibt. Die Übervölkerung wird daher dem spezifischen Begriff der versteckten Arbeitslosigkeit gleichgesetzt.¹³⁵ In den übervölkerten Ländern findet sich wegen des Mangels an anderen Erwerbstätigkeiten die größte Konzentration der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Eine Reihe von Untersuchungen aus den dreißiger Jahren hat sich eingehend mit dem Problem der agrarischen

Übervölkerung auseinandergesetzt, und zwar unter Hinweis auf die Verhältnisse in Osteuropa und in den Balkanländern. Hier sind vor allem die einschlägigen Schriften von Seraphim, Oberländer, Gross und Warriner zu nennen.¹³⁶ Mit dem gleichen Problemkreis beschäftigten sich wiederum Warriner gemeinsam mit Yates, Rosenstein-Rodan und Moore¹³⁷ in den vierziger Jahren.

Seraphim bezeichnet die landwirtschaftliche Übervölkerung als einen "... Zustand, für den eine Reihe von Symptomen charakteristisch ist, die als mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen einer Unverhältnismäßigkeit zwischen der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der ihr zur Verfügung stehenden Unterhalts- und Erwerbsmittel angesprochen werden müssen, hervorgerufen durch ein starkes Anwachsen der Bevölkerungskomponente."¹³⁸ Bei einer Ermittlung der Übervölkerung kommt es also nicht auf die absolute Größe der Bevölkerung, sondern auf die mitwirkenden Produktionsmittel an, die deren produktive Beschäftigung ermöglichen. Während ein Gebiet *et. par.* mit einer bestimmten Einwohnerzahl als übervölkert angesprochen werden muß, gilt diese Annahme nicht für ein anderes vom selben Umfang und mit der gleichen oder einer größeren Bevölkerung. Viele Entwicklungsländer mit größerer Fläche gehören trotz ihrer niedrigen Bevölkerungsdichte pro qkm im Vergleich zu manchen Industrieländern mit kleinerer Fläche, aber einer größeren Bevölkerung pro qkm zu den übervölkerten Ländern. Der Begriff der Übervölkerung steht im engen Zusammenhang mit dem der wirtschaftlichen Unterentwicklung.

Die Größe der landwirtschaftlichen Übervölkerung ist verschieden, je nach Lage und Qualität des Bodens, Methoden der Bodenbearbeitung, Art der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Betriebs- und Familiengröße und Stand der Technik. Gebiete chronischer Übervölkerung kennzeichnen sich durch eine Konstellation von Symptomen, wie z.B. Bodenzer-splitterung, allzu einseitige Bodenbearbeitung, Bodenmüdigkeit, Landhunger und stark anziehende Bodenpreise und

Pachtsätze, unzureichende Kapitalausstattung, sinkende Löhne und geringes Realeinkommen. Diese Analyse, die den Verhältnissen in den ost- und südosteuropäischen Ländern aus den dreißiger und vierziger Jahren entspricht, gilt auch für die übevölkerten Entwicklungsländer, in denen die versteckte Arbeitslosigkeit als ein typisches Merkmal ihrer Wirtschaft anzusehen ist.

Über die versteckte Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft liegen bereits einige Schätzungen vor. In den übevölkerten Bauernwirtschaften, die sich von Südosteuropa bis Südostasien erstrecken, sind ungefähr 15-30 % der Agrarbevölkerung,¹³⁹ je nach Schätzung, als versteckt arbeitslos anzusehen. Untersuchungen über einige südosteuropäische Länder aus den dreißiger Jahren gaben etwa 25-30 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung¹⁴⁰ als versteckte Arbeitslose an. Warriner¹⁴¹ hält es für gerechtfertigt, 1/4 bis 1/3 der Agrarbevölkerung in Osteuropa vor dem zweiten Weltkrieg als überschüssig anzunehmen. In der Nachkriegszeit dürften sich die Verhältnisse in osteuropäischen Ländern infolge verstärkter Industrialisierung beträchtlich verändert haben.

Einzelschätzungen versteckter Arbeitslosigkeit sind auch für einige typisch übevölkerte Entwicklungsländer vorhanden. Es wurde darauf hingewiesen, daß der derzeitige landwirtschaftliche Ertrag in Ägypten mit der Hälfte der gegenwärtigen Landbevölkerung erzeugt werden könnte.¹⁴² In Indien schätzt man, daß ohne Ertragsminderung ungefähr 25 % der Arbeitskräfte¹⁴³ aus der Landwirtschaft abgezogen werden können.

2. Das Modell von Nurkse¹⁴⁴

Der Ausgangspunkt der Analyse von Nurkse über die versteckte Arbeitslosigkeit in den dicht bevölkerten Entwicklungsländern ist das überschüssige Arbeitsangebot, das bei

unveränderter Produktionstechnik und gegebener Bevölkerung aus der Landwirtschaft abgezogen werden kann, ohne ein Fallen des landwirtschaftlichen Ertrags zu verursachen.¹⁴⁵ Die Konstanz der Technik schließt aus, daß bessere Werkzeuge und andere Neuerungen in die Landwirtschaft eingeführt werden. Dennoch kann dieselbe Agrarproduktion mit einer geringeren Arbeitskraft erzielt werden.

Die Veränderung, die nach dem Abzug der überschüssigen Arbeitskräfte als notwendig erscheint, ist eine organisatorische Verbesserung der Produktion.

Der Begriff "versteckte Arbeitslosigkeit" ist nicht auf die Lohnarbeiter angewandt, sondern auf die Mitglieder der Bauernfamilien, die gemeinsam in den Familienbetrieben arbeiten, wobei jeder einen Anspruch auf den Ertrag hat, gleichgültig wieviel er leistet. Es herrscht Arbeitslosigkeit in dem Sinne, daß die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft nicht ausreichen, um die dort ansässigen Arbeitskräfte voll zu beschäftigen. Von der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft unterscheidet sich die in der Industrie, die übersehbar ist und bei der die Arbeitslosen registriert sind. In der Landwirtschaft ist es schwierig, eine personelle Erfassung der Arbeitslosigkeit, die sich hinter geringer Beschäftigungszeit und Überbesetzung von Stellen verbirgt, durchzuführen. Ein großer Teil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erscheint als überflüssig und trägt sehr wenig zur Produktion bei. Die Grenzproduktivität dieser unterbeschäftigten Leute ist vielfach Null oder kaum darüber, d.h. ihre Arbeitsleistungen erhöhen den Gesamtertrag nicht oder nur unwesentlich, so daß z.B. diese überschüssigen Arbeitskräfte von ihren produktiven Angehörigen miternährt werden.

Nurkse schlägt vor, diese überschüssige Arbeit aus der Landwirtschaft herauszuziehen und bei der Kapitalbildung, insbesondere beim Bau der Infrastruktur einzusetzen, um sie produktiv zu machen. Es ergibt sich die Frage, wie

die Finanzierung solcher Kapitalbildung vorgenommen werden soll. Bei Nurkse beschränkt sich das Finanzierungsproblem hauptsächlich auf die Notwendigkeit, Mittel zur Ernährung der für die Kapitalbildung vorgesehenen versteckten Arbeitslosen aufzubringen. In diesem Zusammenhang weist er zum ersten Mal darauf hin, daß "... the state of disguised unemployment implies at least to some extent a disguised saving potential as well."¹⁴⁶ Versucht man dieses Zitat zu interpretieren, so könnte man sagen, daß die versteckte Arbeitslosigkeit in sich ein Sparpotential in dem Sinne birgt, daß die Leute, die mehr produzieren als sie verbrauchen, ihre unproduktiven Angehörigen und Verwandten mit unterhalten. So geht das Sparpotential ständig durch Verbrauch verloren.

Nurkse folgert daraus, daß, wenn die überschüssigen Arbeiter außerhalb der landwirtschaftlichen Selbstversorgungsbetriebe an den Kapitalprojekten eingesetzt werden und ihren bisherigen Konsumanteil weiterhin erhalten, das versteckte Sparpotential zu einem wirksamen volkswirtschaftlich nutzbringenden Sparen führt. Es scheint also möglich, auf diese Weise die Kapitalbildung innerhalb der Volkswirtschaft zu finanzieren. Die auf den Gehöften zurückbleibenden Bauern brauchen nicht ihren Nahrungsanteil zu kürzen, aber sie dürfen auch nicht mehr konsumieren als vorher, weil die abgezogenen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft genauso wie bisher ernährt werden müssen.

Der hier beschriebene Kapitalbildungsvorgang weicht grundsätzlich von der klassischen Vorstellung ab, weil diese für die höhere Kapitalbildung eine Konsumbeschränkung voraussetzt. Dieser unterscheidet sich ebenso von der Keynes'schen Darstellung. "In the Keynesian world of industrial unemployment, consumption as well as investment can be expanded at the same time. In the case now before us, the situation differs from the Keynesian model in that it is impossible to expand both consumption and investment."¹⁴⁷

Der Nurfse'sche Vorschlag der Kapitalbildung gilt nur unter der Annahme, daß die Bauern nach wie vor ihren Kostgängern, die nun anderswo beschäftigt sind, ihren Konsumanteil zukommen lassen, etwa indem sie die Nahrungsmittel auf dem Markt anbieten, anstatt sie selbst zu verbrauchen. Das ist gerade der bedenkliche Punkt des Theorems von Nurfse, auf den er selbst hingewiesen hat, denn die auf dem Lande verbleibenden Bauern, die sehr dicht am Existenzminimum leben, werden sehr wahrscheinlich nach dem Abwandern der überschüssigen Arbeitskräfte zunächst erst einmal ihren eigenen Verbrauch aufbessern, statt den Nahrungsüberschuß freiwillig abzuliefern. Wenn den an der Kapitalbildung beteiligten Arbeitern wenigstens die Ration, die ihnen vorher zufiel, nicht belassen wird, werden sie zu ihrer früheren Tätigkeit zurückkehren, um dort wieder an dem Nahrungsmittelverbrauch ihrer Familien Teil zu haben.

Ein weiteres Nahrungsdefizit kann auch aus anderen Gründen entstehen. Der Konsumbedarf der Neubeschäftigten wird etwas höher sein als bisher, da sie jetzt intensiver arbeiten müssen. Weiterhin werden die versteckten Arbeitslosen möglicherweise nur dann bereit sein, ihren Müßiggang aufzugeben und an einem Aufbauprojekt mitzuarbeiten, wenn ihnen ein entsprechender Anreiz¹⁴⁸ geboten wird, d.h. aber, daß von nun an ihnen ein Lohn gezahlt werden müßte, der über ihrem bisherigen Realeinkommen liegt. Das Ausmaß dieses Anreizes, der sie zum Verlassen ihrer Familien veranlassen soll, wird von dem Umfang der Arbeitslosigkeit bzw. von der Höhe des Realeinkommens je Kopf in der Landwirtschaft abhängen. Da in den Gebieten mit landwirtschaftlicher Übervölkerung die Versorgungslage ausgesprochen schlecht ist, dürfte es nicht so schwierig sein, die überschüssigen Arbeitskräfte zur Kapitalbildung heranzuziehen.

Eine weitere Schmälerung des sog. verdeckten Sparpotentials ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Kosten des Nahrungstransports von den Erzeugungsstätten zu den Stellen, an denen die Kapitalbildung geschieht, zu tragen. Es

scheint daher zweckmäßiger zu sein, die Arbeiter in ihren Heimatdörfern zu belassen und bei örtlichen Projekten zu beschäftigen. Damit wäre auch die Frage der Unterbringung der Arbeiter (ein keineswegs minder wichtiger Punkt, den Nurkse jedoch in seiner Analyse nicht einbezogen hat) gelöst, ohne das Sparpotential zu verringern. Eine völlige Lokalisierung der Projekte ist aber nicht immer möglich.

Der Subsistenzfonds muß ferner ergänzt werden, um die Kosten für die Ausrüstungen der Arbeiter, die Verwaltung, die Materialien und die Besoldung des technischen Personals decken zu können.¹⁴⁹

Bei der Berücksichtigung der Grenzen seines Modells weist Nurkse darauf hin, daß das System, das die überschüssige Arbeit bei der Kapitalbildung einsetzt, dann und nur dann funktionieren wird, wenn komplementäre freiwillige oder Zwangsparsparnisse auch außerhalb des Agrarsektors herangezogen werden können.¹⁵⁰

In Wirklichkeit ist es mit großen Schwierigkeiten verbunden, Ersparnisse zur Ergänzung des Subsistenzfonds ausfindig zu machen. Die Verringerung des Subsistenzfonds durch den erhöhten Verbrauch der auf dem Lande zurückbleibenden Bauern und an der Kapitalbildung beteiligten Arbeiter kann nur dann ausgeglichen werden, wenn die städtische Bevölkerung (gemeint sind hier Kaufleute und die feudale Oberschicht) zusätzliche Ersparnisse aufbringt. Nurkse bemerkt aber sofort, daß diese Ersparnisse nicht in der gewünschten Form, d.h. in Nahrung verfügbar sind: "... the additional saving, if forthcoming at all, releases mainly non-food items such as luxury manufactures or domestic services, ..."¹⁵¹

In diesem Falle muß der Mehrbedarf an Nahrungsmitteln aus dem Ausland gedeckt werden. Das bringt das Problem aber nicht der Lösung näher und kann sich evtl. auf die terms of trade des Einfuhrlandes ungünstig auswirken. Die Lücke

im Subsistenzfonds kann ein Land jedoch dadurch schließen, daß es die Auslandsanleihen, wenn solche ihm zur Verfügung stehen, zum Import von Nahrungsmitteln verwendet. Der Nahrungsimport mag zur Konsumausgabe gehören, aber dadurch wird die Mobilisierung des Sparpotentials für die Kapitalbildung ermöglicht. Die Entwicklungsländer neigen aber stark dazu, ohne eine derartige Zwecksetzung die vom Ausland empfangenen Gelder für einen höheren Verbrauch auszugeben. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, werden nicht selten den Entwicklungsländern zweckgebundene Anleihen gewährt, insbesondere für die Einfuhr von Investitionsgütern. Das heißt, daß diese Gelder nicht beliebig, in dem vorliegenden Falle also nicht für den Import von Nahrungsmitteln verwandt werden können.¹⁵²

Aus allen diesen Gründen ist es unbedingt notwendig, das Durchsickern des verdeckten Sparpotentials soweit wie möglich zu vermeiden. Als Mittel gegen die Verbrauchssteigerung der auf dem Lande verbleibenden Bauern befürwortet Nurkse ihre Besteuerung.

In der Vergangenheit kam es häufig vor, daß die wirtschaftliche Entwicklung so verlief, daß die Landwirtschaft, anstatt Kapital aus anderen Wirtschaftszweigen an sich zu ziehen, diesen Zweigen noch Mittel für den industriellen Aufbau bereitstellte.¹⁵³ In Japan wurde durch hohe Agrarsteuern sehr wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Zwischen 1875 und 1889 betrug der Anteil der Grundsteuer etwa 65-80 %¹⁵⁴ am gesamten Steueraufkommen Japans. Auch in der Sowjetunion wurden der Landbevölkerung für die wirtschaftliche Entwicklung schwere Opfer auferlegt. In den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts wurden dort die Preise der Industriegüter im Verhältnis zu denen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hoch gehalten. Die Kolchosbauern besteuerte man sehr stark, um Mittel für die Wirtschaftsförderung zu beschaffen.

Es gilt also, ohne Rücksicht auf das Wirtschafts-

system, die Landwirtschaft zu besteuern, um die Kapitalbildung zu finanzieren. Es ist jedoch sehr schwer, das Agrareinkommen mit Steuern wirksam zu treffen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Erhebung von direkten Steuern in den meisten asiatischen Ländern durch die Vorherrschaft der Selbstversorgungswirtschaft und geringes Einkommen, durch das Fehlen der Buchführungspraxis unter den Bauern und die Unzulänglichkeit des Steuersystems erheblich erschwert wird.¹⁵⁵ Andererseits sind einer indirekten Besteuerung auch Grenzen gesetzt. Da die Bauern nur ein geringes Einkommen haben, können sie auf dem Markt sehr wenig kaufen.

Nurkse unterschätzt offenbar die praktischen Schwierigkeiten, die noch vor einer Besteuerung der auf dem Lande Verbliebenen überwunden werden müssen. Da zwischen dem Einsatz der Arbeiter an den Kapitalprojekten und der Steuererhebung normalerweise mit einem time-lag zu rechnen ist, müßte eine Art Reservefonds¹⁵⁶ geschaffen werden, um die Arbeiter in der Zwischenzeit ernähren zu können.

Die von Nurkse vorgeschlagene Besteuerung der Bauern für die Kapitalbildung ist auf heftige Kritik gestoßen. Koestner hat sie als ein Mittel des Zwangs auf die notleidende Masse bezeichnet: "Practically every ray of hope the lecturer (Nurkse) shows us is combined with application to the toiling masses of coercion, restrictions on consumption, increased taxation, etc. ... Whether it is the redirection of labour force from villages to dig canals, or industrialization à la Japan or Soviet Russia, or the forced saving on starvation levels by means of inflation or stricter taxation, it is always the toiling man who has to suffer additional (if sometimes only relative) burdens."¹⁵⁷ Er bezweifelt ferner die Unterstellung von Nurkse, daß die Neubeschäftigten mit ihrer bisherigen Ration (oder ein wenig darüber) der physischen Anforderung ihrer jetzigen Arbeit gerecht werden können. Er errechnet für die VAR (Ägypten) einen Nahrungsbedarf von

1200 Kalorien,¹⁵⁸ die ein Arbeiter zusätzlich über seine bisherige Nahrung benötigen wird, wenn er täglich acht Stunden an Kapitalprojekten beschäftigt wird. Das ist 41 % mehr als der Nahrungsanteil der überschüssigen Arbeiter bei ihren Familien.¹⁵⁹ Die neue Tätigkeit erfordert also größere Anstrengungen im Vergleich zur Landwirtschaft.

Andererseits werden die auf dem Lande zurückbleibenden Bauern mehr aufzehren als früher, nicht nur deshalb, weil sie vielfach unterernährt sind, sondern auch deswegen, weil sie nach dem Abwandern ihrer Angehörigen und Verwandten länger und schwerer arbeiten müssen. Damit ist im Sparpotential eine größere Lücke zu erwarten als Nurkse vermutet. Entsprechend würde es höheren komplementären Sparens bedürfen, um die überschüssige Landbevölkerung in neue zu beschaffende Beschäftigungen abzuziehen.

Die Knappheit in der Versorgung, die schon bei einer statischen Betrachtung der Bevölkerung akut ist, verschärft sich noch bei Bevölkerungswachstum, wie es in den meisten Entwicklungsländern der Fall ist, ohne daß die Nahrungsproduktion in gleicher Proportion steigt. Dieses Problem unterstreicht ein Verfasser: "The saving potential remains more or less the same, but the mouths to draw upon it increase in number."¹⁶⁰ Die Freisetzung von Nahrungsmitteln aus dem primären Sektor wird also umso schwieriger sein, je schneller die Bevölkerung wächst.

Raj,¹⁶¹ ein weiterer Kritiker von Nurkse, betrachtet es als einen Irrtum, daß die Konsumquote der an der Kapitalbildung beschäftigten Arbeiter von ihren Familien getragen werden kann, besonders wenn berücksichtigt wird, daß viele von ihnen nicht an Familien gebunden sind. Außerdem stellt die Miternährung der Neubeschäftigten nach Raj kein eigentliches Sparen ("virtual saving") dar, wie es Nurkse nennt, sondern ein Zwangssparen, das von diesen Familien gefordert wird. Er verspricht sich wenig von der

Nahrungsmittellieferung angesichts der schlechten Versorgungslage auf dem Lande.

Leibenstein¹⁶² verweist darauf, daß, wenn der Konsum der Arbeiter an der Kapitalbildung auf dem bisherigen Niveau gehalten wird, offenbar ein Zwangssparen stattfindet. Das ergibt sich daher, weil ihr Lohn trotz Mehrleistung ihrem früheren Verbrauch entspricht. Es fragt sich, warum diese Menschen diskriminiert werden sollen, indem man ihnen und nicht einer anderen Gruppe die Last des Zwangssparens auferlegt. Leibenstein hat als solches nichts gegen das Zwangssparen für die Investitionsfinanzierung, aber er findet keinen Beweis dafür, daß der Weg, den Nurkse für die Mobilisierung solcher Ersparnisse vorschlägt, der beste sei, oder daß deren Umfang der optimal erreichbaren Sparhöhe entspräche.

In seiner Untersuchung beschäftigt sich Nurkse auch mit der Frage der Kapitalausstattung für die Arbeiter. Da in den Entwicklungsländern Kapital unzureichend und Arbeit reichlich vorhanden ist, befürwortet er eine arbeitsintensive Technik, um Kapital zu akkumulieren. Das ist der Weg der größtmöglichen Beschäftigung bei sparsamer Verwendung des gegebenen Kapitals.¹⁶³ Es ist also sinnvoller, die billige, überschüssige Arbeit, wenn sie auch noch so primitiv ausgerüstet sein mag, zur Vermehrung des volkswirtschaftlichen Kapitalbestandes heranzuziehen, als sie ohne jegliche Leistung mitzuernähren.

Die arbeitsintensive Art der Kapitalbildung wird jedoch von einflußreichen Theoretikern, die sich mit Entwicklungsfragen beschäftigen, scharf abgelehnt. Leibenstein¹⁶⁴ macht geltend, daß der wirtschaftliche Aufbau, der eine Maximierung der Produktion voraussetzt, nicht durch die arbeitsintensive, sondern durch die kapitalintensive Technik zu erzielen ist. Er stellt fest: "Where capital is scarce, ... its marginal productivity will be high while the marginal productivity of labour is low,

therefore the appropriate production techniques that should be adopted are those which substitute the relatively ample labour supply for scarce capital."¹⁶⁵ Er führt ferner aus, daß der Umfang des Arbeitseinsatzes in Produktionsprozeß davon abhängt, ob die Kapitalausstattungen dem Faktorverhältnis angepaßt sind, d.h. ob sie einfach und flexibel genug sind, eine große Anzahl von Menschen zu beschäftigen. Einfache Werkzeuge und Ausrüstungen sind vielmehr für eine höhere Beschäftigung und nicht für einen höheren Ausstoß geeignet. Gewiß verschärft die kapitalintensive Technik kurzfristig die Arbeitslosigkeit, dennoch kann sich ihre Verwendung so produktiv auswirken, daß trotz Zunahme der Anzahl von Arbeitslosen eine höhere Erzeugung je Kopf ermöglicht wird. Was selbst die Beschäftigung anbetrifft, dürfte eine arbeitsintensive Entwicklung, etwa die Förderung der Heimindustrien, eine nur temporäre Behebung der versteckten Arbeitslosigkeit bedeuten, da ihre Ausdehnungsmöglichkeiten begrenzt sind und sie auf lange Sicht den äußerst schnellen Bevölkerungszuwachs nicht einholen können.

Es wird behauptet, daß das von überschüssigen Arbeitern geschaffene Realkapital nicht qualitativ geeignet ist, um eine Industrialisierung anzukurbeln. Die ungelernten Arbeiter können nur solche Projekte ausführen, die geringe Anforderungen an ihre Fertigkeit stellen und nur mit einfachen Werkzeugen fertiggestellt werden können. Der industrielle Aufbau erfordert aber umfangreiche technische Ausrüstungen, die die Arbeit ersetzt und nicht umgekehrt. Zur Herstellung neuer Investitionsgüter werden Investitionsgüter gebraucht, und eine unqualifizierte Arbeitskraft ist dafür von wenig Nutzen. So betont Dobb, daß "very little constructional activity can be undertaken without use of capital goods of some kind" und daß "there are no capital goods ... that do not need capital goods in their making."¹⁶⁶ Ähnlich äußert sich Kurihara.¹⁶⁷ Die Rolle der überschüssigen Arbeit bei der Kapitalbildung darf

daher nicht überschätzt werden. Ein vermehrter Einsatz von Arbeitskräften läßt sich nicht immer aufgrund ihrer Billigkeit rechtfertigen, da ihre Leistungsfähigkeit gering ist, weil sie unterernährt, unqualifiziert und undiszipliniert sind.¹⁶⁸ "Es kommt also für die unterentwickelten Länder darauf an, mit der Faktorkombination die Grenze nicht zu überschreiten, von der ab die Nachteile wenig rationeller Produktionsmethoden kostenmäßig die Vorteile niedriger Löhne übersteigen."¹⁶⁹

Die Verfechter der kapitalintensiven Entwicklung sehen in der versteckten Arbeitslosigkeit sogar "... a basic impediment to industrialization because of the direct waste of otherwise productive manpower and the indirect encouragement its existence gives to marginal agriculture, cottage industries and other 'shock absorbers' of disguised unemployment at the expense of heavy industries."¹⁷⁰ Die Existenz überschüssiger Arbeitskräfte hemmt also technische Verbesserungen und ist Anlaß für das Bestehen von überbesetzten Unternehmen mit geringer Produktivität. Statt Ertrag zu bringen, fließt das in den Entwicklungsländern knapp vorhandene Kapital relativ unrentablen Verwendungen zu.

3. Community Development Projects

Die arbeitsintensive Kapitalbildung, für die sich Nurkse so entschieden eingesetzt hat, wird heute in den ländlichen Gebieten zahlreicher Entwicklungsländer im Rahmen des "Community Development" praktisch durchgeführt.

Die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen haben den Begriff und die Ziele des Community Development¹⁷¹ folgendermaßen dargelegt: "1. The term 'community development' has come into international usage to connote the processes by which the efforts of the people themselves are united with those of governmental authorities to im-

prove the economic, social and cultural conditions of communities, to integrate these communities into the life of the nation, and to enable them to contribute fully to national progress.

2. This complex of processes is then made up of two essential elements: the participation of the people themselves in efforts to improve their level of living with as much reliance as possible on their own initiative; and the provision of technical and other services in ways which encourage initiative, selfhelp and mutual help and make these more effective."¹⁷²

Diese Definition umfaßt den Grundgedanken, der heute dem Community Development zugrunde liegt; doch ist eine andere Formulierung durchaus möglich, da der Begriff der gemeinschaftlichen Entwicklung der Dörfer immer noch im Fluß ist.

Aus dem vorstehenden Zitat geht deutlich hervor, daß Community Development eine vielschichtige Gemeinschaftsaufgabe ist, deren Träger die Bürger und ihr Staat sind. Das Gemeinschaftsprogramm strebt danach, die latenten Kräfte der breiten Masse mit Unterstützung der Regierung zur Entfaltung zu bringen, um wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt in den ländlichen Gebieten zu erzielen und jene Dynamik zu entwickeln, die die Landbevölkerung aus ihrer Isolierung heraus in die Lage versetzt, sich als essentieller Bestandteil des Volkes an der großen Arbeit des nationalen Aufbaus zu beteiligen. Ausschlaggebend bei dieser Arbeit sind eigene Initiative und Anstrengungen der Dorfbewohner. Der staatlichen Unterstützung der Dorfentwicklung kommt lediglich eine komplementäre Bedeutung zu. Während der Staat mit Beratungsdienst, technischen Vorführungen, Materiallieferungen und finanzieller Unterstützung ergänzend mitwirkt,¹⁷³ muß die Dorfbevölkerung die Hauptlast des Programms selbst tragen, indem sie ihre Arbeitskraft, Materialien und, wenn möglich,

Gelder zur Verfügung stellt. Der Staat sucht mit seiner Hilfeleistung die Initiative und Selbsthilfe unter der Landbevölkerung zu fördern und den Geist der Zusammenarbeit zu erwecken, aber unter keinen Umständen sie zu ersetzen. Er ist bestrebt, mit der Landbevölkerung den Kontakt aufzunehmen und sie über die Möglichkeiten des Community Development zu unterrichten, aber keinesfalls von oben her gegen den Willen der Beteiligten ein Aktionsprogramm durchzusetzen. Es wird also von Dorfbewohnern keine Zwangsarbeit verlangt,¹⁷⁴ prinzipiell auch dann nicht, wenn sie über Freizeit verfügen. Ihre Beteiligung ist freiwillig und muß aus eigener Überzeugung erfolgen. Das gesamte Dorfentwicklungsprogramm, in dessen Mittelpunkt die Dorfgemeinschaft steht, wird demokratisch durchgeführt.¹⁷⁵ Community Development erfordert die Lösung einer Reihe von Einzelfragen, die mit der Planung und Durchführung eines jeden Entwicklungsvorhabens zusammenhängen. Vor allem müssen sich die Dorfbewohner in Arbeitsgruppen organisieren, sich mit ihren Problemen auseinandersetzen und über entsprechende Schritte beraten, um sie lösen zu können. Sie müssen sich ja darüber klar werden und entscheiden, welche Dinge sie benötigen und zwar in welchem Umfang und welcher Reihenfolge.¹⁷⁶ Bei der Beurteilung der Bedürfnisse wird oft in der Literatur auf die sog. 'felt needs'¹⁷⁷ verwiesen, worunter besonders diejenigen Dinge verstanden werden, die die Dorfbewohner zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen als notwendig empfinden. Die Anwendung des Gesichtspunktes der 'felt needs' inbezug auf die Dorfentwicklung stößt in der Praxis auf Schwierigkeiten. Über die Präferenzskala der Aufgaben können die Ansichten der Regierung und die der Dorfbewohner auseinandergehen. Was den südostasiatischen Raum anbelangt, wird behauptet, daß es fraglich sei, ob Menschen in Dörfern beispielsweise der Förderung des Erziehungswesens oder der Schaffung sanitärer Einrichtungen dieselbe Bedeutung beimessen würden wie ihre Regierung.¹⁷⁸ Im ersten Fall könnten die Bauern es vorteilhafter finden, ihre Kinder bei der Arbeit in der Landwirtschaft helfen zu lassen, anstatt sie in die Schule zu

schicken. Im zweiten Fall handelt es sich um weitverbreitete Unwissenheit über hygienische Zusammenhänge, die nur durch Förderung einer entsprechenden Unterrichtung bekämpft werden kann.

Die Dorfentwicklungspläne müssen zugleich Erfordernissen der Gemeinschaft und den Bedürfnissen des Einzelnen Rechnung tragen.¹⁷⁹ Die gemeinnützige Arbeit kann für Aufschließungsprojekte wie den Bau von Straßen, Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen, Uferbefestigungen, Schulen, Krankenhäusern usf. erbracht werden. Andererseits dürfen individuelle Wünsche nicht unberücksichtigt bleiben. Das Community-Development-Programme kann dann mit einer zahlreichen Beteiligung rechnen, wenn der Einzelne erkennt, daß es nicht nur in der Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben seine Möglichkeiten erschöpft, sondern auch dem Einzelnen spezifische Hilfe leistet, um seine Verhältnisse zu verbessern. Man denke vor allem an regelmäßige und intensive Beratung der Bauern über landwirtschaftliche Verbesserungen.

Wie wir bei der Begriffsbestimmung gesehen haben, ist das Gemeinschaftsprogramm in seiner Zielsetzung sehr weitreichend. Es stellt sich Aufgaben, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte der Dorfentwicklung umfassen. Das angestrebte Ziel ist kurzum eine Umstrukturierung der Wirtschaft und Gesellschaft im dörflichen Bereich. Im Community Development erblickt man einen Versuch, die Erkenntnisse namentlich der Ökonomie (hier insbesondere Agronomie), Soziologie und Pädagogik in einer sinnvollen Kombination für den Fortschritt der Dorfgemeinschaft anzuwenden. Die ökonomischen, soziologischen und pädagogischen Ziele stehen in einer engen Wechselbeziehung. Die Prioritäten der Aufgaben müssen allerdings an Ort und Stelle festgesetzt werden.

Nachstehend einige Beispiele von Wechselbeziehungen:
Die Entfaltung des Bildungswesens in den Dörfern, in denen

die Mehrzahl der Bevölkerung der Entwicklungsländer lebt, erfordert hohe Investitionen, die sich nur eine wachsende Wirtschaft leisten kann. Eine umfassende Grunderziehung der Dorfbewohner bildet ihrerseits eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Wirtschaft.¹⁸⁰ Die Vermittlung jeder Art von technischen und beruflichen Kenntnissen, etwa die Demonstration verbesserter Anbaumethoden, trägt entscheidend zur wirtschaftlichen Produktivität bei. Ähnlich steigert die Ausrichtung des Unterrichts auf Gesundheit, Hygiene und Ernährung das Leistungsniveau der Bevölkerung.

Das Community-Development-Programme wird mit größtmöglichem Arbeitsaufwand durchgeführt, da in ländlichen Gebieten eine sehr große Reserve an Arbeitskräften vorhanden ist, die angesichts ihres niedrigen Einkommens wenig Ersparnisse aufbringen können, jedoch in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zur Kapitalbildung zur Verfügung zu stellen. Die brachliegenden Arbeitskräfte wurden jedoch in der Praxis bisher nur in ungenügendem Umfang für die Kapitalbildung ausgenutzt.

In Indien z.B. ist die Mobilisierung der Arbeitskräfte für die Kapitalbildung im dörflichen Bereich weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, und dies trotz der Tatsache, daß die Landbevölkerung zu erheblichem Teil unterbeschäftigt ist. Ein Prüfungsbericht der UN aus dem Jahre 1958/59 verwies darauf, daß 1959 die Arbeitsleistung je erwachsenem Dorfbewohner selten einen Tag im Jahr überschritt, gegenüber 2 bis 3 Tage in den ersten Jahren¹⁸¹ des Bestehens des Gemeinschaftsprogramms in Indien.¹⁸² Diese rückläufige Entwicklung offenbart ein Dilemma, das man leicht übersieht. Das Vorhandensein einer Menschenfülle macht also keineswegs ihre produktive Verwendung leichter, auch wenn sie frei zur Verfügung steht. Es müssen vor allem organisatorische Schwierigkeiten überwunden werden, ehe die überschüssigen Arbeitskräfte beschäftigt werden können. Die indische Regierung sieht trotz dieser Schwierigkeiten im

reichlichen Angebot an Arbeitskräften eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit für die Kapitalbildung und ist bestrebt, im Rahmen der Fünfjahrespläne durch ein großangelegtes Community-Development-Programme, welches zu dem größten unter den Entwicklungsländern zählt, den gesamten ländlichen Bereich zu erfassen und die Beteiligung der Landbevölkerung an den Aufbauprojekten in verstärktem Maße zu fördern.

Wie in Indien ist der Umfang der geleisteten Arbeit in den meisten anderen Ländern Südostasiens gering geblieben. Zwei Länder - Südvietnam und Formosa - stellen dagegen Ausnahmen dar. In Südvietnam gab es schon in der früheren Zeit Zwangsarbeit. Jeder Bürger mußte damals 40 bis 50 Tage im Jahr diese Arbeit leisten. Heute ist der Zwang nicht mehr vorhanden. Immerhin können gegenwärtig 20 bis 25 Tage freiwilliger Arbeit je Mann im Jahr als typisch für Südvietnam angesehen werden, besonders für diejenigen Bezirke, in denen das Community-Development-Programme in großem Umfang durchgeführt wird. Hinzu kommen freiwillige Leistungen einer Vielzahl von Frauen.¹⁸³

Formosa hat für eine Reihe von kollektiven Projekten den Arbeitsdienst obligatorisch gemacht. Jeder Haushalt ist verpflichtet, jährlich 10 Tage für die Instandhaltung örtlicher Gemeinschaftseinrichtungen zu arbeiten oder dafür in bar zu zahlen.¹⁸⁴ In ihrem Zweck kommt diese Anordnung einer Besteuerung gleich.

Ein Grund für die geringe Mobilisierung der Arbeitskräfte in den Ländern Südostasiens besteht darin, daß es der Dorfbevölkerung an Interesse fehlt, bei der Ausführung überregionaler Entwicklungsprojekte freiwillig mitzuarbeiten, weil sie daraus keinen unmittelbaren Nutzen ziehen. Da das Ausmaß der Mobilisierung wesentlich mit der räumlichen Ausweitung des Gemeinschaftsprogramms zusammenhängt, fragt es sich, ob dies ohne jeden Arbeitszwang zu erreichen ist. Deshalb sollten Maßnahmen getroffen werden, die

die Bevölkerung für einen bestimmten Zeitraum im Jahr zum Bau und zur Erhaltung von Gemeinschaftsanlagen außerhalb ihrer Dörfer verpflichten.

Andererseits kann durch Entlohnung die Arbeit in großem Umfang zur Kapitalbildung herangezogen werden. Die Lohnzahlung stellt jedoch erhebliche Anforderungen an öffentliche Mittel und könnte bei gegebenem Angebot an Nahrungsmitteln eine Preisinflation hervorrufen. Im übrigen widerspricht die Entlohnung dem Prinzip der Selbsthilfe, die das Hauptanliegen jedes Gemeinschaftsprogramms ist.

Nach den vorangegangenen Ausführungen wird nun auf die Rolle des Community-Development-Programme hinsichtlich der Bildung des Realkapitals eingegangen. Dabei werden die Erfahrungen im südostasiatischen Raum berücksichtigt.

Im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms wird dem Straßenbau besondere Bedeutung beigemessen. Der Straßenbau eignet sich in hohem Maße für die Mobilisierung der Arbeitskräfte, vor allem von Saisonarbeitslosen. Mit dem Bau von Straßen beginnt ein erster und wichtiger Schritt, die Isolierung der Dörfer, in denen Millionen von Menschen im Stile des biblischen Zeitalters leben, zu durchbrechen und für ihre Erzeugnisse den Anschluß an Märkte zu schaffen. Es handelt sich meistens um unbeschotterte Zufahrtsstraßen, die die abgeschiedenen Dörfer mit Fernverkehrsstraßen verbinden. Sie sind in den letzten Jahren in zahlreichen Dörfern Südostasiens mit freiwilliger Arbeit und größtenteils ohne Lohnzahlung gebaut worden.

In Indien wird ernsthaft versucht, durch den Straßenbau die Dorfbewohner mit der Außenwelt in Berührung zu bringen. Im Rahmen des Etawah-Versuchsprojekts ("Etawah Pilot Project")¹⁸⁵ im indischen Bundesstaat Uttar-Pradesh war der Straßenbau eine erstrangige Aufgabe. Es wurden Zufahrtsstraßen angelegt, die den Dörfern den wichtigen Anschluß an die angrenzenden Landstraßen ermöglichten. Außerdem wurden

in den Dörfern Gehwege geebnet und ausgebaut und Entwässerungsanlagen hergerichtet. Die Leistungen der Bewohner bestanden in eigener Arbeit, aus Materialien (z.B. Backstein, Holz etc.) und Landschenkungen.

Auf den Philippinen hat es sich das Community-Development-Programme ebenfalls zur Aufgabe gemacht, die Zufahrts- und Nebenstraßen durch freiwillige, unentgeltliche Arbeit zu bauen, um die entfernten Dörfer mit den Fernstraßen zu verbinden. Gegenüber dem staatlichen Straßenbau weist der gemeinschaftliche erhebliche Kostenvorteile auf, da bei Gemeinschaftsstraßen die Entlohnung der Arbeit und die Gewinnspanne der Unternehmer ausscheiden. Es wurde geschätzt daß je Kilometer der Gemeinschaftsstraßen ca. 5 000 Pesos aufgewendet wurden. Dagegen betrugen die Kosten je Kilometer der durch den Staat finanzierten Straßen mehr als doppelt soviel.¹⁸⁶ Beim staatlichen Straßenbau trägt möglicherweise auch der größere Aufwand an Baumitteln zu höheren Kosten bei. Doch werden dafür bessere Straßen geschaffen.

Unter anderen Gemeinschaftsaufgaben sind die Trinkwasserversorgung und der Bau von Schulen besonders zu erwähnen. Dörfer sind mit Trinkwasser sehr schlecht versorgt. In den dürren Sommermonaten ist der Trinkwassermangel außerordentlich akut. Darüber hinaus ist das Wasser unrein und damit die Ursache ansteckender Krankheiten gegeben. In Indien wurden neue Brunnen gebohrt und alte instandgesetzt um die Landbevölkerung mit Wasser zu versorgen. Die Arbeit hätte aber nicht den vollen Erfolg gehabt, wenn gegen die Verunreinigung des Wassers nichts unternommen worden wäre. Im Rahmen des indischen Ballia-Versuchsprojekts wurde das Brunnenwasser regelmäßig durch das Projektpersonal (sog. "Village Level Workers") in Zusammenarbeit mit führenden Männern der Dörfer desinfiziert.¹⁸⁷

Die überwiegende Zahl der Landbevölkerung ist des Lesens und Schreibens unkundig. Dörfer sind traditionelle

Hochburgen der Unwissenheit und Rückständigkeit. Ihre Bewohner nehmen nur sehr langsam neue Ideen auf und leisten dem Fortschritt oft Widerstand. Um sie zu entwicklungsbe-
wußtem Handeln zu bewegen, ist es eine hervorragende Auf-
gabe eines jeden Aufbauprogramms, das weit verbreitete
Analphabetentum zu bekämpfen. Das Gemeinschaftsprogramm
wird mit der Förderung des Unterrichtswesens für Kinder
sowie Erwachsene betraut. Wie aus der folgenden Tabelle
ersichtlich ist, haben Indien, die Philippinen, Formosa,
Südvietnam, Pakistan und Ceylon bei dem Bau von Schulen
beachtenswerte Leistungen aufzuweisen.

Tabelle IV

Community Development und Förderung der Erziehung in süd-
und ostasiatischen Ländern

	<u>Indien</u> (April 1957 - März 1959)	<u>Philippinen</u> (Juli 1956 - Dez. 1959)	<u>Südvietnam</u> (1957 - 1959)	<u>Formosa</u> (1953-1959)	<u>Pakistan</u> (1953 - Dez. 1959)	<u>Ceylon</u> (1951 - 1958)
Schulgebäude ge- baut	12 344	6 589	} 3 029	2 134	1 125	1 392
Schulgebäude umgestaltet	--	--		700	1 182	--
Les- und Klassen- zimmer für Erwachse- nenbildung gebaut	--	--	900	--	643	--
Bürgersäle gebaut	3 235 ⁺	202	864	--	--	4 144

⁺Oktober 1952 - März 1960

Quelle: UN, Community Development and Economic Development, Part I. Bangkok 1960. S. 45.

+ Oktober 1952 -

Quelle: UN, Community Development and Economic Development,
I. Teil. Bangkok 1960. S. 45.

Die Dorfentwicklung ist eine vielschichtige Aufgabe,
zu der auch der Aufbau einer gesunden Landwirtschaft ge-
hört. Bei den landwirtschaftlichen Verbesserungen handelt

es sich um einfache, kleine Anlagen sowie Neuerungen, die unmittelbar eine Erhöhung der Hektarerträge ermöglichen. Die Mobilisierung der Dorfbewohner für die Förderung der Landwirtschaft kann nicht in dem selben Umfang erzielt werden, wie bei gemeinnützigen Arbeiten, da bei Privatbesitz an Grund und Boden landwirtschaftliche Verbesserungen schließlich dem einzelnen Bauer zugute kommen und nicht der Gemeinschaft. Bewässerungskanäle und Staudämme können am besten durch Gemeinschaftsaktionen gebaut werden, aber mancherlei andere Verbesserungen müssen vom einzelnen Bauer selbst durchgeführt werden. Das Gemeinschaftsprogramm ist bestrebt, durch Demonstrationen und technische Beratung über die Verwendung von Kunstdünger, Saatgut, verbesserten Pflügen usf. den Bauern Hilfe zu leisten.

Neben diesen Maßnahmen haben die Dorfentwicklungsprogramme in verschiedenen Ländern zur Förderung der Landwirtschaft weitere Schritte unternommen, vor allen Dingen Schädlingsbekämpfung, Vorbeugung der Rinderpest, Aufforstung, Fruchtwechselwirtschaft usw.

Die durch das Dorfentwicklungsprogramm eingeführten Neuerungen mögen mehr oder minder zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung beigetragen haben. Doch ist es schwierig, die Produktionsergebnisse, die ausschließlich dem Gemeinschaftsprogramm zu verdanken sind, eindeutig festzustellen. Der fragmentarische Charakter der Produktionsziffern gestattet keine derartige Schlußfolgerung. Darüber hinaus ist eine Abgrenzung des Produktivitätsfortschritts in der Landwirtschaft, der sich aus Hilfsmaßnahmen des Community Development ergibt, praktisch unmöglich, da gleichzeitig "agricultural extension agencies", in vielen Fällen unabhängig vom Dorfentwicklungsprogramm in der gleichen Richtung arbeiten.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat man Schätzungen der landwirtschaftlichen Produktion in den Community-Develop-

ment-Gebieten vorgenommen. Diese Schätzungen weichen jedoch erheblich voneinander ab. Nach Berechnungen¹⁸⁸ des indischen Ministeriums für die Community Development and Cooperation erhöhte sich die Agrarproduktion um 20-25 % in den Gebieten, in denen das Gemeinschaftsprogramm drei Jahre oder länger besteht. Eine nachhaltige Produktivitätsverbesserung wurde aber wegen unzureichender Versorgung von Saatgut und Düngemitteln teilweise in Frage gestellt. Andererseits betrug die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Ghosi-Entwicklungsblock in Uttar-Pradesh nur 6-7 %.¹⁸⁹ Ähnliche Schätzungen liegen auch für einige andere Länder vor. Die Berechnungen enthalten jedoch Fehlerquellen und sind wenig aufschlußreich. Zusammenfassend wurde über den Erfolg des Gemeinschaftsprogramms in bezug auf die Verbesserung der Agrarproduktion folgendes festgestellt: "To summarize the evidence available on the contribution of community development to expansion of agricultural production to date, there has been some contribution but not, in most places, a particularly large one. In relation to what appears possible and in relation to what some observers expected, it has been rather small."¹⁹⁰

Wir wollen uns jetzt mit der Frage der Kostenbeteiligung der Dorfbewohner und der Regierung an Gemeinschaftsprojekten befassen. Wenn die Bevölkerung unentgeltlich oder unter dem herrschenden Lohnsatz Arbeitsleistungen erbringt, ist es problematisch, den relativen Kostenanteil der Gemeinschaft und der Regierung zu bestimmen. Hierzu bemerkt die betreffende UN-Studie: "... labour contributions, if given free or at reduced rates, present a difficult measurement problem in ... estimating the relative community and government shares in their joint effort."¹⁹¹

Wir müssen uns deshalb mit einigen groben Schätzungen¹⁹² begnügen, die sich auf die amtlichen Angaben aus den fünfziger Jahren stützen. In Malaya übernahm die Regierung die Hälfte der Gesamtkosten der Gemeinschaftsar-

beiten, die andere Hälfte die Ortsbewohner. In Südvietsnam betrug der Anteil der Dorfbevölkerung 55 %, in Indonesien 60 % und in Ceylon 64 %.

Auf den Philippinen wurden die Kosten der Gemeinschaftsprojekte von der Regierung und der Ortsgemeinschaft je zur Hälfte getragen. Für den Straßenbau betrugen die Kosten der öffentlichen Hand jedoch mehr als die Hälfte, da sich der Anteil der Regierung durch die Übernahme der Kosten für die Straßenbaumaschinen entsprechend erhöhte.

In Indien wies der Kostenanteil der Regierung und der Dorfbewohner für verschiedene Vorhaben in den einzelnen Orten erhebliche Unterschiede auf. Eine Untersuchung in sechs indischen Bundesstaaten ergab, daß in fünf von ihnen der Beitrag der Bevölkerung, der sich aus Arbeitsleistungen, Geldspenden und Materialien zusammensetzte, schätzungsweise 45 % bis 54 % ausmachte. Im indischen Uttar-Pradesh entfiel die Hauptlast der Kosten, im Durchschnitt 75 %, auf die Dorfbewohner.

Berücksichtigt man jedoch die Ausgaben des Staates für Verwaltung und Ausbildung, dann verringert sich der Anteil der Dorfbevölkerung beträchtlich; nämlich auf 27 % für die Philippinen, 34 % für Indien und 46 % für Südvietsnam.¹⁹³ Die starke staatliche Beteiligung war notwendig, um das Programm anfangs gegen einen Mißerfolg abzusichern.

Gelingt es, organisatorische Schwierigkeiten zu überwinden und genügend Fachkräfte an Ort und Stelle einzusetzen, so ist zu erwarten, daß die Landbevölkerung mehr als bisher beim Aufbau ihrer Dörfer mitarbeitet. Auch der betreffende UN-Bericht äußert sich optimistisch darüber: "Certainly in a fully successful programme the trend of voluntary contributions of the people's abundant resource, their labour, could be expected to be upward - from such

low initial levels - and not downward."¹⁹⁴

Es scheint uns nun geboten zu sein, das Gemeinschaftsprogramm einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Dabei taucht in erster Linie die Frage auf, ob es jene Dynamik auslöst, die einen Durchbruch zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum herbeiführen kann. Higgins¹⁹⁵ hat sich ausführlich mit dieser Frage beschäftigt. Er untersucht einmal, ob das Gemeinschaftsprogramm Vorbedingungen schaffen kann, welche die Wirtschaft an die Stufe des Rostow'schen 'take-off' (Aufstieg) heranführen können, indem sie dazu befähigt wird, sich aus eigener Kraft zu entwickeln, und zum anderen, ob es lediglich dem Zweck der sozialen Wohlfahrt dient.

Die Entwicklungsländer sind durch die Knappheit an Ressourcen in der Erreichung des Stadiums des wirtschaftlichen Aufstiegs stark benachteiligt. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, die Bodenerträge durch das Community Development zu steigern, um Mittel für die Entwicklungsfinanzierung verfügbar zu machen. Wenn dies den einzigen Weg für ein Entwicklungsland zum take-off darstellt, so ist nichts dagegen einzuwenden. Es ist aber höchst fraglich, ob ein wesentlicher Teil der landwirtschaftlichen Mehrproduktion angesichts der hohen Verbrauchsneigung der Bauern und der Lückenhaftigkeit des Steuerwesens zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung außerhalb des Agrarsektors abgezweigt werden kann.¹⁹⁶

Wenn es auch nicht gelingt, das höhere Einkommen aus der Landwirtschaft abzuziehen, ist es trotzdem zu empfehlen, das Gemeinschaftsprogramm aus rein humanitären Gründen zu unterstützen. Die Not in den ländlichen Gebieten ist sehr groß, und jede Hilfsmaßnahme zur Erleichterung des Loses der Landbevölkerung ist daher zu begrüßen. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse bedingt aber einen höheren Konsum und erschwert damit die wirtschaftliche Entwicklung, die ihrerseits Sparen voraussetzt. Die Kon-

sumsteigerung wirkt auch in Richtung einer Verschärfung des Bevölkerungsproblems und gefährdet somit wieder die Heranführung der Wirtschaft an das Stadium des take-off.

Higgins befaßt sich ferner mit der Frage, ob die Wohlfahrtspflege durch das Gemeinschaftsprogramm ohne Inanspruchnahme der mangelnden Ressourcen in Entwicklungsländern gefördert werden kann. In der Tat beanspruchen die Gemeinschaftsprojekte knapp vorhandene Mittel und Leistungen. Dies gilt besonders für technische Hilfeleistung vom Ausland. Mithin werden den Vorhaben, die für den Wirtschaftsaufbau von größerer Bedeutung sind, ein wichtiger Teil der Auslandshilfe entzogen.

Für die Entwicklungsländer selbst bedeuten die Gemeinschaftsprojekte eine Belastung ihres Haushalts. Außerdem nehmen die Projekte ihr äußerst geringes administratives und technisches Potential stark in Anspruch. Das Gemeinschaftsprogramm verbraucht auch zum Teil die in geringem Umfang vorhandenen Investitionsgüter und verringert dadurch den Nutzen, den die Industrie aus diesen Gütern ziehen kann.

Da Higgins das Dorfaufbauprogramm vornehmlich als eine Wohlfahrtsaufgabe betrachtet, sieht er in der Beanspruchung des finanziellen und technischen Potentials durch die Gemeinschaftsprojekte ein starkes Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung. Er führt wörtlich aus: "There is thus a real danger that expansion of community development programmes may actually retard economic development. The extent to which they do so will depend on the extent to which community development takes the social work form, improving levels of rural welfare and making it more attractive for people to stay where they are."¹⁹⁷ Wegen der Knappheit an Ressourcen können also die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Wohlfahrt nicht gleichzeitig gefördert werden.

Übrigens, wenn das Leben in den Dörfern durch eine Konsumsteigerung und andere Verbesserungen angenehmer wird, so besteht die Möglichkeit, daß die Abwanderung der Arbeitskräfte vom Land in die Stadt abnimmt und daher die Löhne der Industriearbeiter steigen. Die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet aber eine Umschichtung der arbeitenden Bevölkerung zwischen der Landwirtschaft und der Industrie, d.h. die Landwirtschaft wird extensiver, während sich die Arbeitskräfte in den städtischen Industriezentren konzentrieren. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das Gemeinschaftsprogramm so gestaltet werden kann, daß nur solche Projekte ausgewählt werden, die das Abwandern der Menschen aus der Landwirtschaft beschleunigen. Unter solchen Projekten nennt Higgins Verkehrsanlagen, Einrichtungen für die Ausbildung, die Förderung der Leistungsfähigkeit der Landbevölkerung für die industrielle Arbeit durch bessere Ernährung etc. Diese Vorhaben, wie oben eingehend erörtert wurde, stehen also im Mittelpunkt des Gemeinschaftsprogramms. Sie erleichtern nach Higgins die Mobilität der Arbeit. Sie tragen zweifellos auch zum gesamtwirtschaftlichen Aufbau bei. Das Gemeinschaftsprogramm ist also nicht entwicklungshemmend, sondern durchaus entwicklungsfördernd. Dieses Programm bedarf technischer und finanzieller Hilfeleistungen wie auch jeder andere Entwicklungsplan. Es entspricht daher nicht der Wirklichkeit, das Community Development nur als ein Programm für soziale Fürsorge zu betrachten. Higgins gibt nicht an, welche Gemeinschaftsprojekte allein der sozialen Wohlfahrt dienen.

Abschließend ist zu bemerken, daß die Gemeinschaftsprogramme in Formosa, Indien, Pakistan und Südvietnam die Steigerung der Produktion als ihr Hauptziel betrachten. Die Programme anderer Länder, so z.B. von Burma und Ceylon, legen das Schwergewicht mehr auf Aufgaben (Erziehung, Gesundheitspflege), die für den wirtschaftlichen Aufbau nur mittelbare Bedeutung haben.¹⁹⁸ Dennoch sind auch diese Aufgaben wichtig, da sie Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung darstellen.

Aus den oben angeführten Gründen muß die Schlußfolgerung Higgins, der den wirtschaftlichen Nutzeffekt des Gemeinschaftsprogramms bestreitet, abgelehnt werden. Es ist sicherlich nicht das Ziel des Community-Development-Programme, großartige Projekte auszuführen, vielmehr trägt es in kleinen Schritten zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums bei.

§ V. Die Kapitalbildung in Pakistan

(erläutert am Beispiel des 1. Fünfjahresplans Pakistans 1955-60)

1. Einkommen und Kapitalbildung

Die Kapitalbildung in Pakistan wird erschwert durch einen niedrigen Gesamtausstoß und das dementsprechend niedrige Realeinkommen. Aus dem geringen Realeinkommen pro Kopf (jährlich ca. 300 Rupien^{a)}) ergibt sich eine hohe marginale Verbrauchsquote einerseits und eine niedrige marginale Spar- und Investitionsquote andererseits. Die geringe Kapitalausstattung begrenzt wiederum die Wachstumsrate des Einkommens. Die Ausstoßmenge wird zum größten Teil von der ständig anwachsenden Bevölkerung verbraucht und der ersparte Einkommensteil, der für die Nettoinvestition bereitgestellt werden kann, ist zu gering.

2. Landwirtschaft und Kapitalbildung

Da angesichts des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages das Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft niedriger ist als in der Industrie, was auch für das Agrareinkommen in den Industriestaaten gilt,¹⁹⁹ so bedeutet dies für die Entwicklungsländer und speziell für Pakistan, wo ca. 52 % des Bruttosozialproduktes in der Landwirtschaft entstehen, daß ihr Sozialprodukt insgesamt geringer ist und aus diesem Grunde die Sparquote ebenfalls tief liegt. Egbert de Vries von der Weltbank stellte einige Berechnungen über das Pro-Kopf-Einkommen in fünf asiatischen Ländern

a) Amtlicher Devisenkurs: 1 pakistanische Rupie = -,84 DM

an, die in der folgenden Tabelle wiedergegeben werden. Die Tabelle zeigt, daß das nichtlandwirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen 1,4 bis 1,9 mal so groß ist wie in der Landwirtschaft.

Tabelle V

Pro-Kopf-Einkommen der Landbevölkerung 1951/52 (in US-Dollar)				
	Einkommen	Verhältnis	Volksein-	Durchschnitt-
	pro Kopf	zum Einkom-	kommen pro	liches Pro-
	der Landbe-	men der nicht	Kopf der Be-	Kopf-Einkom-
	völkerung	agrарischen	völkerung	men (UN-
		Bevölkerung		Zahlen)
Malaya	132	1,9	178	-
Ceylon	68	1,9	94	72
Formosa	61	1,5	74	-
Philippinen	49	1,4	56	44
Indien	38	1,9	52	57

Quelle: D.K. Rangnekar, Poverty and Capital Development in India. London, New York, Bombay 1958. S. 50.

Außerdem ist das landwirtschaftliche Einkommen größeren Schwankungen ausgesetzt als das Einkommen in anderen Wirtschaftszweigen. Der landwirtschaftliche Ertrag ist von vielen Unsicherheiten und Risiken bedroht, welche einen wesentlichen Grund für die Unstabilität des Einkommens in der Landwirtschaft bilden. Unberechenbare Natureinwirkungen erschweren alle Voraussagen über den Ertrag. Die Unbeständigkeit in der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen, bedingt durch Konjunkturschwankungen in den Industriestaaten, hat sich ebenfalls als entscheidende Ursache für die erheblich wechselnde Höhe des Agrareinkommens erwiesen.²⁰⁰

Angesichts der besonderen Situation Pakistans wird das ganze Gewicht dieser Unsicherheit noch fühlbarer, weil

nur Jute und Baumwolle als hauptsächliche Devisenquellen in Frage kommen. Da die Einfuhr von Investitionsgütern mit der Ausfuhr bezahlt werden muß, wirken sich die Schwankungen der Einnahmen aus dem Export in Pakistan unmittelbar auf die Investitionsrate und damit auch auf die Kapitalbildung aus. Obwohl Pakistan im Welt-Jute-Handel eine Monopolstellung einnimmt, erhalten die Landwirte meist nur einen niedrigen Preis, außer während solcher vorübergehenden Hochkonjunkturen wie z.B. zur Zeit des Korea-Krieges.

Neben den oben erwähnten Faktoren kommen noch solche hinzu, die aus der örtlichen Wirtschaftsstruktur entspringen. Der einzelne Bauer muß seine Jute unmittelbar nach der Ernte auf den Markt bringen, weil seine ungeheure Armut es ihm nicht erlaubt, ein Steigen der Preise abzuwarten. Dazu kommen vielfach Mängel in der Absatzorganisation, unzureichende Transportmöglichkeiten und Speicherraum, Kreditmangel, Preismanipulationen durch Zwischenhändler, sowie auf Seiten der Bauern weitgehende Unkenntnis der Preise, die nur an den städtischen Handelsplätzen veröffentlicht werden. Das Ergebnis ist ein nachhaltig niedriger Einkommensstand und geringe Kapitalbildung im Agrarsektor. Eine Untersuchung über Indien kommt zu den gleichen Schlussfolgerungen: "Considering that the pressure on land is heavy and increasing, the yearly crop subject to large variations in yield, the peasant community ignorant, the marketing system defective, ..., little surprise need be felt that the gap between individual incomes inside and outside Indian agriculture is large, or that individual farm incomes of an overwhelming majority are so low and chronically depressed as to leave little possibility of net investment by the farmers from their own resources."²⁰¹

Trotz der Tatsache, daß das Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft Pakistans sehr niedrig liegt, zeigt die nachfolgende Tabelle eine geringfügige Erhöhung des Einkommens. Es handelt sich hier um Effektivzahlen.

Tabelle VI

Schätzungen des landwirtschaftlichen Einkommens in Pakistan
(Mill.Rupien) Preis: Durchschnitt der Jahre 1949/50 bis
1952/53

	Roh- stoffe	Vieh- zucht	Fischerei	Forstwirt- schaft	Gesamtsumme
1949/50	7 480	2 273	676	33	10 462
1950/51	7 738	2 323	730	33	10 824
1951/52	7 282	2 369	811	33	10 495
1952/53	7 653	2 415	844	33	10 945
1953/54	8 376	2 415	839	33	11 663
1954/55	8 207	2 415	975	33	11 630
1955/56	7 802	2 415	975	33	11 225

Quelle: The First Five Year Plan 1955-60. Karachi 1958. S.27.
(Im folgenden zitiert: Der 1. Plan Pakistans)

Dies läßt jedoch noch keine deutliche Tendenz zu einer anhaltenden Besserung erkennen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß etwa ein beachtlicher Anteil von den erzielten Gewinnen der Landwirtschaft für die Kapitalbildung abgezweigt worden wäre. Die Ersparnisse werden nicht ohne weiteres in der Landwirtschaft angelegt, sei es mangelnden Anreizes wegen, sei es, weil andere Anlageformen vorgezogen werden wegen ihrer höheren Gewinnchancen, größeren Sicherheit oder aus sozialen Erwägungen. Die gesparten Mittel werden vielmehr für den Erwerb zusätzlichen Bodens, von Edelmetallen, für Familienfeste, Schuldentilgung oder Darlehen für den Konsum angewandt. Weitere Gründe für die geringen Investitionen in der Landwirtschaft sind auch im folgenden zu suchen. Man konnte beobachten, daß die Grundbesitzer in West-Pakistan ihre Gelder in Grundstücks- und Rohstoffspekulationen oder für den Wohnungsbau anlegen. Daneben erfolgte nach der Teilung Indiens mit der Abwanderung von

Hindu-Grundherren aus Ost-Pakistan nach Indien eine Kapitalflucht.²⁰² Auch die gesetzliche Beschränkung des Geldverleihs, die untersagt, Geld zu beliebig hohen Zinssätzen zu verleihen, wodurch sich Gläubiger bei Zahlungsunfähigkeit die Ernte oder letztlich den Boden des Schuldners, d.h. der Kleinbauern, aneignen, mag ein Grund für das Fehlen größerer landwirtschaftlicher Investitionen sein. Außerdem schicken reiche Landwirte ihre Kinder jetzt in die Städte zur Schule oder ins Geschäftsleben, und selten kehren diese in ihr heimatliches Dorf zurück; daher werden ständig die verfügbaren Mittel vom Lande abgezogen.

Aus der vorangegangenen Darstellung darf nun keinesfalls gefolgert werden, daß überhaupt keine Mittel für Verbesserungen in der Landwirtschaft verwandt werden. Der Erwerb neuer Pflüge und Schaufeln, von Zugvieh, Saaten und Düngemitteln, sowie von einzelnen einfachen Pumpanlagen wird im allgemeinen vom einzelnen Bauern aus seinen Ersparnissen finanziert. Das Sparvolumen auf dem Lande ist zwar nicht groß, aber auch keinesfalls gänzlich unbedeutend.

3. Sparen im 1. Fünfjahresplan 1955-60

1) Sparen der öffentlichen Hand

Unter Ersparnissen wird im ersten Fünfjahresplan der Anteil des Bruttosozialprodukts verstanden, der weder den Haushalten noch dem Staat zum Verbrauch zugeführt wird. Das Sparen kann durch öffentliche Hand oder in Haushalten erfolgen. Öffentliche Ersparnisse sind derjenige Teil der Bruttoeinnahmen des Staates, der den Investitionen zur Schaffung neuer Kapazität zufließt. Dagegen sind Aufwendungen für Verwaltung und Landesverteidigung ausgeschlossen, die im staatlichen Haushalt die Verbrauchsposten darstellen. Die Planungsbehörde schätzt die öffentlichen Ersparnisse wie folgt:

Tabelle VII

Erwartete öffentliche Ersparnisse im 1. Fünfjahresplan
1955-60 (Mill. Rupien)

Einkünfte:	Planperiode 1955-60	Jahresdurchschnitt
Steuern	8 740	1 748
Einnahmen aus öffentlichen Unternehmen	1 215	243
Sonstige Einkünfte	1 455	291
Gesamtbetrag	11 410	2 282

Ausgaben:		
Allgemeine Verwaltung	2 625	525
Economic and social services	2 045	409
Schuldendienst	420	84
Landesverteidigung	4 775	955
Verschiedenes	545	109
Gesamtbetrag	10 410	2 082
Öffentliche Ersparnisse	1 000	200

Quelle: Der 1-Plan Pakistans. S. 155.

Anm.: Die öffentlichen Ersparnisse sind Bruttoersparnisse, in denen die Abschreibungen der öffentlichen Betriebe mitenthalten sind.²⁰³

Das im Plan vorgesehene Sparziel ist nur unter gewissen Voraussetzungen erreichbar. Zunächst wird erwartet,

daß die öffentlichen Einnahmen bei gleichzeitig geringer Vermehrung der Verbrauchsausgaben um 29 % steigen. Ein wesentlicher Teil der Ersparnisse wird erst in den Schlußphasen des Plans zur Verfügung stehen, nachdem die vorgesehenen Entwicklungsprojekte fertiggestellt sind. Um die geplanten Ersparnisse zu erreichen, unterstrich die Planungskommission eine Verbesserung der Steuererhebungsmethoden und eine Ausweitung gewisser Steuerarten. Die indirekten Steuern können in den Entwicklungsländern, in denen die Verbrauchsneigung im allgemeinen groß ist, ein sehr wirksames Mittel zur Erhöhung der Ersparnisse sein. Allerdings sind der Besteuerung durch den niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung Grenzen gesetzt. Man hält aber eine Mehrbelastung für unvermeidbar, da der gegenwärtige Steueranteil des Volkseinkommens von 6-7 % für ständig steigende öffentliche Investitionen keineswegs ausreichend ist.

2) Privates Sparen

Im 1. Fünfjahresplan wurden zum erstenmal in Pakistan die privaten Ersparnisse geschätzt. Als Schätzungsgrundlage dafür dienten die ebenfalls geschätzten privaten Ersparnisse für den vorangegangenen Zeitraum von 1951/52 bis 1954/55, welche aus der folgenden Tabelle ersichtlich sind.

Tabelle VIII

Der Jahresdurchschnitt der privaten Ersparnisse in Pakistan
1951/52 bis 1954/55

Privatinvestition:	Mill. Rupien
Gesamte Bruttoinvestition der Privatunternehmungen	593
Abzüglich ausländischer Investitionen und Kredite im privaten Sektor	- 43
a) Gesamtinvestition der pakistanischen Unternehmer	550

Finanzierungsquellen der öffentlichen Ausgaben:

Erhöhung der Verbindlichkeiten im Inland (fundierte, schwebende und unfundierte Schulden sowie erhöhte Einlagen usw.)	370
Verminderung des öffentlichen Vermögens (Verkauf der Grundstücke und der Aktien der "Pakistan Industrial Development Corporation" sowie die Verminderung des Bargeldbestandes)	186
b) Transfer der privaten Ersparnisse in den öffentlichen Sektor	556
a)	550
b)	556

Aus a) und b) ergeben sich zusammen die
Bruttoersparnisse: 1 106

Verringerung des Devisenbestandes und der Goldreserve	- 177
Sparen im privaten Sektor	929

Quelle: Der 1. Plan Pakistans. S. 133.

Die Tabelle zeigt, daß von 1952 bis 1955 pro Jahr 929 Mill. Rupien gespart worden sein sollen. Unter Berücksichtigung des geringen Einkommenszuwachses während dieser Periode sowie der 1955 erfolgten Abwertung der Rupie schätzte die Planungsbehörde potentielle Privatersparnisse 1954/55 auf 950 Mill. Rupien. Von diesen Vorüberlegungen ausgehend, setzte man nun für die Planperiode 1955 bis 1960 einen jährlichen Sparbetrag von 1 120 Mill. Rupien, bzw. für den gesamten Zeitraum 5 600 Mill. Rupien fest, vorausgesetzt, daß das Volkseinkommen um 15 % steigen und daß ein Zehntel der Zunahme des Bruttosozialprodukts in der Privatwirtschaft gespart würde.²⁰⁴

Die Schätzung der privaten Ersparnisse beruht ausschließlich auf den festen Kapitalanlagen. Dabei ist das Betriebskapital nicht berücksichtigt, weil hierfür keine Angaben vorliegen. Die Ersparnisse beziehen sich nur auf die im monetären Sektor. Das durch Eigenarbeit entstandene Realkapital in der Landwirtschaft bleibt dabei unberücksichtigt, weil dessen statistische Erfassung nicht möglich ist. Die geplante Sparsumme kann nur erreicht werden, wenn das Volkseinkommen in dem gewünschten Umfang wächst. Die Erreichung der vorgesehenen Ersparnisse hängt in einem Agrarland jedoch weitgehend von unvorhergesehenen Umständen wie zum Beispiel vom Ernteergebnis und Preisniveau der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ab. Um das Sparziel zu erreichen, müssen aber vor allem einschneidende Maßnahmen zur Konsumbeschränkung getroffen werden. Die Einfuhr von Luxusgütern muß durch erhöhte Importzölle oder durch Devisensperre gedrosselt werden. Außerdem bedürfen die Verwaltungsausgaben einer sorgfältigen Überprüfung und wo möglich, einer Verkürzung.

Bei Zusammenfassung der privaten und der öffentlichen Ersparnisse schätzten die Planer den jährlichen Durchschnitt nur auf 1 320 Mill. Rupien und den Gesamtbetrag für den Planungszeitraum auf 6 600 Mill. Rupien. Dies be-

deutet eine Steigerung der öffentlichen und privaten Ersparnisse auf 5 % des Bruttosozialprodukts im Jahre 1954/55 und auf etwa 6 % am Ende der Planperiode.²⁰⁵

3) Heranziehung der Privatersparnisse für staatliche Investitionen

Die Planungsbehörde erkannte klar die Bedeutung privaten Sparens als eines der wichtigsten Mittel für die Kapitalbildung. Die Mobilisierung privater Ersparnisse für die öffentlichen Investitionen wird daher im Plan ausdrücklich vorgeschlagen. Von den 5 600 Mill. Rupien privater Ersparnisse wurde etwa die Hälfte, nämlich 2 700 Mill. Rupien, für staatliche Investitionen vorgesehen. Das entspricht etwa 36 % der Gesamtinvestitionen der öffentlichen Hand, die sich auf 7 500 Mill. Rupien belaufen. Dagegen macht der öffentliche Sparbetrag von 1 000 Mill. Rupien nur 13 % der staatlichen Investitionen aus. Der Ausfall von 4 200 Mill. Rupien für die gesamten geplanten Investitionen von 10 800 Mill. Rupien (privat: 3 300 und öffentlich: 7 500) muß aus anderen Quellen, vorwiegend aus dem Ausland als Entwicklungshilfe zufließen. Da die öffentlichen Ersparnisse allein nicht ausreichen, um den zunehmenden öffentlichen Investitionsbedarf zu decken, muß ein großer Teil der privaten Sparsummen den staatlichen Investitionen zugeleitet werden. In der Tat wird sowohl im pakistanischen als auch im indischen Wirtschaftsplan dieser Methode der Entwicklungsfinanzierung große Bedeutung beigemessen.²⁰⁶ Die öffentlichen Investitionsvorhaben werden gegenwärtig in großem Umfang durch Staatsanleihen finanziert. Die privaten Ersparnisse werden zum großen Teil durch die Schuldverschreibung mobilisiert. Dadurch erhöht sich das Vermögen des privaten Sektors, wogegen die Verschuldung des Staates zunimmt. Ob genügende Haushaltsersparnisse in den öffentlichen Sektor zufließen würden, hängt im wesentlichen davon ab, welche Arten der Kapitalanlagen die Sparer für eigenen Erwerb vorziehen. Die fol-

gende Tabelle zeigt, in welcher Weise private Ersparnisse für die staatliche Investitionsfinanzierung herangezogen werden.

Tabelle IX

Mobilisierung privater Ersparnisse für öffentliche Investitionen

Mill. Rupien (geschätzt)

Einteilung	1955-60	Jahresdurchschnitt
1. Erhöhung der Pensionsfonds, Postsparkonto, "Postal Life Insurance," Veräußerung von Grundstücken und anderen Aktiva der "Pakistan Industrial Development Corporation," Rückzahlung von Vorschüssen privater Darlehnsnehmer, Erhöhung der Einlagen der örtlichen Gemeinden usw.	1 200	240
2. Erhöhung der fundierten und der schwebenden Schulden	1 500	300
insgesamt	2 700	540

Quelle: Der 1. Plan Pakistans. S. 140.

Aus Ziff. 2 der Tabelle ist ersichtlich, daß der von der Regierung durch Vergrößerung der Schulden zu beschaffende Betrag höher ist als die aus anderen Quellen erwarteten Ersparnisse (Ziff. 1). Die Planungsbehörde stellte fest, daß, falls die Summe der privaten Ersparnisse aus den unter Ziff. 1 genannten Quellen sich insgesamt als

niedriger oder höher erweisen sollte als die Vorausschätzung, das Ausmaß der öffentlichen Anleihen (Ziff. 2) entsprechend erhöht oder vermindert werden müßte.

4. Der Investitionstrend in Pakistan

1) Investitionen vor dem 1. Fünfjahresplan

Angaben über öffentliche Investitionen sind im Staatshaushalt enthalten. In Pakistan wird der Haushalt in zwei Bereiche geteilt, den Verbrauchshaushalt und den Kapitalhaushalt. Zu dem ersten gehören alle laufenden, wiederkehrenden Verwaltungsausgaben. Diese Ausgaben werden hauptsächlich aus Steuermitteln bestritten. Wir haben uns hier jedoch mit dem Kapitalhaushalt zu beschäftigen. Dieser umfaßt die Ausgaben, welche den Investitionen dienen. Die Investitionen werden überwiegend aus Staatsanleihen finanziert und nur in begrenztem Umfang aus Einnahmeüberschüssen. Die Kapitalaufwendungen der pakistanischen Regierung haben seit 1948/49 ständig zugenommen. Aus der folgenden Tabelle ergeben sich die Investitionsausgaben der Regierung für den Zeitraum vor dem 1. Fünfjahresplan.

Tabelle X

Staatliche Investitionen in Pakistan 1947-55 (Mill. Rupien)

	1947/48	1948/49	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	insgesamt
Eisenbahnen	- 8,8	32,7	53,6	33,7	116,1	104,6	82,5	77,1	491,5
Post- und Telegrafenanlagen	1,3	2,3	5,0	4,1	6,3	20,5	19,5	19,7	78,7
Industrie	0,5	0,3	10,3	6,3	21,9	105,5	76,4	98,8	320,0
Brennstoffe ^{a)} und Energie	-	-	-	-	-	-	-	9,9	9,9
Landwirtschaftliche Verbesserungen	-	0,3	10,0	0,3	0,1	5,1	5,1	0,7	21,6
Zivilluftfahrt	0,5	0,4	2,1	4,0	6,3	6,5	6,2	6,6	32,6
Staatliche Einrichtungen in Karachi	12,9	10,0	26,5	17,1	18,2	16,2	19,1	28,1	148,1
Sonstige	2,7	18,5	12,9	4,8	2,8	12,7	7,6	2,3	64,3
Gesamtausgaben der Zentralregierung	9,1	64,5	120,4	70,3	171,7	271,1	216,4	243,2	1 166,7
Entwicklungsanleihen der Zentralregierung an Provinzen, Gemeinden usw.	-	55,2	56,5	71,0	93,0	84,0	201,0	233,6	794,3
Ausgaben aus Sonderfonds	-	-	-	3,2	20,0	55,4	34,8	67,4	181,5
insgesamt	9,1	119,7	176,9	145,2	284,7	410,5	452,2	544,2	2 142,5

a) Vor 1954/55 wurden die Ausgaben für "Brennstoffe und Energie" mit aufgeführt unter "Industrie".

Quelle: Andrus und Mohammed, The Economy of Pakistan. London 1958. S. 318.

Anm.: Bei der Wiedergabe der Tabelle sind die Zahlen für 1955/56 und 1956/57 ausgelassen. Bei den Jahren 1955 und 1956 wird im Zusammenhang mit dem 1. Fünfjahresplan behandelt.

In den acht Jahren seit 1947/48 erhöhten sich die Investitionsausgaben (einschließlich der Ersatzbeschaffung) der Zentralregierung auf insgesamt 1 166,7 Mill. Rupien, wovon der Hauptanteil von 491,5 Mill. Rupien für den Ausbau des Eisenbahnnetzes verwandt wurde. Auf die Industrie entfielen 320 Mill. Rupien, auf staatliche Einrichtungen in Karachi 148,1 Mill. Rupien, auf Post- und Telegrafenanlagen 78,7 Mill. Rupien und auf andere Projekte 128,4 Mill. Rupien. Neben diesen Ausgaben gewährte die Zentralregierung den Provinzen und Gemeindeverwaltungen Darlehen für die Wirtschaftsförderung. Diese Darlehen stiegen von 55,2 Mill. Rupien im Jahre 1948/49 auf 233,6 Mill. Rupien im Jahre 1954/55 an und beliefen sich für die gesamte Periode vor dem Fünfjahresplan auf insgesamt 794,3 Mill. Rupien. Schließlich erfolgten noch Zuwendungen aus Sonderfonds für den Straßenbau, die Förderung der Landwirtschaft usw., welche in den oben aufgeführten Ausgaben nicht enthalten sind. Berücksichtigt man diese Sonderposten, so beliefen sich die Ausgaben der Zentralregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung auf 119,7 Mill. Rupien im Jahre 1948/49. Sie nahmen bis 1954/55 auf 544,2 Mill. Rupien zu. Obwohl sich der Kapitalhaushalt im Laufe dieser Jahre beträchtlich erhöhte, stellte die Investitionssumme im Jahre 1954/55 nur einen geringen Bruchteil des Volkseinkommens von 19 857 Mill. Rupien im gleichen Jahr dar. Die staatlichen Investitionsausgaben mit 544,2 Mill. Rupien und die Privatinvestitionen mit etwa 750 Mill. Rupien (nach Schätzungen der Planungskommission) machten nur 6 % des Volkseinkommens im Jahre 1954/55 aus.

Im Bereich der Privatwirtschaft wurden den Unternehmern besondere Steuervergünstigungen gewährt, um einen Anreiz zur Förderung der Industrie zu schaffen. Dies ließ sich rechtfertigen aufgrund des Risikos, womit der Aufbau neuer Industrien in einem jungen Staate verbunden ist. Neben staatlichen Investitionen hat die Privatinitiative seit Gründung Pakistans wesentlich zum industriellen Aufbau des Landes beigetragen. Die folgende Tabelle zeigt die

zusammengefaßten privaten und staatlichen Investitionen in den wichtigsten Industriezweigen.

Tabelle XI

Industrielle Investitionen in Pakistan (zur Zeit der Gründung Pakistans bis Mitte 1955)

	Mill. Rupien
Textilien und Bekleidung	796
Rohstoffverarbeitung	312
Nahrungsmittelindustrie	265
Maschinenbau	182
Chemical and Liquid Fuels	166
Holz- und Papierprodukte	91
Ziegel, Glas, Zement und Keramik	88
Gasleitungen	84
Leder- und Gummiwaren	56
Elektroerzeugnisse	27
Sonstige Industrien	193
	2 260

Quelle: Der 1. Plan Pakistans. S. 416.

Wenn auch keine getrennte Aufstellung über die privaten und die staatlichen Investitionen vorliegt, darf man immerhin annehmen, daß das Privatkapital sich vorwiegend bestimmten hergebrachten Investitionsbereichen zugewandt hat, während der Staat die Wirtschaftszweige unterstützt, von denen sich das Privatkapital gewöhnlich zurückhält. In die Baumwollindustrie flossen fast die gesamten Investitionsmittel von privaten Unternehmern, dagegen mußte die Regierung durch die "Pakistan Industrial Development Corporation" erhebliche Mittel für die Anfangsinvestitionen in der Jute- und Wollverarbeitungsindustrie aufbringen. In der Nahrungsmittelindustrie ist der Anteil des Privatkapitals auffallend hoch, während in anderen Industrie-

zweigen wie Papier, Zement, Düngemittel und Gas die staatliche Beteiligung sehr bedeutsam ist. Der Anteil des Anlagekapitals an den Gesamtinvestitionen in der Industrie wurde Ende Juni 1955 auf 1 373 Mill. Rupien geschätzt, der Rest entfiel auf Betriebskapital.

2) Investitionen im Rahmen des 1. Fünfjahresplans
1955-60

Die Gesamtinvestition des ersten Fünfjahresplans beträgt 10 800 Mill. Rupien, wovon 7 500 Mill. Rupien für den öffentlichen und 3 300 Mill. Rupien für den privaten Sektor der Wirtschaft veranschlagt worden sind. Auf die öffentlichen Wirtschaftszweige entfallen demgemäß 69 % der Investitionen, auf die Privatwirtschaft nur 31 % (Hinzu kommen jedoch in Form von nicht aus Geldmitteln bestehenden Investitionen von etwa 1 500 bis 2 000 Mill. Rupien für private und kommunale Zwecke). Die folgende Tabelle veranschaulicht die Aufteilung der vorgesehenen Ausgaben für den öffentlichen Sektor.

Tabelle XII

Aufteilung der geplanten öffentlichen Investitionen
(1955-60)

	Mill. Rupien	Prozentsatz an Gesamtaufwendungen (ohne Zahlen in Klammern)
Bewässerung und Energieerzeugung	2 697 (300)	28,8
Transport- und Verkehrswesen	1 666	17,8
Industrie (einschl. Brennstoffe und Bergbau)	1 622 (177)	17,4
Landwirtschaft (einschl. Kolonisierung, Viehzucht u. Fischerei)	1 207 (190)	12,9
Wohnungsbau und Ansiedlungen	861	9,2
Erziehung und Ausbildung	580	6,2
Dorfentwicklung	298 (35)	3,2
Gesundheitswesen	288	3,1
Soziale Fürsorge usw.	133 (80)	1,4
insgesamt	9 352 (782)	100,0
abzüglich des evtl. Ausfalls	1 852	
Geschätzter Nettoaufwand	7 500	

Quelle: Der 1. Plan Pakistans. S. 15.

Anm.: Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Entwicklungsprojekte, die zur Zeit der Veröffentlichung des Planes noch nicht fertiggestellt wurden. Diese Zahlen stellen daher Reserven innerhalb des Planes dar, um die Kosten für sich noch ergebende Projekte zu decken

Die Gesamtausgaben für alle in Aussicht genommenen Vorhaben wurden auf 9 352 Mill. Rupien geschätzt. Unter Berücksichtigung eines eventuellen Ausfalls von 1 852 Mill. Rupien setzte man die Nettoinvestitionsausgaben auf 7 500 Mill. Rupien.

Es sollen nun einige wesentliche Punkte der Entwicklungsprojekte erörtert werden. Der Plan räumt den Bewässerungs- und Energieerzeugungsprojekten den ersten Rang ein. Die Ausgaben dafür setzen sich aus folgenden Hauptposten zusammen: Bewässerung 788 Mill. Rupien, Mehrzweckentwicklungsprojekte 733 Mill. Rupien, Energieversorgung 571 Mill. Rupien, Flutkontrolle und Drainageanlagen 197 Mill. Rupien, Forschung 108 Mill. Rupien sowie eine Reserve von 300 Mill. Rupien für ähnliche Projekte in Ostpakistan. Während der Planperiode sollen Bewässerungsanlagen für etwa 2,2 Mill. ha gebaut werden, um neue Anbauflächen zu schaffen und eine bessere Wasserversorgung zu sichern. Ferner sieht der Plan vor, 200 000 ha Boden urbar zu machen und weitere 600 000 ha gegen Überschwemmungen zu schützen. Mehrzweckprojekte dienen zugleich der Energieerzeugung, Bewässerung und Landgewinnung. Die Kapazität der Elektrizitätswerke soll im Planungszeitraum von 0,3 Mill. kWh auf etwa 0,9 Mill. kWh erhöht werden.

Faßt man die Ausgaben für Bewässerungs- und Entwässerungsprojekte, die unmittelbar mit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verknüpft sind, zusammen mit denen für Viehzucht, Fischerei und Dorfaufbau, so würden sich die Investitionen im primären Sektor auf etwa ein Drittel der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand belaufen. Die Förderung der Agrarinvestition in solchem Umfang rechtfertigt sich in mehrfacher Hinsicht. Die Erhöhung des Einkommens in der Landwirtschaft ist das beste Mittel für eine Hebung des allgemeinen Lebensstandards in einem Agrarland. Ein großer Exportüberschuß an Rohstoffen, nämlich Jute und Baumwolle, ist erforderlich, um die Devisen für den Import von Investitionsgütern zu verdienen. Darüber hinaus hat die Landwirtschaft die Aufgabe, die Nahrungsmittel für die Versorgung einer zunehmenden Zahl der Industriearbeiter bereitzustellen. Schließlich ist eine Steigerung des Einkommens der Agrarbevölkerung notwendig, um ihre Nachfrage nach Industriegütern zu verbessern.

Eine Summe von 1 666 Mill. Rupien - etwa 1/5 der öffentlichen Investitionen überhaupt - ist für Transport- und Verkehrswesen vorgesehen. Dabei ist der Anteil der Eisenbahnen am höchsten. 683 Mill. Rupien sollen für die Wiederherstellung von Eisenbahnstrecken, für Waggons, Reparaturwerkstätten und andere Einrichtungen ausgegeben werden. Die Eisenbahnen sind das wertvollste Anlagevermögen des Landes und zugleich das größte nationale Einzelunternehmen. Eine Summe von 360 Mill. Rupien steht für Straßenbau zur Verfügung, 130 Mill. Rupien für den Ausbau von Häfen, 83 Mill. Rupien für Wasserstraßen und 166 Mill. Rupien für die Schifffahrt, den Zivilluftverkehr und den Straßentransport. 244 Mill. Rupien sind für die Erweiterung des Telefon-, Telegraf- und Rundfunknetzes vorgesehen.

In der Industrie einschließlich des Bergbaus sollen 1 622 Mill. Rupien in fünf Jahren investiert werden. Hier- von sind 124 Mill. Rupien für die Entwicklung der Brennstoffwirtschaft und den Bergbau vorgesehen. Der Restbetrag ist im wesentlichen für öffentliche Investitionen über die "Pakistan Industrial Development Corporation" verfügbar. Der Aufbau der Industrie hat in den letzten Jahren ziemlich gute Fortschritte gemacht. Der Plan erkennt die Notwendigkeit einer vollen Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität und empfiehlt die Errichtung besonders wichtiger Industrien. Den Vorrang wird solchen Industrien gegeben, welche eine Erhöhung des Volkseinkommens ermöglichen oder die bisherigen Einfuhr durch heimische Produktion ersetzen und eine Einsparung an Devisen erzielen, oder welche die Aussicht haben, bei minimalem Kapitaleinsatz verhältnismäßig zahlreiche Arbeitsplätze zu schaffen. Die Investitionen konzentrieren sich hauptsächlich auf die Kapitalgüter, wie Düngemittel (320 Mill. Rupien), Gasleitung und -verteilung (178 Mill. Rupien), Eisen und Stahl (130 Mill. Rupien), Druckpapier (115 Mill. Rupien), Schiffswerften (109,5 Mill. Rupien) und Zement (54,4 Mill. Rupien). Der Anteil der

Produktionsmittelindustrie im Verhältnis zu Gesamtinvestitionen in der Industrie soll in den fünf Jahren von ca. 40 % auf etwa 45 % steigen.

Der Plan enthält auch etwa 1 000 Mill. Rupien für die Förderung der Ausbildung und des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens. Solche Aufwendungen dienen der Kapitalbildung nur indirekt, und zwar durch Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung.

In dem Plan wird die Höhe der Privatinvestition auf 3 300 Mill. Rupien geschätzt. Dabei sind die Planer davon ausgegangen, daß die Regierung zwar nicht genau Größe und Art der privaten Investitionen festsetzen, jedoch durch geeignete Maßnahmen, z.B. durch Einfuhrlizenzen, das Privatkapital in die gewünschte Richtung lenken kann. Es wird versucht, die Unternehmer zu veranlassen, sich insbesondere auf die Großindustrie, den Wohnungsbau, das Transportwesen, den Bergbau und die Landwirtschaft zu konzentrieren.

5. Aussichten der Kapitalbildung in Pakistan

Der erste Fünfjahresplan sieht eine Erhöhung des Volkseinkommens um 15 % vor. Der Zuwachs entspricht einer Steigerung des Volkseinkommens in Höhe von etwa 3 000 Mill. Rupien für die Planperiode. Die erhoffte Erhöhung des Volkseinkommens wird mit Hilfe des sogenannten Kapitalkoeffizienten, der für Pakistan auf 3 geschätzt wird,²⁰⁷ errechnet. Bei Einrechnung einer jährlichen Bevölkerungszuwachsrates von 1,5 % erwartet man ein Ansteigen des Pro-Kopf-Einkommens um 1,4 % jährlich in der Planperiode.²⁰⁸

Die Kapitalbildungsrate im Plan wird auf 6 % des Bruttosozialprodukts geschätzt, welche nur dann erzielbar ist, wenn die Planziele in vollem Umfang erreicht werden. In Pakistan dürfte sie, wie sich aus den vorangehenden Ausführungen ergibt, von einer Reihe wichtiger Umstände abhängen:

- a) Das Volkseinkommen muß auf Grund der geplanten Investitionen in erwarteter Höhe angewachsen sein.
- b) Es muß ein wesentlicher Teil des erhöhten Volkseinkommens gespart und investiert werden.

Hierzu meint Lewis: "...communities in which the national income per head is not increasing invest 4 or 5 per cent of their national incomes per annum or less, whilst progressive economies invest 12 per cent per annum or more. The central problem in the theory of economic growth is to understand the process by which a community is converted from being a 5 per cent to a 12 per cent saver ..."²⁰⁹

- c) Der Aufbau der Industrie muß mit allen Mitteln gefördert werden, um eine höhere Kapitalbildungsrate zu erreichen. Eine wichtige Quelle der Ersparnisse bilden die Gewinne der Großunternehmen, da in der Regel ein beachtlicher Teil ihrer Gewinne nicht ausgeschüttet, sondern investiert wird.
- d) Die landwirtschaftliche Produktion muß gesteigert werden, um den Industriesektor mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen.
- e) Sinnvolle Maßnahmen zur Einschränkung staatlicher Verbrauchsausgaben und zur Förderung des Sparens müssen getroffen werden. Es ist unerlässlich, daß der Durchschnittsverbrauch nicht im gleichen Maße zunimmt wie das Einkommen, vielmehr muß eine größere Rate des gestiegenen Einkommens gespart und investiert werden.

Schlußbetrachtung

Die vorhergehende Untersuchung erstreckte sich auf die Probleme der Kapitalknappheit und der Kapitalbildung in den Entwicklungsländern. Der Mangel an Realkapital verhindert eine Steigerung der Produktion und des Realeinkommens und damit die Kapitalbildung. Um diese Spirale zu durchbrechen, muß vor allem der Kapitalbestand vergrößert werden. Dazu sind erhebliche Investitionen erforderlich, die über das explosive Bevölkerungswachstum hinaus eine Erhöhung des Volkseinkommens ermöglichen.

Am Anfang der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Kapitalbedarf besonders groß, da in dieser Periode höhere Investitionen für die Infrastruktur notwendig sind, um eine Grundlage für die Unternehmertätigkeit zu schaffen.

Der große Kapitalbedarf der Entwicklungsländer besagt aber nicht, daß das Kapital dort immer produktiv eingesetzt werden kann. Der Hauptgrund dafür ist die unzureichende Ausbildung der Arbeitskräfte. Im Zuge der Entwicklung erhöht sich jedoch die Ergiebigkeit des Kapitals.

Die Schwerpunkte dieser Arbeit liegen in der theoretischen Analyse der strukturellen Hindernisse für die Kapitalbildung und in der Überprüfung der Frage der arbeitsintensiven Kapitalbildung als erster Schritt in der wirtschaftlichen Entwicklung.

Neben dem geringen Realeinkommen wurden als Ursachen für die niedrige Kapitalbildung folgende strukturelle Gegebenheiten hervorgehoben:

1. Die Kapitalbildung wird durch den übermäßigen Konsum einer dünnen Oberschicht stark erschwert. Obwohl die ungleichmäßige Einkommensverteilung in der Regel das Sparen begünstigt, trifft dies für die obere Einkommens-

schicht in den Entwicklungsländern wegen ihrer fehlenden Wirtschaftsgesinnung nicht zu. Ein Sparakt setzt nicht nur die Sparfähigkeit, sondern auch die Sparwilligkeit voraus. Die Oberschicht zeigt aber selten die Bereitschaft zum Sparen.

2. Ein anderer Grund für die hohe Verbrauchsneigung ist der sog. Demonstrationseffekt, d.h. die Nachahmung des Lebensstandards der reichen Industrieländer durch die Völker der Entwicklungsländer. Mit den wachsenden internationalen Beziehungen in der neueren Zeit bekommen die armen jungen Nationen immer besseren Einblick in die Lebensverhältnisse der nordamerikanischen und westeuropäischen Länder und versuchen, diesen nachzueifern. Sie werden mit ihren eigenen Lebensbedingungen in steigendem Maße unzufrieden und neigen dazu, ihr Konsumniveau dem der Industrienationen anzugleichen, obwohl dies angesichts ihres geringen Einkommens nicht wünschenswert ist.
3. Die Sparquote wird außerdem durch die finanzielle Belastung für den Unterhalt einer großen Anzahl an Kindern in den Entwicklungsgebieten verringert.
4. Die ohnehin begrenzten Mittel für die Finanzierung der Kapitalbildung werden durch die vielverbreitete Hortung weiter eingeschränkt. Da die Hortung in ihrem Ausmaß nicht so sehr bedeutend ist, ist es unwahrscheinlich, daß ihre Auflösung wesentlich zur Kapitalbildung beitragen wird. Dennoch könnten die Horte, insbesondere Gold, eine nicht zu unterschätzende Finanzierungsquelle sein, vor allem für die Einfuhr von Investitionsgütern.

Ein weiteres Hindernis für die Kapitalbildung ist die beschränkte Marktgröße, die eine produktive Verwendung des Unternehmerkapitals in den Entwicklungsländern vermindert. Die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes für Güter und Dienstleistungen ist wegen der geringen Kaufkraft der brei-

ten Masse stark begrenzt. Unter diesen Umständen bietet sich den Unternehmern kein ausreichender Anreiz für Investitionen.

Es ist aber durchaus möglich, diese Unzulänglichkeit durch eine Entwicklung nach dem Prinzip der external economies zu überwinden. Die entwicklungsfördernde Wirkung der external economies besteht einmal in der Interdependenz der Infrastruktur und Unternehmerinvestitionen und zum anderen in der Komplementarität einer Reihe von gleichzeitig geschaffenen Industrien. Es entstehen dadurch Beschäftigung und neue Kaufkraft.

Ein gewisser, wenn auch keineswegs sicherer Ausweg aus den Schwierigkeiten bei der Kapitalbildung scheint der Einsatz versteckter Arbeitsloser zur Schaffung von Produktionsanlagen zu sein. Da die Entwicklungsländer kapitalarm sind und die Grenzproduktivität der überschüssigen Arbeitskräfte nahezu Null ist, kann ein volkswirtschaftlicher Nutzeffekt erzielt werden, wenn diese für die Kapitalbildung herangezogen werden, vorausgesetzt, daß ihnen weiterhin ihr bisheriger Konsumanteil belassen wird. Diese Art der Kapitalbildung wird heute im Rahmen der dörflichen Gemeinschaftsarbeit verwirklicht.

Die Untersuchung schloß mit einer Betrachtung über die Kapitalbildung in Pakistan am Beispiel seines ersten Fünfjahresplans.

A n m e r k u n g e n

1. Der Teufelskreis wird auf Seite 25 ff. der Arbeit ausführlich behandelt.
2. "... there is ... the presumption that innovations are capital-using; that is, they tend to increase the capital-output ratio." Vgl. H.J. Bruton, Growth Models and Underdeveloped Economies. Abgedruckt bei A.N. Agarwala und S.P. Singh, The Economics of Underdevelopment. Third Impression, Bombay 1961. S. 225.
3. Shu-chin Yang, Capital Supply and Economic Growth: Sources of Savings. In: Economic Development, hrsg. von K. Berrill. London 1964. S. 76.
4. W. Guth, Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder. Basel und Tübingen 1957. S. 84.
5. Guth, a.a.O. S. 83.
6. Guth, a.a.O. S. 81.
7. W. Röpke, Unentwickelte Länder. In: Ordo 5. Bd. 1953. S. 77.
8. Hirschman bringt seine Bedenken zum Ausdruck, wenn er in diesem Zusammenhang schreibt, daß "the unwary reader could well raise serious doubts about the possibility of any economic development at all. For how can any stagnating country ever hope to fulfill simultaneously so many necessary conditions ?" A.O. Hirschman, The Strategy of Economic Development. Second printing, New Haven 1959. S. 2.
9. Vgl. Guth, a.a.O. S. 81.
10. G.M. Meier und R.E. Baldwin, Economic Development. New York 1957. S. 304.
11. UN, Economic Survey of Asia and the Far East for 1949. Bangkok 1950. S. 296.

12. Meier und Baldwin, a.a.O. S. 305.
13. Vgl. W.W. Rostow, The Process of Economic Growth. 2. Aufl., Oxford 1960. S. 291.
14. Government of Pakistan, National Planning Board, The First Five Year Plan 1955-60. Karachi 1958. S. 29.
Im folgenden zitiert: Der 1. Plan Pakistans
15. W.W. Rostow, The Stages of Economic Growth. Reprinted, Cambridge 1960. S. 20.
16. S. Kuznets, Toward a Theory of Economic Growth. In: R. Leckachman (Hrsg.), National Policy for Economic Welfare at Home and Abroad. New York 1955. S. 39/40.
17. UN, Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries. New York 1951. S. 75 ff. Im folgenden zitiert: UN, Measures ...
18. A. Bonné, The Economic Development of the Middle East. Revised Ed., London 1945. S. 88, 102 und 108 ff.
19. P.N. Rosenstein-Rodan, Problems of Industrialization of Eastern und South-Eastern Europe. Abgedruckt bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 254 f. Im folgenden zitiert: Rosenstein-Rodan, Problems of Industrialization...
20. K. Mandelbaum, The Industrialization of Backward Areas. Oxford 1955. S. 7 f.
21. E. Staley, World Economic Development. Montreal 1944. Kap. IV.
22. C. Clark, The Economics of 1960. London 1942. S. 72 ff.
23. A. Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Bd. IV: Gesamtbeschäftigung, Konjunkturen, Wachstum. Berlin 1960. S. 79.
24. Paulsen, a.a.O. S. 80/81.

25. D. Hamberg, Economic Growth and Instability. New York 1956. S. 193.
26. Hirschman, a.a.O. S. 83.
27. C.P. Kindleberger, Economic Development. New York, Toronto and London 1958. S. 36.
W. Brand, The Struggle for a Higher Standard of Living. Glencoe, Ill., The Hague and Bandung 1958. S. 53.
UN, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Vol. VII, No. 3: Policies and Means of Implementation. New York 1956. S. 31.
28. Kindleberger, a.a.O. S. 48/49.
29. Hirschman, a.a.O. S. 85.
30. J.A. Schumpeter, Business Cycles, Bd. I. New York 1939. S. 235.
31. R. Nurkse, Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries. Eighth Impression, Oxford 1962. S. 152.
32. Vgl. K.L. Herczeg, Zukunft der Weltwirtschaft. Düsseldorf 1958. S. 222.
33. H.W. Singer, Discussion on J.H. Adler's paper "The Fiscal and Monetary Implementation of Development Programmes" read at the Sixty-fourth Annual Meeting of the American Economic Association, Boston, Mass., December 26-29, 1951. In: The American Economic Review, Papers and Proceedings. Bd. 42, 1952. S. 608.
34. UN, Processes and Problems of Industrialization in Underdeveloped Countries. New York 1955. S. 11. Im folgenden zitiert: UN, Processes and Problems ...
35. Rostow, a.a.O. S. 55.
36. UN, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Vol. XI, No.3: Transport Development. New York 1960. S. 13.

37. A.G. Ghaussy, Die Rolle des Energiesektors in der Entwicklungspolitik. Köln und Opladen 1960. S. 30.
38. UN, Processes and Problems ... a.a.O. S. 12.
39. UN, Statistical Yearbook 1963. New York 1964. Tabelle 132.
40. W.A. Lewis, The Theory of Economic Growth. London 1955. S. 203/4.
41. Andererseits kann der Mangel an Fachkräften unter Umständen eine intensive Ausnutzung der Kapazität verhindern. Die Hoover-Kommission hat kritisch darauf hingewiesen, daß die Anlagen und Einrichtungen, die mit amerikanischer Entwicklungshilfe in Persien ohne Rücksicht auf das Vorhandensein von geschulten einheimischen Kräften fertiggestellt worden sind, nicht voll ausgenutzt werden könnten. Vgl. Hoover Commission Task Force, Report on Overseas Operations. Washington 1955. S. 668.
42. Andererseits ist es aber durchaus möglich, daß die technische Rückständigkeit eben bessere Aussichten für technischen Fortschritt bietet. Hierzu bemerkt Lewis: "On the other hand it is equally arguable that the very backwardness of technology makes possible spectacular advances, so that if capital were invested in the more backward countries, and the necessary expenditures on education and training were undertaken at the same time, they might show much more rapid rates of growth than the more developed can show." Lewis a.a.O. S. 204. Er führt dann das Beispiel der Sowjetunion und Japans an, die als Nachzügler ("late comers") unter den heutigen entwickelten Ländern relativ hohe Wachstumsraten des Sozialproduktes zu verzeichnen haben.
43. Nurkse, a.a.O. S. 4. Ferner G.M. Meier, The Poverty of Nations. In: Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 78, 1957. S. 84.

44. Nurkse, a.a.O. S. 5.
45. Meier und Baldwin, a.a.O. S. 319/20. Siehe ferner J.v. Spindler, Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer, Stuttgart 1963. S. 61/62.
46. Siehe S. 55 ff. dieser Arbeit.
47. Meier und Baldwin, a.a.O. S. 320.
48. R.T. Gill, Economic Development: Past and Present. Second printing, Englewood Cliffs, New Jersey 1964. S. 28/29. Siehe auch Nurkse, a.a.O. S. 11.
49. Nurkse, a.a.O. S. 13/14.
50. J.M. Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money. Reprinted, London and New York 1957 (1936) S. 97.
51. S. Kuznets, Economic Growth and Income Inequality. In: The American Economic Review. Bd. 45, 1955. S. 20-22. Siehe auch Morgan, Distribution of Income in Ceylon, Puerto Rico, the United States and the United Kingdom. In: The Economic Journal. Bd. 63, 1953. S. 833. Morgan gelangte zu ähnlichem Schluß: Die Verteilung des Einkommens in Entwicklungsländern in bezug auf die Höhe, Berufe und Volksgruppen ist ungleichmäßiger als in entwickelten Ländern. Vgl. weiter UN, National Income and its Distribution in Underdeveloped Countries. Statistical Paper, Series E, No.3. New York 1951. S. 15-32.
52. Röpke, a.a.O. S. 92.
53. Lewis, a.a.O. S. 227.
54. W.A. Lewis, Economic Development with Unlimited Supplies of Labour. Abgedruckt bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 402/3. (Im folgenden wird dieser Titel nicht mehr wiederholt.)
55. Meier und Baldwin, a.a.O. S. 308.

56. H. Leibenstein, *Economic Backwardness and Economic Growth*. Second printing, New York and London 1960. S. 113.
57. J.S. Duesenberry, *Income, Saving and the Theory of Consumer Behaviour*. Cambridge, Mass. 1949. S. 32.
58. Duesenberry, a.a.O. S. 26.
59. Nurkse, a.a.O. S. 59.
60. Ders. ebd. S. 60.
61. Ders. ebd. S. 63.
62. P.N. Rosenstein-Rodan, *The International Development of Economically Backward Areas*. In: *International Affairs*, Bd. 20, 1944. S. 158.
63. UN, *National and Per Capita Incomes in 70 Countries*, 1949. New York 1950.
64. Kindleberger, a.a.O. S. 83.
65. Duesenberry, a.a.O. S. 39.
66. Kindleberger, a.a.O. S. 82.
67. Nurkse, a.a.O. S. 66/67.
68. Ders. ebd. S. 70-72.
69. Anfang dieses Jahrhunderts betrug die Sparrate in Japan bereits zwischen 12 und 17 % des Volkseinkommens. Vgl. E.P. Reubens, *Foreign Capital in Economic Development. A Case Study of Japan*. In: *Modernization Programmes in Relation to Human Resources and Population Problems* (Milbank Memorial Fund). New York 1950. S. 118.
70. UN, *Demographic Yearbook 1963*. New York 1964. S. 142.
71. S. Enke, *Economics for Development*. Englewood Cliffs, N.J. 1963. S. 33.

72. Die Zahlen entsprechen jeweils der durchschnittlichen Lebenserwartung des männlichen und weiblichen Geschlechts in beiden Gruppen von Ländern. Vgl. UN, Demographic Yearbook 1963. New York 1964. Tabelle 26.
73. W. Röpke, Die Theorie der Kapitalbildung. Tübingen 1929. S. 10/11.
74. P.A. Samuelson, Economics. 2. Aufl., Fifth Impression, New York 1951. S. 260.
75. Enke, a.a.O. S. 215.
76. Ders. ebd. S. 216.
77. Diese Art des Realkapitals wird in Indien auf 1 1/2 % des Volkseinkommens geschätzt, was nicht minder bedeutsam ist, wenn wir die geringe Gesamtkapitalbildung - schätzungsweise 7 % des indischen Volkseinkommens - ins Auge fassen. Siehe A.J. Coale und E.M. Hoover, Population Growth and Economic Development in Low-Income Countries. Third print, Princeton, N.J. 1963. S. 149.
78. P.T. Bauer und B.S. Yamey, The Economics of Underdeveloped Countries. London 1957. S. 29/30.
79. Siehe Coale und Hoover, a.a.O. S. 176.
80. Ders. ebd. S. 176.
81. UN, Measures ... S. 35. Über die Aussichten der Kapitalbildung mit gehortetem Gold heißt es weiter an der gleichen Stelle: "These hoards could, of course, be used only once; if spent over five years, they would contribute, on this estimate, 2 per cent of the national income to capital formation during five years. This figure is small but is certainly not to be neglected."
82. Keynes, a.a.O. S. 337. Dies dürfte vielmehr für das Horten in der Vergangenheit gelten. Gegenwärtige Untersuchungen, deren Ergebnisse im Anschluß an das Zitat angeführt sind, lassen darauf schließen, daß Goldhortungen in Indien nicht mehr so sehr in großem Umfang betrieben werden.

83. A.G. Chandavarkar, The Nature and Effects of Gold Hoarding in Underdeveloped Economies. In: Oxford Economic Papers. Bd. 13, 1961. S. 138.
84. Ders. ebd. S. 138.
85. Ebd. S. 138.
86. Das von der pakistanischen Regierung ernannte "Public Investment Enquiry Committee" schätzte 1951 den Gesamtwert der gehorteten Mittel in Pakistan auf 600 bis 900 Mill. US-Dollar. Siehe hierzu C. Wolf und S.C. Sufrin, Capital Formation and Foreign Investment in Underdeveloped Areas. Syracuse 1955. S. 16.
87. B. Higgins, Economic Development. New York 1959. S. 485.
88. UN, Mobilization of Domestic Capital: Report and Documents of the Second Working Party of Experts. Bangkok 1953. S. 34.
89. Lewis, a.a.O. S. 246.
90. UN, Measures ... a.a.O. S. 36. Ferner Lewis, a.a.O. S. 246.
91. Chandavarkar, a.a.O. S. 138.
92. Ders. ebd. S. 139.
93. Ebd. S. 139/40.
94. Nurkse, a.a.O. S. 17.
95. "This means that gold, apart from being a non-income-yielding asset in all forms, is subject in its most important form (ornaments) to a capital loss in the event of sale." Siehe Chandavarkar, a.a.O. S. 140.
96. Ders. ebd. S. 140/41. Das Horten von Gold ist nach Chandavarkar primär psychisch bedingt: "The hoarding of gold is primarily motivated by the psychic income

accruing from possession and use of ornaments and this in turn is largely a reflection of the sociological and historical milieu of countries which have underdeveloped economies as well as traditional societies such as those in the Middle East and South-East Asia. It is the role of gold as a durable consumer good that affords the real clue to the phenomenon of gold hoarding in these areas." Chandavarkar, a.a.O. S. 141.

97. UN, Measures ... a.a.O. S. 35/36.
98. Higgins, a.a.O. S. 484. Ferner UN, Mobilization of Domestic Capital: Report and Documents of the First Working Party of Experts. Bangkok 1952. S. 38/39. UN, Domestic Financing of Economic Development. New York 1950. S. 79.
99. Spindler, a.a.O. S. 149/50.
100. Higgins, a.a.O. S. 485.
101. Nurkse, a.a.O. S. 8. Das deckt sich mit dem Gedanken von Young: "... the size of the market is determined and defined by the volume of production." A. Young, Increasing Returns and Economic Progress. In: The Economic Journal. Bd. 38, 1928. S. 533.
102. Nurkse, a.a.O. S. 18. E.E. Hagen, On the Theory of Social Change. Homewood, Ill. 1962. S. 44.
103. Kindleberger, a.a.O. S. 101.
104. Young, a.a.O. S. 530-33.
105. Nurkse, a.a.O. S. 6.
106. Young, a.a.O. S. 534.
107. Nurkse, a.a.O. S. 7.
108. Ebd. S. 7.

109. Rosenstein-Rodan, Problems of Industrialization ...
Abgedruckt bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 249.
110. Nurkse, a.a.O. S. 17.
111. Hagen, a.a.O. S. 42.
112. Nurkse, a.a.O. S. 7.
113. Hagen, a.a.O. S. 43.
114. Ebd. S. 43.
115. Ebd. S. 44.
116. Nurkse, a.a.O. S. 11-14.
117. Wir beziehen uns dabei auf die Darstellung von Hirschman und verwenden die von ihm geprägten Abkürzungen SOC und DPA in weiteren Ausführungen. Hirschman, a.a.O. S. 86-97.
118. Die soziale Grenzproduktivität wird definiert als
"... the total net contribution of the marginal unit to national product, and not merely that portion of the contribution (or of its costs) which may accrue to the private investor." Siehe A.E. Kahn, Investment Criteria in Development Programmes. In: The Quarterly Journal of Economics. Bd. 65, 1951. S. 39.
119. Hirschman, a.a.O. S. 95.
120. A. Marshall, Principles of Economics (1890). 8.Aufl. 1920, Reprint, London 1956. S. 264, auch 237.
121. Im Unterschied zu den external economies spricht man von den "internal economies." Internal economies ergeben sich aus Rationalisierungsmaßnahmen (z.B. einer leistungsfähigen Geschäftsleitung, verbesserter Betriebsorganisation) in den einzelnen Unternehmen selbst.

122. J.E. Meade, External Economies and Diseconomies in a Competitive Situation. In: The Economic Journal. Bd. 62, 1952. S. 54-67. Ferner T. Scitovsky, Two Concepts of External Economies. Abgedruckt bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 296.
123. Scitovsky, ebd. S. 299.
124. Der Ausdruck wurde von J. Viner in seiner Abhandlung "Cost Curves and Supply Curves" geprägt. Vgl. Zeitschrift für Nationalökonomie. Bd. III, 1932. S. 38/39. "Illustrations of pecuniary external economies would be reductions in the prices of services and materials resulting from the increase in the amounts of such services and materials purchased by the industry as a whole." Viner, a.a.O. S. 39.
125. Scitovsky, dort bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 298.
126. Ders. ebd. S. 299-306.
127. Ebd. S. 303.
128. J.M. Fleming, External Economies and the Doctrine of Balanced Growth. Abgedruckt bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 282-85.
129. Fleming, ebd. S. 285.
130. J. Robinson, Disguised Unemployment. In: The Economic Journal. Bd. 46, 1936. S. 225 ff.
131. Dies. ebd. S. 226.
132. Da die versteckte Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern ein Strukturmerkmal ihrer Wirtschaft ist, wird sie auch strukturelle Arbeitslosigkeit genannt.
133. UN, National and International Measures for Full Employment. New York 1949. S. 12. Ferner C. Furtado, Capital Formation and Economic Development. Abgedruckt bei Agarwala und Singh, S. 317.

134. Vgl. A. Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. III: Produktionsfaktoren. 2. neubearb. u. ergänzte Aufl. Berlin 1961. S. 67.
135. Da die Berufsausübung mit den Erwerbsjahrgängen zusammenfällt, wird bisweilen eine Unterscheidung zwischen Übervölkerung und versteckter Arbeitslosigkeit getroffen. Übervölkerung bezieht sich auf die Gesamtbevölkerung eines Landes, versteckte Arbeitslosigkeit dagegen auf die Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerung. Vgl. T. Yamanaka, On Latent Unemployment - An Interpretation as an Economic Problem. In: The Annals of the Hitotsubashi Academy. Bd. 6, 1956. S. 4. Trotzdem ist offensichtlich, daß beide Begriffe nicht scharf voneinander zu trennen sind.
136. H.-J. Seraphim, Die statistische Erfassung der landwirtschaftlichen Übervölkerung und Untervölkerung. In: Berichte über Landwirtschaft, N.F. 13. Berlin 1930. S. 193-244.
T. Oberländer, Die agrarische Überbevölkerung Polens. Berlin 1935.
H. Gross, Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft. Leipzig 1937.
D. Warriner, The Economics of Peasant Farming, insbesondere Kap. III. London 1939.
137. D. Warriner und P.L. Yates, Food and Farming in Post-War Europe, insbesondere Kap. IV. London 1943. Rosenstein-Rodan, Problems of Industrialization ... Abgedruckt bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 245 ff.
W.E. Moore, Economic Demography of Eastern and Southern Europe. Geneva 1945.
138. Seraphim, a.a.O. S. 199.
139. Nurkse, a.a.O. S. 35.
140. Ebd. S. 35.
141. Warriner, a.a.O. S. 68.

142. C. Issawi, Egypt: An Economic and Social Analysis. London 1947. S. 195.
143. A. Jelonek, Die Entwicklungsländer unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Unternehmertums und eines adaptierten technischen Fortschritts. Baden-Baden und Bonn 1961. S. 23.
144. Nurkse, a.a.O. S. 32-47.
145. Außer Nurkse siehe UN, Measures ... a.a.O. S. 7.
146. Nurkse, a.a.O. S. 37.
147. Ders. ebd. S. 38.
148. Außer Nurkse (ebd. S. 39.) siehe A. Navarrete Jr. und I.M. de Navarrete, Underemployment in Underdeveloped Economies. Abgedruckt bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 346.
149. Vgl. Meier und Baldwin, a.a.O. S. 342. Ferner Y.S. Cho, "Disguised Unemployment" in underdeveloped areas with special reference to South Korean Agriculture. Berkeley 1963. S. 117.
150. Eine andere Möglichkeit bietet sich mit der Kapitaleinfuhr an.
151. Nurkse, a.a.O. S. 42.
152. Bei der direkten Nahrungsmittellieferung, mit der z.B. die USA eine Reihe von überbevölkerten Entwicklungsländern versorgen, sind diese Schwierigkeiten nicht vorhanden. Es bleibt die Frage aber offen, ob die Empfängerländer die Nahrungsmittel für die Unterhaltung der an der Kapitalbildung beschäftigten Arbeiter verwenden.
153. Lewis, a.a.O. S. 230.
154. E.H. Norman, Japan's Emergence as a Modern State. New York 1940. S. 77.

155. H. Belshaw, Population Growth and Levels of Consumption. London 1956. S. 118.
156. Cho, a.a.O. S. 117.
157. N. Koestner, Some Comments on Professor Nurkse's Capital Accumulation in Underdeveloped Countries. In: L'Egypte Contemporaine. Bd. 44, 1953. S. 18. Siehe auch Cho, a.a.O. S. 116.
158. Koestner (a.a.O. S.9) führt hierzu aus, daß während "the average man needs 1700 calories per day to keep alive ... a man carrying earth from the bottom of a canal in a basket needs, say 150 calories an hour which for 8 hours represents 1200 calories of extra food requirements."
159. Ders. ebd. S. 9/10.
160. K. Dasgupta, Disguised Unemployment and Economic Development. In: The Economic Weekly, Bd. 8, Bombay 1956. S. 1012.
161. K.N. Raj, Employment Aspects of Planning in Underdeveloped Countries. Cairo 1957. S. 23.
162. Leibenstein, a.a.O. S. 261.
163. International Labour Office, Action against Unemployment. Geneva 1950. S. 167.
164. Leibenstein, a.a.O. S. 259/60.
165. Ders. ebd. S. 259. Kritisch muß bemerkt werden, daß die höhere Grenzproduktivität des Kapitals in den Entwicklungsländern aus verschiedenen Gründen nicht immer gewährleistet ist. Vgl. die vorliegende Arbeit. S. 24/25.
166. M. Dobb, Some Questions on Economic Growth. In: The Indian Journal of Economics. Bd. 36, 1955. S. 4.

167. K.K. Kurihara, The Keynesian Theory of Economic Development. London 1959. S. 119.
168. A. Gerschenkron, Economic Backwardness in Historical Perspective. In: B.F. Hoselitz (Hrsg.), The Progress of Underdeveloped Areas. Chicago 1952. S. 6/7.
169. Guth, a.a.O. S. 99.
170. Kurihara, a.a.O. S. 110. Vgl. ferner B. Datta, The Economics of Industrialization. Calcutta 1957. S. 196.
171. Der Ausdruck "Community" kann nach verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Die folgende Begriffsbestimmung trifft allgemein zu: "The community consists of a number of people living in a particular geographic area at a particular time, sharing common and closely interdependent activities and interrests, and aware of this sharing and interdependence." S.D. Solomon, An Approach to Training for Community Development. In: International Review of Community Development. No.3, 1959. S. 27. Der Terminus technicus "Community Development" bezieht sich auf die Entwicklung sowohl der Dorfgemeinschaft als auch der städtischen Gemeinschaft. Unsere Untersuchung erstreckt sich ausschließlich auf das Dorfentwicklungsprogramm in Entwicklungsländern. Für Community Development auf dem ländlichen Gebiet verwendet man auch andere Bezeichnungen, wie z.B. village agricultural and industrial development, community action, community education, etc.
172. UN, Community Development and Economic Development, Part 1. Bangkok 1960. S. 1. (Im folgenden zitiert: UN, Community Development, Part 1) Siehe ferner E. Clunies-Ross, Rural Centres in Underdeveloped Countries. In: International Review of Community Development. No.1, 1958. S. 33. - P. Kuenstler, Urban Community Centre Work in Underdeveloped Countries. In: International Review of Community Development. No. 1, 1958. S. 27.

173. Es ist jedoch möglich, daß Community Development als Selbsthilfeprogramm ohne Unterstützung durch den Staat ausgeführt wird. Definitionsgemäß werden Aktivitäten, an denen der Staat nicht beteiligt ist, in unserer Untersuchung nicht berücksichtigt.
174. UN, Community Development, Part 1. a.a.O. S. 3.
175. Es muß darauf hingewiesen werden, daß in der Wirklichkeit die Dorfentwicklungsprojekte in unterschiedlichem Maße von den oben umrissenen Grundprinzipien abweichen. Die Abweichungen ergeben sich aus sozialökonomischen und bildungs- und verwaltungsmäßigen Gründen im jeweiligen Land. Besonders ist die Tatsache zu unterstreichen, daß sich die staatliche Beteiligung an Community-Development-Projekten nicht auf ein Mindestmaß beschränkt, sondern, wie die Erfahrungen zeigen, oft höher liegt.
176. Welche technisch-organisatorischen Fragen dabei auftauchen, hat die International Cooperation Administration (ICA) in anschaulicher Weise dargelegt: "The heart of community development is village organization and all of the techniques in how people are brought together; ... how to get discussion and thinking started; how people arrive at the things they think they need; how they judge the priority of the things they want; how committees operate; ..." International Cooperation Administration, Community Development Guidelines. Zitiert von Higgins, a.a.O. S. 679.
177. UN, Community Development, Part 1. a.a.O. S. 3.
178. Ebd. S. 3.
179. Higgins, a.a.O. S. 678/79.
180. Vgl. H. von Recum, Das Bildungswesen als Entwicklungsfaktor. In: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, hrsg. von E. Boettcher. Tübingen 1964. S. 385 ff.

181. Das Community-Development-Programme wurde in Indien erst am 2. Oktober 1952 im Rahmen des 1. indischen Fünfjahresplanes eingeführt.
182. Report of a Community Development Evaluation Mission in India, 23rd November 1958 - 3rd April 1959. New York 1960. S. 23.
183. UN, Community Development, Part 1. a.a.O. S. 50.
184. Ebd. S. 51.
185. A. Mayer, M. Marriott und R.L. Park, Pilot Project, India. Berkeley and Los Angeles, Calif. 1958. S. 265/66.
186. UN, Community Development, Part 1. a.a.O. S. 47.
187. Mayer, Marriott und Park, a.a.O. S. 220.
188. UN, Community Development, Part 1. a.a.O. S. 33.
189. UN, Community Development and Economic Development, Part II A. A Case Study of the Ghosi Community Development Block, Uttar Pradesh, India. S. 23.
190. UN, Community Development, Part I.a.a.O. S. 33/34.
191. Ebd. S. 48.
192. Ebd. S. 49/50.
193. Ebd. S. 50.
194. Ebd. S. 52.
195. Higgins, a.a.O. S. 679 ff.
196. Dieses Problem wird in § IV, Abschn. 2 dieser Arbeit eingehend erörtert.
197. Higgins, a.a.O. S. 682. Siehe auch W.W. Rostow, The Take-off into Self-sustained Growth. Abgedruckt bei Agarwala und Singh, a.a.O. S. 157.

198. UN, Community Development, Part I. a.a.O. S. 21.
199. Siehe E.M. Ojala, Agriculture and Economic Progress. London 1952. Kap. VIII.
200. Vgl. UN, Instability in Export Markets of Underdeveloped Countries. New York 1952. Ferner UN, Commodity Trade and Economic Development. New York 1953.
201. D.K. Rangnekar, Poverty and Capital Development in India. London, New York, Bombay 1958. S. 52.
202. Es ist interessant festzustellen, daß in dem überwiegend islamischen Ostpakistan die Grundherren meist Hindus waren. Siehe J.R. Andrus und A.F. Mohammed, The Economy of Pakistan. London 1958. S. 422.
203. Der 1. Plan Pakistans, a.a.O. S. 129.
204. Ders. ebd. S. 131 ff.
205. Ebd. S. 135.
206. Ebd. S. 139/40. Ferner: Government of India, Planning Commission, The Second Five Year Plan 1955-60. Neu-Delhi 1956. S. 82/83.
207. Der 1. Plan Pakistans, a.a.O. S. 67.
208. Ebd. S. 68.
209. Lewis, a.a.O. S. 225/26.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

A. Einzelschriften und Sammelwerke

- Agarwala, A.N. und
Singh, S.P. (Hrsg.) : The Economics of Underdevelopment
Third Impression
Bombay 1961
- Andrus, J.R. und
Mohammed, A.F. : The Economy of Pakistan
London 1958
- Bauer, P.T. und
Jamey, B.S. : The Economics of Underdeveloped
Countries
London 1957
- Belshaw, H. : Population Growth and Levels of
Consumption
With Special Reference to Countries
in Asia
London 1956
- Berrill, K. (Hrsg.) : Economic Development
With Special Reference to East
Asia
London 1964
- Boettcher, E. (Hrsg.) : Entwicklungstheorie und Entwick-
lungspolitik
Gerhard Mackenroth zum Gedächtnis
von seinen Freunden und Schülern
Tübingen 1964
- Bonné, A. : The Economic Development of the
Middle East
An Outline of Planned Reconstruc-
tion after the War. Revised Ed.
London 1945

- Brand, W. : The Struggle for a Higher Standard
of Living
The Problem of the Underdeveloped
Countries
Glencoe, Ill., The Hague and
Bandung 1958
- Cho, Y.S. : "Disguised Unemployment" in under-
developed areas with special refer-
ence to South Korean Agriculture
Berkeley 1963
- Clark, C. : The Economics of 1960
London 1942
- Coale, A.J. und
Hoover, E.M. : Population Growth and Economic
Development in Low-Income Coun-
tries
A Case Study of India's Prospects
Third print, Princeton, N.J. 1963
- Datta, B. : The Economics of Industrialization
A Study of the Problems of an
Underdeveloped Economy
Calcutta 1957
- Duesenberry, J.S. : Income, Saving and the Theory of
Consumer Behaviour
Cambridge, Mass. 1949
- Enke, S. : Economics for Development
Englewood Cliffs, N.J. 1963
- Ghaussy, A.G. : Die Rolle des Energiesektors in
der Entwicklungspolitik
Köln und Opladen 1960

- Gill, R.T. : Economic Development:
Past and Present
Second printing, Englewood Cliffs,
N.J. 1964
- Government of India,
Planning Commission : The Second Five Year Plan 1955-60
Neu-Delhi 1956
- Government of Pakistan,
National Planning
Board : The First Five Year Plan 1955-60
Karachi 1957
- Gross, H. : Südosteuropa. Bau und Entwicklung
der Wirtschaft
Leipzig 1937
- Guth, W. : Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder
Basel und Tübingen 1957
- Hagen, E.E. : On the Theory of Social Change
How Economic Growth Begins
Homewood, Ill. 1962
- Hamberg, D. : Economic Growth and Instability
A Study in the Problem of Capital
Accumulation, Employment, and the
Business Cycle
New York 1956
- Herczeg, K.L. : Zukunft der Weltwirtschaft
Schicksalsfragen der westlichen
Welt
Düsseldorf 1958

- Higgins, B. : Economic Development
Problems, Principles, and Policies
New York 1959
- Hirschman, A.O. : The Strategy of Economic Development
Second printing, New Haven 1959
- Hoover Commission
Task Force : Report on Overseas Operations
Washington 1955
- Hoselitz, B.F. (Hrsg.) : The Progress of Underdeveloped
Areas
Chicago 1952
- International Labour
Office : Action against Unemployment
Geneva 1950
- Issawi, C. : Egypt: An Economic and Social
Analysis
London 1947
- Jelonek, A. : Die Entwicklungsländer unter beson-
derer Berücksichtigung der Entwick-
lung des Unternehmertums und eines
adaptierten technischen Fort-
schritts
Baden-Baden und Bonn 1961
- Keynes, J.M. : The General Theory of Employment,
Interest and Money (1936)
Reprinted, London and New York
1957
- Kindleberger, C.P. : Economic Development
New York, Toronto and London 1958

- Kurihara, K.K. : The Keynesian Theory of Economic Development
London 1959
- Leckachman, R. (Hrsg.): National Policy for Economic Welfare at Home and Abroad
New York 1955
- Leibenstein, H. : Economic Backwardness and Economic Growth
Studies in the Theory of Economic Development
Second Printing, New York and London 1960
- Lewis, W.A. : The Theory of Economic Growth
London 1955
- Mandelbaum, K. : The Industrialization of Backward Areas
Oxford 1955
- Marshall, A. : Principles of Economics (1890)
8. Aufl. 1920, Reprint
London 1956
- Mayer, A., Marriott, M.
und Park, R.L. : Pilot Project, India
The story of rural development at Etawah, Uttar Pradesh
Berkeley and Los Angeles, Calif.
1958
- Meier, G.M. und
Baldwin, R.E. : Economic Development
Theory, History, Policy
New York 1957

- Moore, W.E. : Economic Demography of Eastern
and Southern Europe
Geneva 1945
- Norman, E.H. : Japan's Emergence as a Modern State
Political and Economic Problems of
the Meiji Period
New York 1940
- Murkse, R. : Problems of Capital Formation in
Underdeveloped Countries (1953)
Eighth Impression, Oxford 1962
- Oberländer, T. : Die agrarische Überbevölkerung
Polens
Berlin 1935
- Ojala, E.M. : Agriculture and Economic Progress
London 1952
- Paulsen, A. : Allgemeine Volkswirtschaftslehre
Bd. III: Produktionsfaktoren
2. neubearb. und ergänzte Aufl.
Berlin 1961
- Pers. : Allgemeine Volkswirtschaftslehre
Bd. IV: Gesamtbeschäftigung, Kon-
junkturen, Wachstum
Berlin 1960
- Raj, K.N. : Employment Aspects of Planning in
Underdeveloped Countries
Cairo 1957
- Rangnekar, D.K. : Poverty and Capital Development
in India
Contemporary Investment Patterns,
Problems and Planning
London, New York, Bombay 1958

- Reubens, E.P. : Foreign Capital in Economic Development
A Case Study of Japan
In: Modernization Programmes in
Relation to Human Resources and Po-
pulation Problems (Milbank Memo-
rial Fund)
New York 1950
- Röpke, W. : Die Theorie der Kapitalbildung
Tübingen 1929
- Rostow, W.W. : The Process of Economic Growth
2. Aufl., Oxford 1960
- Ders. : The Stages of Economic Growth
A Non-Communist Manifesto
Reprinted, Cambridge 1960
- Samuelson, P.A. : Economics
An Introductory Analysis, 2. Aufl.
Fifth Impression, New York 1951
- Schumpeter, J.A. : Business Cycles
A theoretical, historical, and
statistical analysis of the capi-
talist process, Bd. 1
New York 1939
- Spindler, J.v. : Das wirtschaftliche Wachstum der
Entwicklungsländer
Stuttgart 1963
- Staley, E. : World Economic Development
Effects on Advanced Industrial Coun-
tries
Montreal 1944

- : Commodity Trade and Economic Development
New York 1953

- : Community Development and Economic Development, Part I
A Study of the Contribution of Rural Community Development Programmes to National Economic Development in Asia and the Far East
Bangkok 1960

- : Community Development and Economic Development, Part II A
A Case Study of the Ghosi Community Development Block, Uttar Pradesh, India
Bangkok 1960

- : Demographic Yearbook 1963
New York 1964

- : Domestic Financing of Economic Development
New York 1950

- : Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Vol. XI, No. 3
Transport Development
New York 1960

- : Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Vol. VII, No. 3
Policies and Means of Implementation
New York 1956

UN

- : Economic Survey of Asia and the Far East for 1949
Bangkok 1950
- : Instability in Export Markets of Underdeveloped Countries
New York 1952
- : Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries
New York 1951
- : Mobilization of Domestic Capital Report and Documents of the First Working Party of Experts
Bangkok 1952
- : Mobilization of Domestic Capital Report and Documents of the Second Working Party of Experts
Bangkok 1953
- : National and International Measures for Full Employment
New York 1949
- : National and Per Capita Incomes in 70 Countries, 1949
New York 1950
- : National Income and its Distribution in Underdeveloped Countries
Statistical Paper, Series E, No. 3
New York 1951
- : Processes and Problems of Industrialization in Underdeveloped Countries
New York 1955

UN

- : Report of a Community Development
Evaluation Mission in India,
23rd November 1958 - 3rd April 1959
Prepared for the Government of
India by M.J. Coldwell, R. Dumont
and M. Read
Appointed under the United Nations
Programme of Technical Assistance
New York 1960
- : Statistical Yearbook 1963
New York 1964
- Warriner, D. : The Economics of Peasant Farming
London 1939
- Warriner, D. und
Yates, P.L. : Food and Farming in Post-War Europe
London 1943
- Wolf, C. und
Sufrin, S.C. : Capital Formation and Foreign Invest-
ment in Underdeveloped Areas
Syracuse 1955
- B. Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken
- Bruton, H.J. : Growth Models and Underdeveloped
Economies
In: The Journal of Political Economy
Bd. 63, 1955
Abgedruckt bei Agarwala und Singh
- Chandavarkar, A.G. : The Nature and Effects of Gold
Hoarding in Underdeveloped Economies
In: Oxford Economic Papers
Bd. 13, 1961

- Clunies-Ross, E. : Rural Centres in Underdeveloped Countries
In: International Review of Community Development
No. 1, 1958
- Dasgupta, K. : Disguised Unemployment and Economic Development
In: The Economic Weekly
Bd. 8, Bombay 1956
- Dobb, M. : Some Questions on Economic Growth
In: The Indian Journal of Economics
Bd. 36, 1955
- Fleming, J.M. : External Economies and the Doctrine of Balanced Growth
In: The Economic Journal
Bd. 65, 1955
Abgedruckt bei Agarwala und Singh
- Furtado, C. : Capital Formation and Economic Development
In: International Economic Papers
No. 4, 1954
Abgedruckt bei Agarwala und Singh
- Gerschenkron, A. : Economic Backwardness in Historical Perspective
In: Hoselitz, B.F. (Hrsg.)
The Progress of Underdeveloped Areas
Chicago 1952
- Kahn, A.E. : Investment Criteria in Development Programmes
In: The Quarterly Journal of Economics
Bd. 65, 1951

- Koestner, N. : Some Comments on Professor Nurkse's
Capital Accumulation in Underdeve-
loped Countries
In: L'Egypte Contemporaine
Bd. 44, 1953
- Kuenstler, P. : Urban Community Centre Work in
Underdeveloped Countries
In: International Review of
Community Development
No. 1, 1958
- Kuznets, S. : Toward a Theory of Economic Growth
In: Leckachman, R. (Hrsg.)
National Policy for Economic Welfare
at Home and Abroad
New York 1955
- Ders. : Economic Growth and Income Inequality
In: The American Economic Review
Bd. 45, 1955
- Lewis, W.A. : Economic Development with Unlimited
Supplies of Labour
In: The Manchester School of Economic
and Social Studies
Bd. 22, 1954
Abgedruckt bei Agarwala und Singh
- Meade, J.E. : External Economies and Diseconomies
in a Competitive Situation
In: The Economic Journal
Bd. 62, 1952
- Meier, G.M. : The Poverty of Nations
In: Weltwirtschaftliches Archiv
Bd. 78, 1957

- Morgan, T. : Distribution of Income in Ceylon,
Puerto Rico, the United States and
the United Kingdom
In: The Economic Journal
Bd. 63, 1953
- Navarrete Jr.A. und
Navarrete, I.M. de : Underemployment in Underdeveloped
Economies
In: International Economic Papers
No. 3, 1953
Abgedruckt bei Agarwala und Singh
- Recum, H.v. : Das Bildungswesen als Entwicklungs-
faktor
In: Boettcher, E. (Hrsg.)
Entwicklungstheorie und Entwick-
lungspolitik
Gerhard Mackenroth zum Gedächtnis
von seinen Freunden und Schülern
Tübingen 1964
- Robinson, J. : Disguised Unemployment
In: The Economic Journal
Bd. 46, 1936
- Röpke, W. : Unentwickelte Länder
In: Ordo 5. Bd. 1953
- Rosenstein-Rodan, P.N.: Problems of Industrialization of
Eastern and South-Eastern Europe
In: The Economic Journal
Bd. 53, 1943
Abgedruckt Bei Agarwala und Singh
- Ders. : The International Development of
Economically Backward Areas
In: International Affairs
Bd. 20, 1944

- ostow, W.W. : The Take-Off into Self-Sustained Growth
In: The Economic Journal
Bd. 66, 1956
Abgedruckt bei Agarwala und Singh
- itovsky, T. : Two Concepts of External Economies
In: The Journal of Political Economy
Bd. 62, 1954
Abgedruckt bei Agarwala und Singh
- eraphim, H.-J. : Die statistische Erfassung der landwirtschaftlichen Übervölkerung und Untervölkerung
In: Berichte über Landwirtschaft
N.F. 13, Berlin 1930
- inger, H.W. : Discussion on J.H. Adler's paper "The Fiscal and Monetary Implementation of Development Programmes" read at the Sixty-fourth Annual Meeting of the American Economic Association, Boston, Mass., December 26-29, 1951
In: The American Economic Review, Papers and Proceedings
Bd. 42, 1952
- olomon, S.D. : An Approach to Training for Community Development
In: International Review of Community Development
No. 3, 1959
- iner, J. : Cost Curves and Supply Curves
In: Zeitschrift für Nationalökonomie
Bd. III, 1932

- Yamanaka, T. : On Latent Unemployment - An Interpretation as an Economic Problem
In: The Annals of the Hitotsubashi Academy
Bd. 6, 1956
- Yang, Shu-chin : Capital Supply and Economic Growth: Sources of Savings
In: Berrill, K. (Hrsg.)
Economic Development
With Special Reference to East Asia
London 1964
- Young, A. : Increasing Returns and Economic Progress
In: The Economic Journal
Bd. 38, 1928



Lebenslauf

Am 1. Januar 1928 wurde ich, Tariqul Alam, als Sohn des 1952 verstorbenen Lehrers Maqbul Ahmad und seiner Ehefrau Nazibunnahar in Chittagong/Ostpakistan geboren.

Vom 6. bis 8. Lebensjahr besuchte ich die Volksschule, vom 9. bis 11. Lebensjahr die Mittelschule meines Heimatortes und anschließend die Oberschule in Dacca/Ostpakistan bis zum 15. Lebensjahr. Nach Schulabgang besuchte ich zwei Jahre ein College und bestand 1945 die entsprechende Prüfung zur Zulassung zum Hochschulstudium. Die folgenden drei Jahre studierte ich an der Universität Dacca Volkswirtschaft als Hauptfach, Politologie und Englisch als Nebenfächer. Im Jahre 1947 legte ich das Examen in den beiden Nebenfächern ab, 1948 die Prüfung in Volkswirtschaft und erhielt den akademischen Grad "Bachelor of Arts (Honours)." 1954 wurde ich an der Universität Karachi immatrikuliert und absolvierte 1956 die Hochschulabschlußprüfung zum "Master of Arts" in Volkswirtschaft mit der Note "gut". Im Frühjahr 1958 kam ich für einen Studienaufenthalt nach Deutschland. Zuerst nahm ich an einem achtwöchigen Lehrgang der deutschen Sprache am Goethe-Institut in Bad Aibling/Obb. teil. Im Jahre 1964 promovierte ich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin zum Dr.rer.pol.

Vom Juli 1952 bis Februar 1958 war ich als Assistent auf der Forschungsabteilung der Staatsbank von Pakistan in Karachi tätig.

